

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 35.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 5. September 1916.

Inhalt: Inland: Zu Gerlachs Artikel, Polens Erwachen, S. 935. — Die deutsche Regierung und die ausländischen Zeitungen, S. 936. — über die Polenpresse in Preußen, „Kraj“, S. 936. — Die Gegnerschaft des Reichsfanzlers, S. 938. — über alldeutsche und hafatistische Bestrebungen, S. 939. — „Es lebe Polen“ — eine Gerichtsverhandlung, S. 940. — Die Idee der Unabhängigen, S. 941. — „Polens Unabhängigkeit“, S. 942. — Gegen den „Kurjer Poznański“, „Kraj“, S. 943. — Der Neutralitätsstandpunkt des „Kurjer Poznański“, S. 944. — Industrie und Heimat in Posen und Polen, S. 944. — Vom Verband der Polenvereine im Westen, S. 945. — „Plandereien“ des „Głos Lubawski“, S. 947. — Bejagtes Gebiet: Universität und Polytechnikum in Warschau, S. 948. — Zu den Ausführungen des Grafen Mons, S. 948. — Die Politik der Untätigkeit, S. 950. — „Laviieren“, S. 950. — Befreiung oder Ende eines geschichtlichen Volkes, S. 951. — Geburt des Staates, S. 952. — Aus Warschau, S. 952. — Legionen, S. 953. — Jaworski in Warschau, S. 953–956. — Protest polnischer Bauern, S. 956. — Lehrerzusammenkunft in Kielce, S. 956. — Die Taktik der Juden, S. 956. — Ausland: „Die polnische Sache“ aus Wien, S. 958. — Zur Lösung der Polenfrage, „Głos“, S. 959. — „Roma Reforma“, S. 960. — „Dziennik Słonski“, S. 962. — Vorzeitiger Verzicht, „Głos“, S. 959. — Zukunft der unterworfenen Völker, S. 960. — Beratung der Volksparteiler, S. 961. — Ukrainer und Polenfrage, S. 961, 962. — Polen, ein Brückentopf, S. 962. — Zweiter Jahrestag der Legionen, S. 963. — Stimmung in Wien, S. 963. — Krisis im D. P. N. R., S. 963. — Polnisches Regiment in Kanada, S. 964. — Russischer Vertreter beim Vatikan, S. 964. — Grundlagen der polnischen Politik, „Sprawa Polska“, S. 964–972. — Die polnische Frage, Dumaabg. Jaronski, S. 972. — Die Unverbesserlichen, Fürst Trubetzkoi, S. 973. — Schmerzhafte Überraschung, von der Mission des Grafen Wielopolski in Frankreich und England, S. 973. — Die polnische Frage in russischem Licht, S. 975. — Ein Schweizer über die polnische Frage, S. 976. — Die Polen in Belgien, S. 976.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 194 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 24. August 1916.

Stimmen der polnischen Presse zu dem Artikel „Polens Erwachen“ von Hans von Gerlach in der „Welt am Montag“.

... Von den deutschen Stimmen, die wir über die polnische Frage gelesen haben, nimmt der Gerlach'sche Artikel einen angesehenen Platz unter denjenigen ein, die vom Verständnis der ausgleichenden Gerechtigkeit gegenüber den Polen diktiert sind. Aus dem Artikel ersehen wir, daß sich nicht alle deutsche Stimmen über die polnische Frage in dem Rahmen wie die Auslassungen der Rheinisch-Westfälischen Zeitung bewegen, und daß es somit außerhalb der alldeutschen Kreise noch Leute gibt, die, indem sie das deutsche Interesse entschieden betonen, dennoch begreifen und anerkennen, daß auch bei der Taktik der Polen ausschließliche und allein Rücksichten auf das Wohl und Interesse des Polentums maßgebend sein können. Es sind dies auch Kreise, die in dem polnischen Volke nicht ein Objekt, sondern ein politisches Subjekt erblicken..

Aus Nr. 192 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 26. August 1916.

... Herr von Gerlach kennt, wiewohl er ein Deutscher ist, die polnische Seele besser als mancher von unseren polnischen Politikern und Publizisten, die anstatt Einsehen zu haben und brüderliche, vom Geiste der Liebe zur gemeinsamen Sache durchdrungene Rücksicht zu üben, alle, die nicht in ihr Horn stießen, des nationalen Verrats beschuldigend und sich dabei sogar gemeiner Denunziationen bedienten

Aus Nr. 127 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 26. August 1916.

... So schreibt Herr von Gerlach, der wegen seiner ziemlich gerechten Beurteilung der polnischen Frage bekannt ist.

Im Interesse der polnischen Frage ist es angebracht, hier an die Aufrufe der deutschen Heerführer beim Einmarsch der deutschen Truppen in Czestochau Lodz usw. zu erinnern, die der polnischen Bevölkerung Freiheit und Wohlwollen versprochen haben, was auch in der Tat in Erfüllung gegangen ist.

Man kann nur wünschen, daß sich die Frage auch weiterhin zum Nutzen des polnischen Volkes entwickeln möge.

Aus Nr. 196 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 25. August 1916.

... So schreibt über die polnische Frage ein fortschrittlicher Deutscher. Es muß aber betont werden, daß Hans von Gerlach weder in amtlichen, noch in parlamentarischen Kreisen, nicht einmal bei den linksstehenden Parteien, Einfluß besitzt. Ein unabhängiger Demokrat, beeinflusst er doch die deutsche Volksgemeinschaft und trägt als talentvoller Journalist dazu bei, die öffentliche Meinung breiter Kreise zu bearbeiten. Auf jeden Fall wird seine Stimme der polnischen Frage einen größeren Dienst erweisen, als die Wühlereien der Asewleute, die bestrebt sind, in Berlin Einfluß dadurch zu erlangen, daß sie die Polen denunzieren, deren Denkungsart und Haltung ein vernünftiger und ehrlicher Deutscher begreifen und verstehen kann, während nur böswillige Leute auf der einen und anderen Seite und nationale Mischlinge und Verräter mit verstellter oder wirklicher Entrüstung auf sie blicken. Gebe Gott, daß das künftige Verhältnis der Völker nicht von solchen Elementen abhängig sein wird.

Aus Nr. 102 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 27. August 1916.

Sicher hat Herr v. Gerlach vollständig recht. Wie auf die polnische Durchschnittsseele die Tatsache wirkt, daß bis jetzt noch kein antipolnisches Gesetz aufgehoben worden ist, das beweist der kürzlich von uns bezogene Ausruf Pawlas: „Früher wollten uns die Deutschen aus unserem Lande vertreiben, und heute wollen sie uns Polen bauen!“

7

Und kein Wunder. Die Deutschen sehen, daß vor allem die Hafatisten und Alldeutschen sich mit Händen und Füßen gegen die Aufhebung der antipolnischen Gesetze sträuben, denn sie haben dies ausdrücklich geschrieben. Den Deutschen drängt sich also der Gedanke auf, daß die Regierung mit Rücksicht auf jene politischen Richtungen zaudere, die antipolitischen Gesetze aufzuheben, wie vor dem Kriege auf das Drängen der Hafatisten und Alldeutschen — die antipolnischen Gesetze beschlossen und durchgeführt worden sind. Die Deutschen fürchten also, daß die Regierung auch nach dem Kriege nicht Kraft genug haben könnte, um das „alte Gerümpel“ der antipolnischen Gesetze zu beseitigen. Es sieht so aus, als trauten die Deutschen den gegebenen Versprechungen. Sie sagen: Na, ja — aber — — —. Bekanntlich bedeutet übrigens eine Tat mehr als 100 Versprechungen, um so mehr, als ein polnisches Sprichwort sagt: „Versprechen und halten ist zweierlei“, welches die Leute um so mehr immer im Sinne haben, als die Polen über den Mangel an sehr empfindlichen Erfahrungen im Laufe ihrer Geschichte nach der Teilung sich wirklich nicht beklagen können.

Trotz des vollständigsten Glaubens an die Loyalität der Versprechungen, die von dem höchsten Staatsbeamten gegeben worden sind, wird jede polnische Seele um so mehr von Bedenken geplagt, daß der Kanzler, welcher die Versprechungen gegeben hat, fallen und ein anderer sich um die Versprechungen nicht kümmern könnte. Diese Bedenken kann man doch leicht beseitigen, indem man den Rat des Herrn v. Gerlach befolgt.

Seinen Artikel schließt Herr v. Gerlach mit folgender Bemerkung: „Wie auch die Zukunft Polens sich gestalten wird, so wird es wenig solche Deutsche geben, die für die Verlängerung des Krieges auch nur um einen Tag wären anlässlich des Konflikts um die Gestaltung Polens.“

Das bedeutet mit anderen Worten — was man übrigens auch in jeder deutschen Zeitung oft liest und was auch jeder deutsche Politiker wiederholt — daß nur das Interesse des Deutschen Reiches für jeden deutschen Politiker maßgebend sein kann. Von den deutschen Interessen wird der polnischen Sache nichts geopfert werden.

(Wir kennen v. Gerlach als einen verständigen und gerechten Politiker und sind überzeugt, daß er auch unseren Brüdern im Königreiche das Recht zugestehen wird, sich ausschließlich von Rücksichten auf das Interesse des polnischen Volkes leiten zu lassen. Allerdings meinen wir, daß beide Nationen für sehr lange Zeit mächtige gemeinsame Interessen haben könnten. Red. d. „Gaz. Grudz.“.)

Aus Nr. 101 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 25. August 1916.

Unter dem Titel

„Wie die deutsche Regierung sogar darauf achtet, was die ausländischen Zeitungen schreiben“

berichtet das Blatt über die Auslassung der „Nordb. Allg. Ztg.“ in Sachen der Haltung der dänischen Presse und knüpft daran folgende Bemerkung:

Diese Angelegenheit zeigt, wie in diesem Weltkriege sogar die Zeitungen anderer unabhängiger, freier und nichtkriegführender Nationen darauf achten müssen, was sie schreiben und daß nichts geschrieben werde, was einer der kriegführenden Regierungen unangenehm sein könnte.

So dürfen auch sie nicht alles das schreiben, was ihnen mit der Tinte aus der Feder fließt, sondern sie müssen darauf achten, daß das, was sie schreiben, nicht etwa falsch verstanden werde, da sie sonst ihrer Nation eine unangenehme Suppe einbrocken könnten.

Was soll man erst von den in unserer Heimat erscheinenden Zeitungen sagen, die zwar schon von sich

selbst aus keine Artikel schreiben, welche der Regierung, unter deren Herrschaft sie stehen, abhold sein könnten! Sie könnten sich aber, wenn sie nicht aufpassen würden, sehr leicht ungeschickt ausdrücken, so daß dies dann falsch verstanden werden könnte. Und das könnte dann üble Folgen haben. Wie die oben angeführte Sache lehrt, betrachten die Regierungen, z. B. die deutsche, das, was die Zeitungen schreiben, als den Ausdruck der Gesinnung der Nation, und sie sind gesonnen, ein Volk dafür verantwortlich zu machen, was seine Zeitungen schreiben.

Die „Gazeta Grudziadzka“ hat gleich am Anfang des Krieges begriffen, daß es so sein werde, da die „Gazeta Grudziadzka“ gewöhnlich weiter als bis an die Nasenspitze zu schauen versteht.

So werden sich jetzt vielleicht unsere Leser erinnern, daß die „Gazeta Grudziadzka“ oft geschrieben hat, sie müsse sehr darauf achten, was sie schreibe, damit das polnische Volk für ihre Artikel nicht etwa büßen müßte. Denn die „Gazeta Grudziadzka“ wird deswegen, weil sie soviel Abonnenten hat, allgemein als die Stimme des polnischen Volkes betrachtet. Aber gerade mit Rücksicht darauf, hat die „Gazeta Grudziadzka“ immer so schreiben müssen, daß dieses polnische Volk für diese seine Stimme, für diese seine „Gazeta Grudziadzka“, nicht früher oder später büßen müßte. Und sicher möchte wohl niemand aus unserem Volke haben wollen, daß später die Gegner unseres Volkes sagen könnten: „Seht, wie das polnische Volk nichtswürdig ist! Seht, was die Stimme dieses Volkes, diese „Gazeta Grudziadzka“, zusammenschreibt.“

Die „Gazeta Grudziadzka“ würde natürlich während des Krieges nichts schreiben, worüber die Regierung mit Recht klagen könnte — wie dies z. B. die hafatistisch-alldeutschen Blätter tun. Aber es ist doch bekannt, daß gerade auf die „Gazeta Grudziadzka“ sehr viele Feinde lauern, die nur suchen, um etwas verdrehen und das Streben der „Gazeta Grudziadzka“ und des ganzen polnischen Volkes in einem falschen Lichte darstellen zu können. So muß denn auch die „Gazeta Grudziadzka“ darauf sehr achten, daß das, was sie schreibt, sogar nicht verdreht werden könnte.

Es ist angesichts dessen klar, daß die Lage und die Arbeit der Redakteure der „Gazeta Grudziadzka“ in Kriegszeiten viel schwerer ist, als in Friedenszeiten.

Eines der Hauptziele der „Gazeta Grudziadzka“ ist und muß sein, daß über das polnische Volk aus Anlaß der Artikel der „Gazeta Grudziadzka“ niemand etwas Schlechtes, sondern im Gegenteil immer nur Gutes sagen könnte. Das wünscht wohl auch ein jeder von unseren Lesern.

Aus Nr. 75 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 18. August 1916.

Noch über die polnische Presse in Preußen.

Denunziationen. — Bezeichnende Antwort.

Mit Rücksicht auf die polnische Sache haben wir in Nr. 70 des „Kraj“ den Artikel aus Nr. 617 der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, der in der Augustnummer der „Ostmark“ in vervollständigter Form erschienen ist, zurückgewiesen.

In Nr. 633 der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 14. August 1916 läßt sich der Posener Korrespondent dieses alldeutschen, sehr einflussreichen und im Westen sehr verbreiteten Organs hören, indem er unsere Ausführungen wiedergibt, und folgende Bemerkungen dazu macht:

„Der „Kraj“ hat sich die Sache etwas erleichtert, indem er erklärt, daß die „Rhein.-Westf. Zeitg.“ falsch informiert sei. Die Beibringung von Beweisen hält der „Kraj“ nicht für notwendig. Unsere (der Rhein.-Westf. Zeitung) Informationen stammen aus einer

polnischen Quelle („Ziſty Mlotne“) und ſtützen ſich auf Tatſachen (Ablehnung des Hindenburg-Mufeums). Gegen Tatſachen kann man ſchwer ankämpfen. Eine Schutzmauer des Chriſtentums iſt Polen nie geweſen und wird es nie werden, da die Ruſſen, wie bekannt, ebenfalls Chriſten ſind. Über die „weſtliche“ Kultur Ruſſiſch-Polens ſind die Anſichten geteilt, namentlich unter denen, die dort geweſen ſind. Die politiſchen Hoffnungen auf eine beſſere Zukunft ſoll man im Gedächtnis bewahren.

„Übrigens erwarten wir die Entſcheidung beider Kaiſerreiche über Polen. Wie dieſe Entſcheidung ausfallen wird, geht aus folgendem Telegramm hervor:

„Kraſau, den 11. Auguſt 1916. Wie man aus den Gegenden Ruſſiſch-Polens, die durch die öſterreichiſch-ungariſchen Heere beſetzt ſind, berichtet, iſt ein Erlaß des Miniſteriums des Außern erſchienen, nach welchem alle Bewohner dieſes Gebietes als Bürger des Königreichs Polen betrachtet werden ſollen. In den Päfſen wird von jezt ab „Bürger des Königreichs Polen“ und „Pole“ anſtatt „ruſſiſcher Untertan“ eingetragen.

Das Schickſal Polens — fügt zum Schluß die „Rhein. Weſtf. Zeitg.“ hinzu — ſcheint ohne Befragung des deutſchen Volkes entſchieden zu ſein“.

Der Poſener Korreſpondent in Nr. 633 der „Rhein. Weſtf. Zeitg.“ hat die Sache noch einſeitiger dargeſtellt, als in Nr. 617.

Er beruft ſich jezt nur noch auf die „Ziſty Mlotne“ und auf die Stellungnahme der Poſener Stadtverordneten.

Aber in Nr. 617 hat er behauptet, daß ſeit der Zeit, da die polniſchen Wähler diejenigen enttäuſcht hätten, die auch fernerhin einen Verſöhnungspolitik Koſcieliſcher Art betreiben wollten, „in der Oſtmark unbeſchränkt die Nationaldemokraten herrſchen“. Alsdann berief er ſich auf Dmowski, den Führer der Nationaldemokraten, als auf einen „ausgeſprochenen Freund Rußlands“ und auf die Ausführungen der „Kölniſchen Volkszeitung“ über den „Warus Polſki“, wie auch auf jene „Ziſty Mlotne“, die voller Angriffe auf den „Kurjer Poznański“, „Dziennik Berliński“ und „Dziennik Kujawski“ ſind, und zum Schluß brachte er die ablehnende Haltung der Poſener polniſchen Stadtverordnetenfraktion in Sachen des Hindenburgmufeums vor.

Er hat alſo ſelber keine Beweiſe dafür gebracht, daß in der Oſtmark unbeſchränkt die Nationaldemokraten herrſchen. Da er über Politik ſchreibt, mußte er wiſſen, daß weder in Weſtpreußen, noch in Schleſien, ja nicht einmal in Großpolen die Nationaldemokraten unbeſchränkt herrſchen.

Tauſendmal haben dieſe die Organe, die nicht auf nationaldemokratiſchem Boden ſtehen, bewieſen. Auch die Parlamentswahlen widerſprechen dieſer Behauptung.

Es gibt keine nationaldemokratiſche Herrſchaft, am allerwenigſten eine unbeſchränkte Herrſchaft. In den Auseinanderſetzungen des „Kraj“ mit der Nationaldemokratie ſtecken ebenfalls Beweiſe für unſere Behauptung.

Der Poſener Korreſpondent der „Rhein. Weſtf. Zeitung“ hat jedoch auf dieſe irriſche, weil einſeitige Darſtellung der Verhältniſſe eine verallgemeinernde Behauptung über die Anſchauungen der geſamten polniſchen Allgemeinheit geſtützt.

Der Poſener Korreſpondent der „Rhein. Weſtf. Ztg.“ kann augenſcheinlich den fehlerhaften Kreis ſeiner eignen Ideologie nicht verlaſſen. Er glaubt, daß ſeine antipolniſchen Anſchauungen von dem ganzen deutſchen Volke geteilt werden, und daher ſchreibt er die Anſchauungen der Nationaldemokratie der

geſamten polniſchen Angelegenheit zu, indem er ausdrücklicly von der „Geſamtgeſtalt der polniſchen Anſchauungen“ ſchreibt.

Gegen eine ſolche Auffaſſung der Sachlage ſind wir aufgetreten und proteſtieren dagegen entſchieden. Wir tun es im Intereſſe der polniſchen Sache und empfehlen daher den angegriffenen Organen der polniſchen Preſſe, ſich zu verteidigen.

Biſ jezt hat ſich der „Dziennik Berliński“ hören laſſen. Dieſem empfehlen wir die Zuſendung von Material, das die einſeitigen Inſormationen und die Ausführungen der „Ziſty Mlotne“ berichtigt, nicht nur an die „Rhein. Weſtf. Ztg.“ und die „Oſtmark“, mit der Forderung der Berichtigung, ſondern auch an andere ernſte deutſche Organe aller Gebiete und politiſcher Richtungen.

Wenn übrigens der „Dziennik Berliński“ dieſes tun wird, dann bitten wir ihn um Zuſendung des berichtenden Materials an bedeutende Politiker und die höchſten deutſchen Behörden.

Es liegt uns allen doch ſehr viel an der Berichtigung irriger und ſchädlicher antipolniſcher Meinungen, ſowohl mit Rückſicht auf die gegenwärtige Zeit, als auch auf die Zukunft. Die Zurückweiſung der Vorwürfe, die gegen die Polen erhoben werden, iſt in gegenwärtiger Zeit, da es ſich um die Geſchicke des polniſchen Volkes und der polniſchen Gebiete auf Jahrhunderte hinaus und vielleicht für immer handelt, notwendig, iſt unzählige Mal mehr wert, als ganze Stöße von politiſchen und ſozialen Artifeln, die für unſere Allgemeinheit beſtimmt ſind.

Wir erinnern nur daran, was für eine wichtige und für uns ungeheuer ſchädliche Rolle die lügenhaften Artikel über die bekannte Lemberger Rede des verſtorbenen Joſeph Koſcieliſki geſpielt haben. Zu wenig hat man ſich damals um eine gehörige Berichtigung gekümmert — und die Folgen der Fäliſchung und der Lüge, die durch unſere Gegner ausgeſtreut wurden, waren fatal.

Wir wiſſen nicht, ob der „Dziennik Berliński“ unſerer Bitte entſprechen wird, deſhalb appellieren wir an ſein bürgerliches Empfinden und bemerken bei dieſer Gelegenheit, daß wir die Angriffe, die durch die „Ziſty Mlotne“ an ſeine Adreſſe gerichtet waren, nicht für „Tatſachen“ hielten. In dem Artikel der „Rhein. Weſtf. Ztg.“ wurden übrigens andere Tatſachen angeführt, wie z. B. die Hindenburg-Mufeumsangelegenheit in Poſen. Dadurch fallen die Vorwürfe des „Dziennik Berliński“, die der „Kurjer Poznański“ wiederholt hat, in ſich zuſammen. Der „Kurjer Poznański“ ſchreibt, „daß er zur Widerlegung derartiger Argumente“ (Denunziationen) ſubjektiv nicht die geringſte Luſt habe und objektiv hierzu keine Notwendigkeit ſehe... Im Gegenſatz zu dieſer Anſchauung hat er jedoch den Artikel des „Dziennik Berliński“ wiedergegeben.

Am Zanken liegt uns durchaus nichts.

Jene „Denunziationen“ erſchienen zuerſt in den „Ziſty Mlotne“, der „Rhein. Weſtf. Ztg.“ und der „Oſtmark“ — und von dort aus werden ſie wahrſcheinlich in hunderte von deutſchen Preßorganen übergehen, wie gewöhnlich alle antipolniſchen Angriffe. Angriffe dieſer Art in Deutſchland, Öſterreich, ja ſogar in der Schweiz dürfen wir nicht per non ſunt behandeln, als wenn ſie nicht vorhanden wären. Das kann ein Privatmann in ſeinen eigenen Privatangelegenheiten tun, aber einen ſolchen Angriff auf die Allgemeinheit, auf das Volk, darf man nicht dulden, namentlich in dieſem für uns wahrſcheinlich wichtigſten Augenblick. Es entſteht dadurch die uns ſchädliche öffentliche deutſche Meinung.

Nach dieſer Richtung hin dürfen wir nichts geringſchätzen, namentlich, da wir ſeit ungefähr 30 Jahren ſyſtematiſch als die größten Feinde des Deu-

sehen Reiches und des deutschen Kaisers, als ein minderwertiges Volk, als Menschen schlechtester Sorte und von gar keinem Wert dargestellt werden.

Entschieden viel zu wenig haben wir bis jetzt zu unserer Verteidigung nach außen hin getan. Es handelt sich nicht bloß um die Demunziationen in der Presse — aber sie gelangen auch in die Hände von Faktoren, die oft über geringe, oft aber auch über sehr wichtige Angelegenheiten zu entscheiden haben. Man darf sich daher nicht wundern, obwohl es zu bedauern ist, daß uns sogar diejenigen immer weniger verstehen, die früher immer mehr, jetzt aber infolgedessen immer weniger in unsern Parlamenten und überhaupt in der öffentlichen Meinung zu unserem Schutz auftreten.

Die Frage der Informierung der deutschen Allgemeinheit über polnische Angelegenheiten ist ein wunder Punkt in unserm politischen Leben. Der ungenügenden, weil nur zufälligen und privaten Erledigung dieser Sache verdanken wir viele unangenehme und unsere Allgemeinheit äußerst schädigende Sachen, Verordnungen, Anschauungen usw.

Um so weniger darf man Angriffe wie die in der „Ostmark“ und der „Rhein.-Westf. Ztg.“ unwidersprochen passieren lassen.

Der „Kraj“ hat nach dieser Richtung hin seine Pflicht getan und wird sie auch fernerhin tun.

Gegenüber dem Korrespondenten der „Rhein.-Westf. Ztg.“ bemerken wir noch, daß nach dem Ausspruch des apostolischen Stuhles Polen bis zum 18. Jahrhundert die „Schutzmauer des Christentums“ gegenüber den Türken war.

(Heute haben sich die Verhältnisse geändert). Es war auch die Schutzmauer gegen die heidnischen Mongolen und Tartaren, und zwar schon im 13. Jahrhundert bei ihrem stärksten Vordringen, und wird es wieder werden, sobald man es zu dieser historischen Mission befähigen wird.

Der russische Koloß, der 170 Millionen Menschen zählt, gegen den das geschlossene westliche und südliche Slawentum im gegenwärtigen Kriege auftritt, zählt auf seinem Territorium mehr Heiden und Nichtchristen als Christen. Und in Anbetracht des russisch-japanischen Bündnisses muß man den Korrespondenten der „Rhein.-Westf. Ztg.“ an die Worte Kaiser Wilhelms II. erinnern: „Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter“. Das scheint eine fernliegende Perspektive zu sein, und doch kämpfen in Galizien und Wolhynien die Japaner an der Seite der Russen gegenüber den Zentralmächten.

Auch in Zukunft wird es nicht anders sein. Um so mehr ist für Deutschland und Österreich-Ungarn eine Schutzmauer erforderlich.

Kompetentere deutsche Patrioten als der Korrespondent der „Rhein.-Westf. Ztg.“, hervorragende Gelehrte und Politiker, sind dieser Ansicht. Je besser sie es erkennen, ein desto stärkeres Polen wünschen sie sich, das von Rußland zu erobern wäre, und erkennen es gleichzeitig als Schutz der westlichen Kultur gegen die östliche heidnische Barbarei an.

Darauf beruhen unsere politischen Hoffnungen, die von der „Rhein.-Westf. Ztg.“ und ihren Anhängern so mißgünstig besprochen werden.

Wir sprechen endlich dem Korrespondenten der „Rhein.-Westf. Ztg.“ die Kompetenz ab, die „westliche Kultur“ in Polen zu beurteilen.

Unsere Kunst und Literatur, besonders aber das kulturelle Verhalten unseres Volkes während des Krieges gegenüber den eingedrungenen Heeren liefern zu unsern Gunsten genügend Beweise, die von der polemischen Dialektik des Korrespondenten der „Rhein.-Westf. Ztg.“ nicht umgestoßen werden können, die übrigens wirklich den politischen Anfänger verrät.

Aus Nr. 101 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 25. August 1916.

Der Kampf der Hakatisten und Alldeutschen

gegen den Kanzler spitzt sich wieder zu. In den letzten Wochen wurde wieder eine Menge jener gegen den Kanzler gerichteten Broschüren verbreitet, die der Kanzler im Reichstage als Banditenarbeit auf dem Pressegebiete gebrandmarkt hat. Eine von diesen Broschüren trägt die Unterschrift „Drei Deutsche“, eine andere „Junius alter“. In der letztangeführten Broschüre wurde ausdrücklich ausgesprochen, daß von allen Kriegszielen, die während des Krieges ausgeworfen worden seien, die Forderung der Beseitigung des Kanzlers als die dringlichste erscheine, denn von seiten keines äußeren Feindes drohe Deutschland in den nächsten Jahren eine solche ernste Gefahr, wie gerade besonders von seiten der weiteren Kanzlerschaft des Herrn v. Bethmann Hollweg.

Nach Ansicht dieser alldeutschen Herren bildet also der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg für das deutsche Reich die größte Gefahr.

In der Kapp'schen Broschüre sind die Gründe angegeben, warum die hakatistischen Alldeutschen diesen Kanzler so sehr hassen.

Einer der Hauptgründe ist der, daß der Kanzler mit ihren verrückten Gedanken, soviel Land zu nehmen, wie den Deutschen irgend in die Hände falle, nicht einverstanden ist, daß er das Königreich Polen nicht nehmen will, und daß er innerhalb der Grenzen des preussischen Staates eine Änderung zum Besseren in der Polenpolitik versprochen hat. Ein anderer Grund ist seine maßvolle Politik gegenüber Amerika.

Für die Opfer an Hab und Gut, welche die Polen in diesem Kriege gebracht haben, will der Kanzler ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen — die Hakatisten und Alldeutschen sind jedoch sehr dagegen.

Wir haben schon einmal früher erwähnt, daß die Hakatisten und Alldeutschen nicht nur auf den Reichskanzler losgeschlagen, sondern sogar noch höher zielen. Der Kanzler kann nur so lange in seiner Stellung bleiben, als er das Vertrauen des Kaisers genießt — und da der Kaiser Vertrauen zu ihm hat, so bleibt der Kanzler in seiner Stellung, trotzdem dies in solchen Verhältnissen weder eine leichte noch angenehme Sache ist. Und das hat wieder die Folge, daß die Hakatisten und Alldeutschen die Schärfe ihrer Arbeit manchmal über den Kanzler hinaus richten. Das hat unlängst der Bochumer Prozeß gegen einen gewissen Neuhaus erwiesen, der dem alldeutschen Verbands angehört. Neuhaus war wegen Verbreitung einer Flugchrift angeklagt, über die der Staatsanwalt unter anderem folgendes sagte: „Man muß beachten, daß diese Schrift gegen den ersten Beamten des Reiches gerichtet war, und daß schließlich die Spitze sich auch gegen die Krone (d. h. den Kaiser) richtete.“

So sprach der Staatsanwalt.

Es sind dies immerhin noch nicht dagewesene Sachen.

Die Alldeutschen bemühen sich, mit ihren Broschüren bis an die breitesten Volkskreise heranzukommen. Vor allem schicken sie dieselben allen Lehrern und anderen Beamten, allen Mitgliedern des Verbandes der Hakatisten, des Ostmarkenvereins zu. Ebenso beglücken sie alle deutschen Volksbibliotheken mit ihren Broschüren.

Es scheint also, als wenn gegenwärtig wieder Tausende von solchen Broschüren verbreitet würden. Sie wollen also die Seele der ganzen deutschen Nation mit ihrem Gift vergiften.

Außerdem rührt sich jetzt auch ein gewisser „unabhängiger Ausschuß“, der eine von einem gewissen Prof. Schäfer unterschriebene Broschüre verschickt. In dieser Broschüre sind auch die alldeutschen Kriegsziele besprochen. Es ist auch die polnische Angelegenheit in einem Artikel mit folgender Überschrift berührt: „Die

großpolnischen Träume und die Wahrheit über die polnische Sache.“ Unsere Leser können sich vorstellen, wie jene hafatistisch-alldeutsche Wahrheit über die polnische Sache aussehen mag.

Alle Bemühungen der Alldeutschen haben, wie wir schon so oft feststellten, den Zweck, dem Kanzler die Arbeit zu erleichtern und ihn zum Rücktritt zu zwingen.

Man kann sich vorstellen, was die Polen zu erwarten hätten, wenn es z. B. den Alldeutschen gelingen würde, den gegenwärtigen Kanzler zu stürzen und wenn an seine Stelle z. B. wieder ein Mann wie Bülow träte. Und doch werfen manche polnische Politiker und Zeitungsschreiber der „Gazeta Grudziadzka“ vor, daß sie scharf gegen die Hafatisten und Alldeutschen auftritt, welche den Reichskanzler wegen der polnischen Sache so scharf bekämpfen.

Ist das nicht eine gerechte und nützliche Sache, daß unsere Zeitung diese unterirdische Arbeit der hafatistischen Alldeutschen aufdeckt und feststellt, daß kein Pole eine solche Arbeit ausführt?! Die „Gazeta Grudziadzka“ und überhaupt die Polen haben die Regierung vor dem Kriege bekämpft und werden sie nach dem Kriege auch bekämpfen, wenn dazu Gründe vorhanden sein werden, wenn keine Änderung zum Besseren eintreten wird. Jedoch während des Krieges denken sie nicht daran, dem höchsten Staatsbeamten seine schwere Aufgabe noch zu erschweren.

Hat denn eine polnische Zeitung nicht die Pflicht, zu zeigen, wie sich das polnische Volk während des Krieges verhält, wie gewissenhaft es seine Pflicht erfüllt, wie es vor allem sich vor, irgendwelchen der Regierung abholden Schritten hütet, und wie sich diejenigen verhalten, die früher gegen dieses Volk Geseze schmiedeten?

Ist das nicht die Pflicht der „Gazeta Grudziadzka“, so und nicht anders zu handeln? Verteidigen wir und müssen wir denn nicht auf diese Weise die Rechte und die Interessen des polnischen Volkes verteidigen?

Uns scheint es, daß alle unsere Leser es verstehen, daß es so und nicht anders sein muß, und daß sie der „Gazeta Grudziadzka“ dankbar sind, daß sie sogar in Zeiten, wie die jetzigen, furchtlos die Rechte und die Interessen des polnischen Volkes verteidigt und ihre nationalen Pflichten gewissenhaft erfüllt

Aus Nr. 102 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 27. August 1916.

Die Bestrebungen der Hafatisten und Alldeutschen in der polnischen Sache

sind denen der russischen Fanatiker sehr ähnlich. So war es vor dem Kriege und so ist es auch gegenwärtig. Das sieht man sehr deutlich, wenn man darauf achtet, wie sich die Politiker und die Zeitungen dieser Lager gegenüber der polnischen Sache in Deutschland und Rußland verhalten.

Was die Hafatisten und Alldeutschen anbetrifft so ist es längst bekannt, daß sie gegen jede Lösung der polnischen Frage sind, welche die polnische Nation befriedigen könnte. Sie möchten das Königreich Polen vollständig fesseln und vom deutschen Reiche abhängig machen. In einer Zeit, in welcher die Sklaverei in der ganzen Welt aufgehoben worden ist und die Welt sich dessen rühmt, möchten sie die Sklaverei von Staaten, von ganzen Nationen einführen. Ein neues Irland, ein neues Finnland möchten sie aus dem Königreiche machen... Daß es so ist, dafür ist jener interessante Artikel des Vorsitzenden des alldeutschen Verbandes, Herrn Claus, ein Beweis, den wir seinerzeit gleichfalls in unserer Zeitung veröffentlichten.

Und da die Hafatisten und Alldeutschen den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg verdächtigen, daß

er mit einer solchen Lösung der Frage nicht einverstanden sei, wie sie dieselbe planen, so ist dies für sie einer von den Gründen, warum sie den Reichskanzler so unerhört und unerbittlich bekämpfen und ihn zu Falle bringen möchten.

So haben denn auch die hafatistisch-alldeutschen Politiker und ihre Zeitungen, z. B. die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die „Deutsche Tageszeitung“, die „Kreuzzeitung“ usw. sehr deutlich ihre Unzufriedenheit und Wut darüber ausgedrückt, daß der Reichskanzler, ohne sie zu fragen, in der polnischen Sache in Wien mit Österreich-Ungarn entscheidende Abkommen getroffen haben soll. (Ob er sie wirklich getroffen hat, ist etwas anderes.)

Sie sind nämlich sehr dagegen, daß die polnische Sache schon jetzt während des Krieges gelöst werde, sie wollen vielmehr, daß diese Frage erst nach dem Kriege erledigt werde, da sie erwarten, daß dies dann in ihrem Sinne geschehen werde. Vorläufig strengen sie alle Kräfte an, um der deutschen Nation die polnische Sache und die Polen im schlechten Lichte darzustellen. Zu diesem Zwecke verbreiten sie z. B. auch gegenwärtig, wie wir schon geschrieben haben, Hunderttausende von Flugchriften, welche die polnische Sache betreffen.

Ganz ebenso verfahren die russischen Fanatiker, die wir schon immer russische Polenfreßer genannt haben. Auch sie wollen von der Lösung der polnischen Sache jetzt während des Krieges nichts hören. Sie sagen, daß man solche peinliche innere Angelegenheiten nur nach dem Kriege erledigen könne. So dankt z. B. das „Ruskoje Znamie“ Gott dafür, daß die Regierung die polnische Sache nach ihrem Gutdünken erledigen, d. h., daß sie sie garnicht erledigen werde.

Deuten doch die russischen polenfreßerischen Zeitungen fortwährend darauf hin, daß die russischen Beamten nach Polen zurückkehren müßten, wenn auch nur deswegen, um ihre bisherige Wirtschaft zu beenden und das Vermögen des russischen Staatschazes mitzunehmen, und dann deswegen, um nach dem Zurücknehmen des Königreichs alles das aufzuheben, was das Königreich von den Mittelmächten bisher erhalten hat.

So schreibt der „Kolokol“. Die Beamten sollen also nach ihrer Rückkehr in das Königreich die polnische Universität, die polnischen Schulen, die polnischen Gerichte, die polnische Selbstverwaltung in Warschau usw. kassieren. Es soll also alles das geschehen, was Herr Stanislaus Grabski, der ehemalige Führer der galizischen Nationaldemokraten, befürchtet hat.

Die „Ziemszczyzna“ wiederum schreibt, daß Rußland es überhaupt nicht notwendig habe, den Polen Erleichterungen zu gewähren, da Änderungen in der russischen Verwaltung des Königreichs gar nicht notwendig seien.

Bekanntlich haben die russischen Polenfreßer in letzter Zeit den Ministerpräsidenten Stürmer mit Telegrammen mit der Forderung überschüttet, daß er die polnische Sache nicht berühren möge. So wird es denn wohl sicher nach ihrem Willen geschehen, denn Stürmer ist selbst ein Polenfreßer, also wird er gerne die polnische Sache begraben. Und wenn er noch irgendwelche Rundschreiben betreffend die polnische Sache, an die Minister verschickt usw. und dies in der Welt bekannt macht, so geschieht dies nur deswegen, um England und Frankreich zu zeigen, daß er doch irgendetwas in der polnischen Sache tue.

Sedenfalls tanzt Stürmer in der polnischen Sache so, wie ihm die russischen Polenfreßer aufspielen, und darin gerade unterscheidet er sich sehr von dem deutschen Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, welcher in der polnischen Sache nicht so tanzen will, wie ihm die Hafatisten und Alldeutschen aufspielen, wofür sie ihn vom Reichskanzlerstuhl herunterwerfen möchten.

Die Sakatisten und Alldeutschen und die russischen Polenfreßer haben über die polnische Sache fast dieselbe Ansicht. Weder die Einen noch die Anderen wollen sie zur Zufriedenheit der Polen lösen und sie wollen sie vor allem nicht schon jetzt während des Krieges lösen. Beide rechnen damit, daß sie im Falle eines siegreichen Krieges die polnische Sache nach ihrem Gutdünken lösen würden.

Wie urteilen denn unsere Leser? Wird es mit der polnischen Sache so besser werden, wie der Reichskanzler Herr v. Bethmann-Hollweg will, oder so, wie die Sakatisten und Alldeutschen einerseits — und Stürmer und die russischen Polenfreßer andererseits es haben wollen?

Vielleicht werden sich auf diese Fragen verschiedene Schlaupöppe, die alles besser wissen, die Antwort geben.

Aus Nr. 100 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 23. August 1916.

Eine interessante Sache.

Vor dem Kriegsgericht in Posen stand in diesen Tagen der Arbeiter Pawlak aus Essen. Es wurde ihm deutschfeindliche Gesinnung vorgeworfen. Es war bewiesen, daß sich Pawlak unter anderem in folgender Weise geäußert hat: „Es lebe Polen! Früher wollten uns die Deutschen von unserem Boden fortjagen, und heute wollen sie uns Polen wiederaufbauen — —“.

Der Angeklagte wurde von dem Rechtsanwalt J. Zuromski aus Posen verteidigt, der nachzuweisen versuchte, daß die durch Pawlak gemachte Äußerung keineswegs den Ausdruck einer deutschfeindlichen Gesinnung sein könne.

Das Kriegsgericht schloß sich den Ausführungen des Rechtsanwalts an und sprach den Pawlak frei.

Wir wissen nicht, in welcher Weise das Kriegsgericht sein Urteil begründet hat; auf jeden Fall sind wir froh, daß Pawlak freigesprochen wurde.

Schmerzlich wäre es nämlich gewesen, wenn ihn das Gericht für den Ruf: „Es lebe Polen!“ bestraft hätte. So etwas ist früher gewesen — —. Aber wie könnte man dies jetzt bestrafen, da dieser Ruf amtlich in Gegenwart der deutschen Okkupationsbehörden in Warschau ertönt! Wie soll man für diesen Ruf strafen, mit dem die polnischen Legionen, also polnische Truppen unter der obersten Führung des deutschen Generals Linzinger Arm in Arm mit den deutschen Truppen sich im Kampfe den russischen Heeren entgegenstellen! Wie könnte man für diesen Ruf strafen, da vielleicht in kurzer Zeit dieser Ruf amtlich aus dem Munde der höchsten deutschen Behörden erklingen wird!

Daß Pawlak gesagt hat: „Die Deutschen wollten uns früher von unserem Boden fortjagen — —“, was für eine Schuld trifft ihn dafür?

Die Erinnerung daran, daß noch immer das Enteignungsgesetz, das Ansiedlungsgesetz u. a. existieren, kann doch kein Vergehen sein. Und doch sind die Worte Pawlaks weiter nichts, als die Erinnerung an das Bestehen dieser Gesetze und ihre Wirkungen, die sie haben sollten.

Diese Gesetze sollen zwar, wie das ganze antipolnische System, in die Rumpfkammer geworfen werden. Das ist von dem höchsten Beamten des Reiches feierlich versprochen worden: das Versprechen ist von preussischen Ministern wiederholt worden. Wir glauben, daß es geschehen wird. Die genannten Gesetze sind jedoch noch immer in Kraft. Es ist doch auch noch nicht lange her, daß diese Gesetze ausgeübt wurden. Der Krieg — dauert — erst — zwei — Jahre. Es ist also nicht verwunderlich, daß die kürzlich vergangene Zeit den Leuten aus dem Gedächtnis nicht schwinden will! Wie darf man sich wundern,

daß es vielen Leuten nicht in den Kopf hinein will, daß uns „die Deutschen Polen wiederaufbauen wollen“? Und der Ausruf: „Früher wollten usw.“ gibt nur dem Zweifel Ausdruck, der in vielen polnischen Seelen gegenüber der Tatsache existiert, daß die antipolnischen Gesetze bis jetzt noch nicht aufgehoben sind. Warum soll man sich über die Leute wundern? Sind solche Zweifel nicht ganz natürlich, und ist es Pawlaks Schuld, daß solche Zweifel bestehen? Umso mehr, als diejenigen, die die Urheber der früheren antipolnischen Politik waren, d. h. die Sakatisten und Alldeutschen, heute noch — ebenso wie die russischen Polenfreßer — von dem Aufgeben der früheren antipolnischen Politik und dem Wiederaufbau Polens nichts wissen wollen und darum scharfe Kämpfe mit dem deutschen Reichskanzler ausfechten!

Vor allem sind aber die Leute auch der Ansicht, daß Polen für die Polen nur von jemandem wieder errichtet werden kann, der den Polen wohlgesinnt ist und es auch vor dem Kriege war. Denn jedem erscheint es so, als wenn dazu doch gewisse Sympathien für das polnische Volk nötig wären. Und nicht jeder versteht es, daß Sympathien am schnellsten und sichersten aus gemeinsamen Interessen erwachsen, und daß zur Zeit so großer Entscheidungen solche Sympathien von heute auf morgen erwachsen können. Nicht jeder denkt daran, daß die Bulgaren 1912 einen Kampf auf Leben und Tod mit den Türken führten, die sie jahrhundertlang bedrückt haben, da im Jahre 1912 das bulgarische Interesse diesen Krieg verlangte. Nicht jeder vergegenwärtigt es sich, daß dieselben Bulgaren und Türken, die sich damals auf Leben und Tod bekämpften, heute durch ein enges Bündnis und durch politische Freundschaft miteinander verbunden sind, weil dieses Bündnis und diese politische Freundschaft durch das bulgarische Interesse erfordert werden. Nicht jeder ist ein so kluger Politiker wie die Bulgaren, um es verstehen zu können, daß das Interesse des deutschen Volkes es erfordern könnte, Polen wieder aufzubauen, daß dies sogar für das deutsche Volk eine Lebensfrage werden könnte.

Was ist also daran Verwunderliches, daß auch in Pawlak Mißtrauen vorhanden ist — und daß dieses Mißtrauen im obigen Ausruf einen Ausdruck gefunden hat!

Auch bei Pawlak und ihm ähnlichen Menschen würde das Mißtrauen verschwinden, wenn entweder die Anerkennung Polens als selbständiger und unabhängiger Staat, oder aber (die Beseitigung der antipolnischen Gesetze und des ganzen antipolnischen Systems schon eine vollzogene Tatsache wäre. Wenn nämlich die antipolnischen Gesetze und das antipolnische System bereits in die Rumpfkammer geworfen wären, dann würde es der Durchschnittspole leichter verstehen, daß die Deutschen Polen wiedererrichten wollen. Oder aber wenn das Königreich Polen bereits als selbständiger und unabhängiger Staat anerkannt wäre, dann würde es jeder leichter verstehen, daß im preussischen Staate die antipolnischen Gesetze und das antipolnische System in die Rumpfkammer geworfen werden. Denn es müßte sich jeder selber sagen, daß es selbstverständlich sei, daß man sich nicht vorstellen könne, es solle hinterm Feldrain ein Polen existieren, mit dem der deutsch-preussische Staat freundschaftliche Beziehungen pflegen, ein Bündnis haben soll — wenn zugleich im preussischen Staate auch fernerhin die antipolnischen Gesetze und das antipolnische System herrschen sollten.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir bemerken, daß man nicht immer und nicht überall in den Ruf: „Es lebe Polen!“ ausbrechen soll. Zunächst ist nämlich der Name Polens für den Polen zu groß und zu heilig, um ihn bei jeder Gelegenheit zu mißbrauchen. Alsdann muß man auch daran denken, daß es auf jeden

Fall noch viel Menschen gibt, die mit dem Wiederaufbau Polens durchaus nicht einverstanden sind. Es gibt noch andere, die darin eine den Deutschen unfreundliche Demonstration und die Absicht erblicken könnten, die Deutschen zu reizen.

Auf polnischer Seite wird den Polen auf jeden Fall große Zurückhaltung anempfohlen, damit man sie nicht unnötig der Veranstaltung leerer Demonstrationen bezichtige.

Soviel Lehre für jeden, der aus der Geschichte Pawlaks etwas lernen will.

Aus Nr. 34 der Praca (Posen)

vom 20. August 1916.

Die Idee der Unabhängigkeit.

Als vor einem Jahre die deutschen Heere Warschau besetzten, warf der sich aus dem Königreich Polen zurückziehende Großfürst Nikolaus, der durch den plötzlichen Wechsel der Ereignisse überrascht wurde, dem polnischen Volke das Versprechen der Autonomie hin. Die Polen, in die Größe Rußlands vergafft, das sie für unsiegbar hielten, und in der Meinung, daß die deutschen Heere auf dem Boden des Königreichs nur eine vorübergehende Erscheinung seien, griffen mit beiden Händen nach dem Versprechen des Großfürsten, das ihnen die Verwirklichung der Bestrebungen der sog. Freiheits-Ära nach dem japanischen Kriege zu bringen schien.

O, wie schrecklich richtet das Joch der Sklaverei den Nacken zu! Ein Volk, das bis zum Jahre 1863 um die Unabhängigkeit kämpfte, das im Namen dieses Ideals so viel Herzblut vergossen, so viel schreckliche Martern erduldet hat, dem nicht ein polnischer König genügte, der zugleich russischer Zar war, und dem es zu eng in den verkleinerten ethnographischen Grenzen war, da es von einem Polen von einem Meere bis zum andern träumte, — dieses Volk ist in der Sklaverei so bescheiden geworden, daß es die begierigen Arme nach einer Gabe ausstreckte, die ihm noch vor einem halben Jahrhundert als nichtig erschien.

Es kam sogar so weit, daß manche politischen Führer und ganze Parteien zu beweisen versuchten, daß Polen die Unabhängigkeit nicht nötig habe, daß sie ihm sogar direkt schädlich wäre, da Polen — nach ihrer Meinung — ohne den Schutz des Zarentums nicht existieren könne, vor allem nicht ohne die russischen Absatzmärkte!

Der Bedrückter Zar, der Henker der polnischen Freiheit, stand auf einmal, als wenn ihm Flügel gewachsen wären, vor dem durch die lange Nacht der Sklaverei geblendeten Auge des Volkes in der Aureole des Schutzengels der wesentlichsten, ja beinahe heiligsten polnischen Ideale!

Die Psychose der Autonomie umgarnte die Sinne, und es wurde kalt und dunkel in Polen wie nie zuvor. Es schien, daß alle Sterne am polnischen Himmel erblässen, daß das Volk der Helden, vor einem halben Jahrhundert in die Gefängniszelle geworfen, jetzt, da die Fesseln gesprengt waren, verkrüppelt aus derselben herauskomme, daß es den früheren Geisteschwung, den früheren ritterlichen Patriotismus, dessen Ziel Größe, Ehre und Ruhm waren, verloren und sich irgend ein neues Krämerrideal eingeimpft hat, dem Abzählmärkte als Ersatz für Freiheit und Gold als Ersatz fürs Vaterland genügen.

Zum Glück dauerte dies nur kurze Zeit. Zum Glück war das auch nur einen Augenblick weder ganz allgemein, noch ganz aufrichtig. Es war dies vielmehr eine Doktrin, die verschwinden mußte, sobald das getrübbte Auge des Volkes sich aufhellte. Denn im Innern der Seele hegte jeder Pole das Ideal der Unabhängigkeit; der Opportunismus ließ jedoch das Herz schweigen. Das gefühlvollste Volk der Welt,

jedoch eingedenk der Niederlagen, die es sich durch seine Gefühlsduselei holte, versteinerte gewissermaßen unter der Beschwörung der Vorsicht und zu weit gehender Besonnenheit. Erlöst wurde es durch die Arbeit. Durch und durch politisch, verliebt in die sogenannte große Politik, schien das polnische Volk in diesem bedeutendsten Augenblick, in dem durch ganze Generationen herbeigesehnten Augenblick, sein Gesicht und sein Gehör gegenüber dem großen Glanz und dem großen Ruf der Zeit verloren zu haben. Das Volk, das die Angelegenheiten des täglichen Lebens nur so nebenbei zu behandeln gewöhnt war, warf sich mit geschlossenen Augen gegenüber den großen Gelegenheiten in den Strudel der sozialen Arbeit und arbeitete mit dem Eifer eines Menschen, der irgend einen großen Aufschrei in sich übertönen, irgend eine große Sehnsucht betäuben will. Und diese Arbeit, diese harte, dauernde und unermüdliche Tätigkeit befreite schließlich in der Allgemeinesele die während der langen Sklaverei erstarrten Kräfte, beflügelte den zweifelnden Mut, belebte den gesunden Selbsterhaltungstrieb, und es geschah, was geschehen mußte: der böse Autonomietraum ging vorüber, und vor der Seele und der Phantasie des Volkes entstand von neuem das unsterbliche Ideal der Unabhängigkeit. Es entstand nicht mehr als Traum, nicht mehr als Sehnsucht, die man in der Tiefe der Seele hegt, deren Verwirklichung man aber späteren Generationen überläßt, sondern als die Parole des aktuellen Augenblicks, als Forderung des Tages, als das nächste und brennendste der Ziele.

Es konnte nichts anders sein und sollte nicht anders sein. Es ist gleichgültig wie man sich die endgültigen Ergebnisse des Krieges vorstellt, ob man glaubt, daß die Zentralstaaten die polnische Sache regeln werden, oder daß in ihnen diejenige politische Strömung siegen wird, die in den im Osten besetzten Gebieten nur ein „Faustpfand“, also ein Handelsobjekt sieht, — das eine mußte allen Polen klar wie die Sonne sein und als ein unantastbares Dogma erscheinen, nämlich, daß nicht eine so oder so geartete Autonomie, sondern die Unabhängigkeit das Recht und das Ziel eines großen historischen Volkes ist.

In dieser Sache kann es keine Kompromisse geben. Es kann Kompromisse bezüglich der Grenzen des zukünftigen Polens geben, bezüglich des Grundgesetzes der Unabhängigkeit jedoch nie.

Als Menschen, die auf der Erde und nicht auf dem Monde leben, wissen wir, daß die Vereinigung aller Polen zu einem Staate eine unmögliche Sache ist. Es gibt keinen Staat auf der Welt, der in der Lage wäre, alle Menschen seiner Rasse innerhalb seiner Grenzen zu bergen. Dieses Kunststück hat auch nicht das alte Polen fertig gebracht, obwohl sein Gebiet von einem Meere bis zum andern reichte. Aber wir wissen auch, daß nur die Schaffung eines selbständigen Staates die wirkliche Lösung der polnischen Frage sein kann. Alles andre — wären nur halbe Mittel, die die Schärfe des polnischen Problems während einer oder zwei Generationen vielleicht mildern könnten, ohne eine radikale Heilung zu bringen.

Die Autonomie konnte vor einigen Jahren verlockend erscheinen, als noch keine Anzeichen den Eintritt der polnischen Frage in das Stadium einer endgültigen Krise ankündigten. Heute ist die Zeit der halben Mittel vorüber. Heute ist es Zeit, die Frage klar zu stellen, den Grundsatz rücksichtslos zu betonen und radikale Mittel, nicht aber Palliativmittel zu empfehlen. Wir haben die Pflicht, die Meinung der maßgebenden Kreise zu beeinflussen und dafür zu sorgen, daß in unsrer Sache korrekte Anschauungen sich entwickeln. Und obwohl die Korrektheit der Anschauungen namentlich auf dem Gebiete der Politik durchaus nichts Absolutes ist, so ist es doch

sicher, daß in der Politik nicht das Wesen der Sache entscheidet, sondern die Vorstellung, die man sich darüber gemacht hat. Eine einzige falsche Anschauung, so weit sie die Grundlagen betrifft, bewirkt, daß das ganze darauf errichtete Gebäude der Gedanken und Taten irrig und schädlich wird. Und eine solche irrige Anschauung bezüglich der polnischen Sache wäre die Ansicht, daß man sie anders als auf der Grundlage der Unabhängigkeit lösen könne. Alle Autonomie-Hirngespinnste sind jedoch nur Wasser auf die Mühlen dieser tragischen Irrtümer.

Das polnische Volk ist unbestritten das Element des Ferments in Europa. Es ist dies deshalb, weil es in unnatürlichen Formen existiert, und es wird dies so lange bleiben, bis es die eigentlichen Formen und Bedingungen seines Daseins gefunden hat. Die Geschichte hat gezeigt, daß die Formen, in welche das bisherige polnische Leben hineingezwängt war, nicht dem Ziele entsprachen. Wie kann man glauben, daß die Erneuerung der Verhältnisse aus der Zeit vor hundert Jahren — woran Rußland überhaupt nicht denkt, da die jetzt berühmte Autonomie weit hinter derjenigen des damaligen Kongresspolens zurückbleiben würde — wie kann man also glauben, daß dies eine entsprechende Staatsform sein könnte? Ein großes Volk kann schließlich den Verlust einer Provinz ertragen, aber es kann sich nicht mit dem Verlust der Selbstständigkeit, ja sogar des Scheins einer Selbstständigkeit ausöhnen. Trotz aller Sklaverei ist es nämlich noch immer besser, die Hoffnung auf Erlangung der Selbstständigkeit zu haben, als bei großem Wohlstande die Überzeugung, daß man unwiderruflich unter die Parias verstoßen ist, unter diejenigen, die einer ewigen Kuratel bedürfen. Es ist gar nicht daran zu denken, daß das polnische Volk in solchen Bedingungen das Ziel seiner Wünsche sehen könnte, daß es dieselben für ausreichend halten und der Arbeit an der Erriangung der Unabhängigkeit entsagen könnte. Vor einigen Jahren hätte eine solche Lösung der Frage für die eine oder die andere Generation genügt, da man darin eine Etappe in der Richtung des Ideals hätte sehen können. Heute, da die großen geschichtlichen Ereignisse die polnischen Aspirationen in einer ganz andern Weise in Bewegung gesetzt haben, wäre die Autonomie eine große und schmerzliche Enttäuschung, denn sie würde nicht mehr einen vorübergehenden Zustand, sondern eine Besiegelung der polnischen Frage auf eine sehr lange Zeit, vielleicht für immer bedeuten.

So lange auch nur ein Fünkchen der Möglichkeit der Erriangung der Unabhängigkeit vorhanden ist, darf man sich auf keine andere Kombinationen einlassen und seine Rechte nicht für ein Vinsengericht eintauschen.

Diese Überzeugung ist gegenwärtig im Königreich allgemein. Die moskowitischen Geister, die noch bis vor kurzem das Volk irrezuführen suchten und der Entwicklung einer gesunden Orientierung entgegenwirkten, haben gegenwärtig viel an Raison eingebüßt. Geringe triumphiert der polnische Gedanke, der Gedanke der Schaffung eines polnischen Staatswesens. Das beste und sicherste Zeichen dafür sind die Reden, die bei Eröffnung des Gemeinderats in Warschau gehalten wurden, die Bildung des Klubs der Freunde eines polnischen Staatswesens, der Verlauf der Feierlichkeiten zum Gedächtnis der im Jahre 1863/64 hingerordneten Mitglieder der Nationalregierung, wie auch die Nachricht, daß auch die ländlichen Kreise sich in der Unabhängigkeitspartei konsolidieren.

Die Deutschen haben uns während der tausend Jahre unserer gegenseitigen Beziehungen viel Unrecht zugefügt. Aber sie haben sich jetzt um das polnische Volk ein Verdienst von unermesslicher Bedeutung erworben. Ihr Schwert hat nämlich, indem es die polnischen Lande vom Moskowiter befreite, bewirkt,

daß die polnische Frage von neuem als europäisches Problem aufgelebt ist. Hoffen wir, daß diese Frage eine ehrliche Lösung finden wird.

Aus Nr. 100 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 23. August 1916.

Polens Unabhängigkeit.

Im Anschluß an die Wiedergabe des Artikels der „Köln. Ztg.“ „Verzweiflung Frankreichs an den Polen“ schreibt das Blatt:

Man kann nicht wissen, ob dieser Artikel wirklich aus amtlichen Kreisen stammt. Auf jeden Fall ist er ein Beweis dafür, daß auch die „Köln. Ztg.“ davon überzeugt ist, daß in der Lage des Königreichs Polen in kurzer Zeit eine kolossale Änderung zum Besten erfolgen wird. Die „Köln. Ztg.“ bestreitet nämlich nicht die Nachricht, daß die Zentralmächte beschloßen haben, die Unabhängigkeit Polens zu proklamieren. Das polnische Volk wird also mit rasender Spannung die Entwicklung seiner Lebensfrage erwarten.

Daß die Franzosen durch die Möglichkeit einer Erlangung der Selbstständigkeit seitens Polens sehr beunruhigt sein können, — ist recht klar. Denn was bedeutet im Augenblick die Erlangung der Unabhängigkeit durch Polen?

Die Sache ist klar und einfach.

Wenn die Zentralstaaten das Königreich Polen für ein selbständiges und unabhängiges Staatswesen erklären, wird Polen gewiß auch sofort von Bulgarien und der Türkei anerkannt werden. Die Türkei hat übrigens auch die Teilung Polens bisher nicht anerkannt. Es ist ferner möglich, daß Polen auch seitens einiger neutralen Staaten anerkannt werden wird.

Mit aller Bestimmtheit wird Polen als freier und unabhängiger Staat weder von Frankreich, noch von England oder Rußland anerkannt werden. Im Gegenteil wird Rußland nicht nur nicht gewillt sein, die ehemaligen polnischen Gebiete zu verlassen, die jetzt noch in seinem Besitz sind, sondern es wird versuchen, auch das Königreich Polen von neuem zu unterwerfen und zu besetzen.

Das Königreich Polen, das bis jetzt neutral ist, wird daher gezwungen sein, zwecks Verteidigung seiner Unabhängigkeit gegenüber Rußland seine eigene nationale Armee aufzustellen. Das kann aber eine bedeutende Armee werden. Die Entente schreibt doch ein so großes Gewicht der Beteiligung Rumäniens und Griechenlands am Kriege zu. Dabei könnte die Waffenmacht Polens bedeutender sein wie diejenige Rumäniens und Griechenlands. Daher also die Angst Frankreichs.

Die französischen Zeitungen erwähnen das slawische Rußland. — Dieses slawische Rußland, das von Tschinowniks regiert wird, die meistens nicht slawischer Abstammung sind, hat seine „slawische Schwester“ Polen immer in unglaublicher Weise bedrängt und drangsalirt. Und doch konnte das slawische Rußland Polen schon längst die Freiheit geben. Warum hat es dies nicht getan? Es hätte doch von niemandem gehindert werden können!

Gewiß konnte man vor dem Kriege auf das russische Volk rechnen, das gutmütig und ehrbar ist. Daher hat auch das polnische Volk damit gerechnet. Hat es sich aber nicht gleich beim Beginn des Krieges gezeigt, daß dieses Volk auf seine Regierung nicht den geringsten Einfluß hat? Hat das russische Beamtentum gleich nach dem Einfall in Galizien nicht das Polentum auszurotten versucht? Hat es nicht die katholische Bevölkerung zur Orthodoxie zu bekehren versucht und dann heuchlerisch behauptet, daß die uniathe Bevölkerung freiwillig zur Orthodoxie überträte?

Und heute ist es klar, daß das russische Volk wahrscheinlich nicht einmal nach 100 Jahren die Kraft haben

wird, die Fesseln der eigenen Sklaverei zu sprengen. Wie könnte es die Kraft haben, die Fesseln — Polens zu sprengen, die seine Tschinownik-Regierung Polen angelegt hat? Daher können sich unsere Brüder im Königreich Polen nach niemandem umsehen, ich sage ausdrücklich — nach niemandem. Ihre Pflicht ist es, den Augenblick zu benutzen und die Unabhängigkeit anzunehmen, wenn sie von den Zentralmächten proklamiert wird, und im gegebenen Falle diese Unabhängigkeit gegen die Eroberungspläne Rußlands mit eigener Waffenmacht zu verteidigen.

Das polnische Volk kann mit Frankreich mitfühlen, daß dies arme, unkluge Frankreich im Dienste Englands die letzten Blutstropfen vergießt und das eigene Volk der Vernichtung preisgibt. Aber mit Rücksicht auf Frankreich kann das polnische Volk nicht auf eine eigene staatliche Unabhängigkeit verzichten, wenn sie ihm von anderen angeboten wird. Umso mehr als Frankreich immer nur schöne Worte für Polen übrig hatte, aber im übrigen es — verriet. Napoleon I. hat für die unerhörte Tapferkeit der polnischen Heere, für die Ströme polnischen Blutes — das kleine Herzogtum Warschau geschaffen. Im Jahre 1831 haben Frankreich und England Polen auf Gnade und Ungnade den zarischen Henkern überantwortet. Im Jahre 1863 drängten Frankreich und England durch trügerische Versprechungen Polen zum Aufstande und sahen später ruhig zu, wie die russische Regierung die „slawische Schwester“ in Strömen ihres eigenen Blutes ertränkte.

Heute werden unsere Brüder im Königreich nicht auf den Leim der schönen Worte Frankreichs gehen. Das polnische Volk ist durch seine Leiden reif geworden und kann es selbst erkennen, welcher Weg zu eigener Erlösung führt. Das polnische Volk wird den Weg gehen, der ihm — wie gegenwärtig bei allen Völkern — durch sein eigenes wohlverstandenes nationales Interesse vorgezeichnet ist. Alle Versuche, es von diesem Wege abzubringen, werden fehlschlagen. Weder Freundschaft noch Mißgunst werden seinen Blick auf dem Wege zum nationalen Ziele trüben.

Polen wird mit denjenigen gehen, mit denen es wahrscheinlich auf Jahrhunderte hinaus durch gemeinsame Interessen verbunden sein wird.

Mögen sich also die Franzosen keinen Illusionen hingeben!

Aus Nr. 81 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 25. August 1916.

Die Meinung.

Das Hauptorgan der Posener Nationaldemokratie hat unter dem Titel „Unsere Grundlagen“ in den Nummern 183 und 189 Artikel veröffentlicht, in denen es zu erklären und nachzuweisen versuchte, daß es in seiner Politik „sich auf die riesige Mehrheit der Volksgemeinschaft stütze“.

Das Blatt behauptet auch, daß es „eine Polemik vermeide“.

Es fürchtet, denjenigen Wasser auf die Mühle zu treiben, „welche die Fraktionen auf die Bahnen der Regierungspolitik ohne Vorbehalt treiben möchten...“

Auf diese Artikel antworten wir kurz. Erstens ist es eine Aufschneiderei und schon oft widerlegte Unwahrheit, das jenes Organ und seine Anhänger die Mehrzahl der polnischen Volksgemeinschaft in den Grenzen Preußens und Deutschlands repräsentieren.

Die Posener Nationaldemokratie von der Art des „Kurjer Poznański“ maßt sich doch wohl kaum an, als wenn sie einzig die „Volksgemeinschaft“ wäre — und der Rest auf ihr Kommando hören müßte als „misera (in politicis) contribuens plebs“ (das bedeutet „politisches oder Stimmvieh“) oder gar nicht bestünde.

Endlich müßte der „Kurjer Poznański“ einsehen, daß weder das eine noch das andere wahr ist.

Betrachtet man zum Beispiel die Leserschaft der Volkspresse als das Maß des politischen Einflusses, so repräsentieren allein Oberschlesien und Westpreußen durch zwei Verlage mit ungefähr 150 000 Abonnenten gewiß hundertmal mehr politischen Einfluß auf die polnischen Massen als der „Kurjer Poznański“.

Dies wurde schon von einer anderen Seite her dem „Kurjer Poznański“ vorgerechnet, was er aber — wie wir sehen — immer wieder vergißt.

Oberschlesien verurteilt die Politik des „Kurjer Poznański“... und Oberschlesien zählt mehr polnische Bevölkerung als das ganze Großherzogtum Posen.

Weiter ignoriert der „Kurjer Poznański“ die katholische Volkspartei, die sich um die „Gazeta Gdzyńska“ schart, die gleichfalls viel (siebzimal) zahlreicher ist als die Anhänger des „Kurjer Poznański“ — und das absolut im Großherzogtum Posen selbst, außerdem in Westpreußen und im Auswanderertum.

Aber auch im Großherzogtum ignoriert der „Kurjer Poznański“ offenbar den „Goniec“, welcher ihn oft scharf und mit Recht getadelt hat, den „Dziennik Bydgoski“ und noch andere Organe.

Alle diese verschiedenen Faktoren sind zwar rein dem Volke angehörig, und die Intelligenz vom „Kurjer Poznański“ erkennt, wie wir schon betont haben, das Volk nur soweit an, als es daselbe am Leitseil führen möchte, vielmehr soweit, als sich das Volk am Leitseil führen läßt.

Schließlich beliebt der „Kurjer Poznański“ uns, — na, und die in Posen neu entstehende Zeitung der Herren von Jactowski, des Fürsten Czartoryski, welcher der „Kurjer Poznański“-Partei ein schneidendes Wort der Wahrheit geschrieben hat, des Grafen Kwieciński, des Grafen Łaciński usw. zu ignorieren.

Unter der geistlichen und weltlichen Intelligenz des Großherzogtums hat die Politik des „Kurjer Poznański“ eine ganze Menge Gegner; denn von der wirklich denkenden und verständigen Intelligenz läßt sich niemand vom „Kurjer Poznański“ als misera (in politicis) contribuens plebs behandeln.

Wir stellen also fest, daß die große Mehrheit der polnischen Volksgemeinschaft in Preußen gegen die Politik der nationaldemokratischen Partei ist.

Wir stellen weiter fest, daß in Warschau und in der Provinz des Königreichs die Nationaldemokratie den Boden unter den Füßen vollständig verloren hat. Die dortige Volksgemeinschaft hat sich durch öffentliches Auftreten und Feiern sehr deutlich in antirussischer Richtung engagiert, worauf das nationaldemokratische „Zweigroschenblatt“ zu antworten sich erdreistete, daß dies die Volksgemeinschaft „unbewußt“ getan habe, und den Rektor der Warschauer Universität Prof. Dr. Brudziński hat das Blatt im polnischen Text „von Brudziński“ genannt... Eine kindische Art der nationaldemokratischen Polemik...

Wir stellen noch weiter mit schmerzdem Herzen fest, daß die Politik der Kurjer-Anhänger in hohem Grade die Erleichterungen für die polnische Bevölkerung in Preußen erschwert.

Wir stellen fest, daß die Politik des „Kurjer Poznański“ dem Wiederaufbau des polnischen Reiches durch die Mittelmächte zuwiderläuft — wir hoffen in Gott, daß dies erfolglos sein wird.

Was die zweite oben erwähnte Behauptung des „Kurjer Poznański“ anbetrifft, so stellen wir fest, daß es nicht wahr ist, als wenn der „Kurjer Poznański“ und seine Freunde mit den polnischen Patrioten in Preußen nicht polemisiert hätten. Im Gegenteil, geradezu unerhörte Angriffe ihrerseits gegen andersdenkende Polen haben sich seit der Zeit des Ausbruches des Krieges bemerkbar gemacht.

Möge der „Kurjer Poznański“ nicht versuchen, der öffentlichen Meinung einzureden, daß er ein unschuldiges Lamm sei, das niemandem das Wasser trübe.

Es gab Angriffe gegen die Verfasser von Broschüren, gegen die oberschlesische Presse, gegen Herrn Kulerski, den man als unbequemen Berater zu der Fraktion nicht zuzulassen versuchte, und schließlich auch gegen uns.

Es gab rücksichtslose Angriffe, abgesehen von jenem „lieben Klatz“, der verschiedentlich fleißig ausgeübt wurde.

Wir widerlegen uns dem Standpunkte des „Kurjer Poznański“ und seiner Leute deswegen, weil wir ihn für schädlich, geradezu für mörderisch ansehen für die polnische Sache bei uns und im Königreich.

Vergeblich ist die Verteidigung des „Kurjer Poznański“, welcher — o Wunder — seinen Lesern einredet, daß er eine konservative, erhaltende Politik betreibt und vom „Radikalismus“ weit entfernt sei.

Es ist wahr, daß man in ganz Europa keine Volksgemeinschaft finden wird, die sowohl in den Grundsätzen als auch in den Mitteln des Handelns so konservativ und gemäßigt wäre, wie die im preussischen Teilgebiet.

Aber gerade darum, weil dies wahr ist, kann der „Kurjer Poznański“ nicht als der Repräsentant der „riesigen Mehrheit“ dieser Volksgemeinschaft betrachtet werden, da seine Politik nicht der wirkliche Ausdruck der Meinung dieser Volksgemeinschaft ist.

Schließlich lohnt es wirklich nicht, viele Worte über das „vorbehaltlose Drängen der Volksgemeinschaft auf die Wege der Regierungspolitik“ zu verlieren... Unser Standpunkt ist von Anfang an klar.

Vorläufig soviel. Bei Gelegenheit werden wir uns ausführlicher über alle diese Sachen auslassen.

Übrigens betreibt der „Kurjer Poznański“ nicht allein eine solche Politik. Es helfen ihm manchmal mehr oder weniger, aber oft sehr mächtig, der „Wiarus“, der „Dziennik Berliński“, der „Dziennik Kujawski“ und noch einige andere.

Wir hoffen, daß ihnen diese Arbeit, welche in ihrer letzten Konsequenz zum Zugrunderichten der nationalen Sache in gerade dem für die ganze Nation wichtigsten Augenblicke sowohl bei uns als auch jenseits der Grenze führt, nicht gelingen wird.

Die Abwehr hiergegen wächst in der nüchtern und real denkenden Volksgemeinschaft von Tag zu Tag.

Aus Nr. 195 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)

vom 26. August 1916.

Neutralität.

In drei langen Artikeln sucht der „Kurjer Poznański“ seine Leser zu überzeugen, daß angesichts der bestehenden Verhältnisse der richtigste Standpunkt für die Polen in der gegenwärtigen Zeit die politische Neutralität sei. Wir lasen aus diesen Artikeln keine Argumente heraus, die wir im „Kurjer“ nicht schon wiederholt gelesen und die wir nicht schon früher beantwortet hätten. Es erscheint uns daher überflüssig, von neuem zu antworten.

Indes glauben wir, daß die formelle Neutralität des „Kurjer“ tatsächlich keine materielle Neutralität ist. Der Krieg nämlich und seine Folgen haben alle und alles so tief und stark erschüttert, sie machen sich jedem so fühlbar, und sie zwingen mittelbar oder unmittelbar in diesem oder jenem Maße zur Teilnahme an dem, was vor sich geht, daß es unseres Erachtens unter den denkenden Polen solche nicht gibt, die auf der „Insel der Neutralität“ wohnen. Wirklich neutrale Menschen und Zeitungen gibt es heute in Europa nicht; um so weniger unter den Polen, um deren ganze Zukunft es sich handelt! Die Neutralität des „Kurjer“ erscheint

uns als eine Form, deren Urform der sprichwörtliche Strauß ist, welcher den Kopf im Sande verbirgt und glaubt, daß er ganz verborgen sei.

Aus Nr. 192 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 24. August 1916.

Der Stand der Industrie und des Handels im Großherzogtum Posen vor dem Kriege.

Jenseits der Grenze in zwei Teilgebieten wurde sehr oft auf Großpolen als auf den dritten polnischen Teilgebietsposten hingewiesen, in welchem die Industrie und der Handel in den letzten zwanzig oder dreißig Jahren sehr große Fortschritte gemacht hätten. Besonders in Galizien, wo nicht nur der Großhandel und die Großindustrie, sondern auch der mittlere und kleinere Handel und die Kleinindustrie sich überwiegend in jüdischen Händen befinden und der Großhandel zum größten Teil, z. B. der Petroleumhandel, bis zur Zeit des Kriegsbeginns hauptsächlich durch ausländische Kapitalien finanziert worden ist, wurde Großpolen auf fast jedem Schritt als ein nachahmungswürdiges Beispiel hingestellt. Man tat das in verschiedenen Handels- und Industrieversammlungen, und der Krakauer „Kupiec Polski“, das Organ der polnischen Kaufmannschaft Galiziens, welches hauptsächlich infolge der Bemühungen und der Opferwilligkeit des Seniors der Krakauer Kaufmannschaft, Stadtrats Herrn August Porebski erscheint, veröffentlichte seit einer Reihe von Jahren ständig Artikel, in welchen er das Großherzogtum Posen rühmte. Dem Beispiel des Krakauer „Kupiec“ folgten andere kaufmännisch-industrielle Fachorgane. Von der täglich erscheinenden Krakauer Presse beschäftigte sich mit unserem Handel und unserer Industrie ziemlich oft der „Głos Narodu“, indem er unser Teilgebiet gleichfalls als Muster und Beispiel hinstellte.

Ob wir diese Belobigungen und diese sehr oft weitgehende Anerkennung verdient haben? Wir erinnern an das Sprichwort, daß nicht alles Gold ist, was glänzt. Weder glänzend, noch sogar gut hat es vor dem Kriege und um so weniger in der Kriegszeit auf dem Gebiete des Handels und der Industrie in unserem Teilgebiet ausgesehen. Man kann nicht bestreiten, daß in den letzten Jahrzehnten in unserem Teilgebiet die Städte gewachsen sind und daß mit diesem Wachstum sich auch der Handel und die Industrie gehoben haben. Man muß jedoch hinzufügen, daß nicht nur die polnische Industrie und der polnische Handel, sondern auch nicht weniger der deutsche Handel und die Industrie — letztere allgemein genommen — sich in einem bedeutend größeren Maße gehoben haben, als das polnische Gewerbe.

Wir haben unzweifelhaft in dem sogenannten Kleinhandel, sowie auf dem Gebiete der Kleinindustrie und des Handwerks Fortschritte gemacht; aber sehr verschwindend sind unsere Fortschritte in der großen und mittleren Industrie. Daß wir uns zahlenmäßig gehoben haben, unterliegt keinem Zweifel, aber statistische Ziffern sind noch keine soziale Macht. Darum sehen sich in fast allen unseren Städten die wohlhabenderen Schichten, welche in den öffentlich-sozialen Verhältnissen eine einflußreiche Stellung einnehmen und in ihnen eine bedeutende Rolle spielen, entweder ausschließlich oder zum größten Teil aus nicht polnischen Elementen zusammen. Deshalb bilden wir auch in unseren Stadtvertretungen fast überall die Minderheit, und bei den auf das Dreiklassensystem gestützten Landtagswahlen unterliegen wir trotz des zahlenmäßigen Übergewichts unserer Bevölkerung in den Wahllämpfen.

Das alles beweist, daß trotz des unbestreitbaren Fortschritts unseres städtischen Bürgertums in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Industrie und des Gewerbes die Kräfte dieses städtischen Bürgertums

noch nicht vollständig entwickelt worden sind, oder man hat sie vielmehr bisher in einem nur geringen Grade entwickelt. Von Großindustrie ist in unserem Teilgebiet überhaupt nicht die Rede. Für die Industrialisierung des Großherzogtums im Sinne der großindustriellen Entwicklung im Westen Deutschlands fehlen bei uns die Bedingungen. Wir haben weder Kohlen noch Eisen, noch andere Rohstoffe. Die Landwirtschaft war und ist unausgesetzt das größte Triebrad des wirtschaftlichen Lebens unseres Teilgebiets (Es folgen nun noch statistische Angaben, die sich im wesentlichen auf die amtlichen Statistiken und das von Prof. Mitscherlich in seinen einschlägigen Abhandlungen gebotene statistische Material stützen.)

Aus Nr. 8 des Przewodnik Związkowy (Bochum) vom August 1916.

Bericht über unsere Tagung.

Am Sonntag, den 6. August 1916, fand im großen Saale des katholischen Gesellenhauses zu Bochum eine Delegiertenversammlung des Verbandes polnisch-katholischer Vereine statt. Anwesend waren 159 Delegierte, die 140 Vereine vertraten. 72 Vereine hatten keine Delegierten entsandt. In einer kurzen Begrüßungsansprache hieß der Vorsitzende die Delegierten, Vertreter der verwandten Verbände und die Pressevertreter willkommen. Das Andenken der im Kriege gefallenen Delegierten wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Die im Verbandsblatt veröffentlichte Tagesordnung wurde ohne Änderung angenommen. Punkt 2 der Tagesordnung „Feststellung der Zahl der Delegierten“ wurde übergangen, weil der Vorstand besondere Ausweiskarten versandt hatte, die beim Betreten des Raumes geprüft wurden.

Sodann ging man an die Erörterung der 14 eingegangenen Anträge heran. Der erste Antrag ging dahin, die Höhe der in den Vereinen zu zahlenden Krankenunterstützung zu ermäßigen. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen und den Gauen und Vereinen zur Beachtung empfohlen. Den zweiten Antrag begründeten die Delegierten des 11. und 16. Gaues. Sie beantragten, den 10 Pfg.-Beitrag fallen zu lassen und an den Verband für jeden Kopf für das Jahr 50 Pfg. zu zahlen, dafür aber das Verbandsblatt kostenlos zu liefern. Für den Antrag waren alle Gae, mit Ausnahme eines einzigen, und alle Vereine, die keinem Gau angehören. Der Antrag wurde ohne Beschluß den Gauvorsitzenden zur Begutachtung überwiesen. Drei Gae stellten einen Antrag, der sich auf die Wahl des Verbandsvorstandes bezog. Die Gauvorsitzenden der Gae 7, 9 und 17 begründeten den Antrag. Die Debatte wurde bis zum Punkt „Bericht des Vorstandes“ verschoben.

Die Gae 7 und 12 stellten den Antrag, das vor einigen Jahren zum Zwecke einer Reise nach Rom gesammelte Geld dem Verbands zu überweisen und es im Einvernehmen mit den Gauvorsitzenden zu Seelsorgezwecken zu verwenden. Den Antrag begründeten die Vorsitzenden der genannten Gae und der Verbandsvorsitzende. Es entspann sich eine lange Diskussion, in deren Verlauf sich der Kassierer des „Komitees für Seelsorgefragen“, T. Kubiak aus Oberhausen, bereit erklärte, das Geld dem Verbands zu übergeben. In die Debatte mischten sich auch die Mitglieder des „Ausführenden Komitees“ ein, die die Zahlung des Geldes an das Ausführende Komitee verlangten. Dagegen waren der Verbandsvorstand und die Delegierten. Schließlich wurde beschlossen, das Guthaben dem Fonds des Verbandes zuzuschreiben. Die Sache wurde dem Vorstande zur Erledigung überwiesen. Der 14. Gau hatte den Antrag gestellt, zur Prüfung der Verbandskasse drei Revisoren zu wählen, von denen

alljährlich zwei ausscheiden. Der Antrag wurde angenommen. Der Antrag des 6. Gaues auf Einführung von Verlußmarken wurde wegen des Krieges vertagt. Der Vorsitzende des 9. Gaues begründete einen Antrag bezügl. die Differenzen mit der Kirchenbehörde. Diese Sache wird der Verbandsvorstand in die Hand nehmen und über das Ergebnis seiner Bemühungen den betreffenden Vereinen Mitteilung machen. Der 14. Gau fragte an, wie es mit dem Gelde stehe, das s. Zt. zum Bau des Turmes in Ezenstochau gesammelt worden sei. Von den Delegierten konnte niemand darüber Aufschluß geben, weil die Sache nicht näher bekannt ist.

Der St. Barbaraverein in Dellwig protestierte gegen die Einladung von Vereinen, die dem Verbands nicht angehören, zu Festlichkeiten. Der 16. Gau beantragte, den Vereinen zu gestatten, außer den Verbandssatzungen lokale Reglements drucken zu lassen. Der Generalsekretär warnte vor verschiedenen Reglements. Schließlich wurde es den einzelnen Vereinen überlassen, ihre Reglements in die Satzungen aufzunehmen. Damit war die Erörterung der Anträge erledigt.

Nach einer kurzen Pause schritt man zum Punkt „Bericht des Vorstandes“. Der Verbandsvorsitzende Kunca gab einen Gesamtüberblick über die Arbeit des Verbandes und der Ortsvereine. Er bemerkte u. a., daß im Jahre 1914 die Arbeit gute Erfolge gezeitigt hätte. Im Laufe von 5 Monaten seien über 30 Vereine dem Verbands beigetreten. Besonders das Verbandsblatt leistete in dieser Arbeit gute Dienste. In den Ortsvereinen sei man mit Lust und Liebe an die Arbeit herangegangen. Leider habe der Krieg diese segensreiche Arbeit unterbrochen. Viele Vereine hätten in dem allgemeinen Wirrwarr ihre Tätigkeit eingestellt. Dieser Stillstand habe aber nicht lange gedauert. Man habe die Arbeit von neuem aufgenommen und sie werde, wenn auch unter schwierigen Verhältnissen, fortgesetzt. Nicht überall gehe die Arbeit jedoch so von statten, wie es erwünscht wäre. Besonders diejenigen Vereine, deren Vorstandsmitglieder und die meisten übrigen Mitglieder eingezogen worden seien, vergessen ihre Pflichten gegen den Verband und den Verein. Dort müsse die Arbeit unbedingt aufgenommen werden.

Der Vorsitzende erwähnte auch den Kassierer, A. Kranc, der seines Amtes enthoben worden sei, weil er über 500 Mark Verbandsgelder für sich verbraucht habe. Sobald der Verband die Unregelmäßigkeiten entdeckt hätte, habe er alles getan, um das Geld wiederzuerlangen, aber vergebens. Kranc habe sich verpflichtet, das Geld in monatlichen Raten zu erstatten. Er sei wegen mangelhafter Buchführung zu 1 Woche Gefängnis verurteilt worden. Der Vorsitzende gab zu, daß auch er an der Sache etwas schuld sei, weil er Kranc zuviel vertraut und sich auf seine Gewissenhaftigkeit verlassen habe. Die Debatte über diesen Punkt wurde vertagt.

Der Generalsekretär Franz Kruppka erstattete folgenden Geschäftsbericht:

Bis zum 1. März 1914 zählte der Verband 174 Vereine mit 18 684 Mitgliedern und 17 Gauen. Seit der im März 1914 stattgefundenen Generalversammlung bis zum 6. August 1916 sind dem Verbands 38 Vereine beigetreten, und zwar: bis zum Ausbruch des Krieges 34, im Jahre 1915 1 und im Jahre 1916 3 mit einer Gesamtmitgliederzahl von 3338. Im Jahre 1916 zählt der Verband 212 Vereine mit insgesamt 22 022 Mitgliedern und 20 Gauen. Im zweiten Halbjahr 1914 stellten die meisten Vereine ihre Arbeit ein. Augenblicklich sind sie mit geringen Ausnahmen wieder tätig, wozu in hohem Maße die rührigen Gauvorsitzenden beigetragen haben. Die Gae erfüllen ihre Pflichten mit Ausnahme von dreien, wie es sich gehört. Der 10. Gau ist untätig, weil in

den Versammlungen der Gebrauch der polnischen Sprache verboten ist. Vom 4. Gau sind alle Vorstandsmitglieder eingezogen. Weshalb der 20. Gau untätig ist, haben wir bisher nicht feststellen können. Der Verbandsvorstand hat während des Krieges an die Vereine Fragebogen versandt, um festzustellen, wieviel Mitglieder am Orte verblieben sind. Leider hat mehr als die Hälfte der Vereine garnicht geantwortet, ein Teil der Fragebogen mangelhaft ausgefüllt. Im ganzen wurden 122 Fragebogen zurückgesandt, aus denen hervorgeht, daß die Vereine vor Ausbruch des Krieges insgesamt 14 067 Mitglieder hatten. Von diesen wurden 4700, und zwar 3000 verheiratete und über 1000 ledige, eingezogen. Die Zahl der zurückgelassenen Kinder beträgt 6445. Es wurden eingezogen: 46 Vorsitzende, 66 Schriftführer und 46 Kassierer. In 16 Vereinen wurde der ganze Vorstand eingezogen. Bis jetzt sind 438 Mitglieder gefallen und 130 in Gefangenschaft geraten. Während des Krieges haben sich 638 neue Mitglieder aufnehmen lassen, so daß sie jetzt 6036 haben. Der Vermögensstand der 122 Vereine stellt sich wie folgt dar: 114 Vereine besitzen ein Barvermögen von 35 235,20 Mark, davon befinden sich 33 832,21 Mark in Banken, den Rest von 7635,40 Mark verwahren die einzelnen Kassierer. 8 Vereine haben ihren Vermögensstand nicht angegeben. Die Geschäftslage unseres Bureaus stellt sich wie folgt dar: Es wurden im ganzen 2742 Sachen expediert, und zwar mit Einschluß der verschiedenen Eingaben an Behörden und Kirchenämter. Seit dem 1. September 1914 geht der Generalsekretär wieder seinem früheren Berufe nach. Durch Vermittelung der Geschäftsstelle wurden 113 Vereine besucht, und zwar besuchten der Vorsitzende 31, der Schriftführer 42 und andere Redner 40 Vereine. Dem Antrage von 38 Vereinen auf Entsendung von Rednern hat wegen Mangel an Personal nicht entsprochen werden können. Es haben stattgefunden: 23 Gauversammlungen, 17 Stiftungsfeste, 2 Jubelfeste und 2 Vorstandssitzungen. Im Jahre 1915 wurden insgesamt 3037 Sachen expediert. Es haben besucht: der Vorsitzende 11, der Schriftführer 26, andere Redner 4 Versammlungen, und zwar mit Einschluß der 18 Gauversammlungen und der 3 Jubelfeste. Es fanden ferner statt: eine Sitzung des Verbandsvorstandes und eine Versammlung, an der auch die Gauvorsitzenden teilnahmen. Im ersten Halbjahr 1916 wurden im ganzen 1712 Sachen erledigt. Der Vorsitzende besuchte 18, der Schriftführer 25 und andere Mitglieder 3 Versammlungen, darunter 17 Gauversammlungen, 3 Stiftungsfeste und 3 Jubelfeiern. Der Verbandsvorstand hatte eine Sitzung. Außer den Sitzungen des Verbandsvorstandes wurden im ganzen 199 Vereinsversammlungen besucht.

Bilanz der Hauptkasse.

Einnahme:	Ausgabe:
M	M
1 564,67	Bestand aus dem Jahre 1913
538,60	Einnahme vom 1. Januar bis 1. August 1914 . . .
417,20	Beiträge- und Aufnahmegebühren vom 1. August 1914 bis 30. Juni 1915 . . .
133,65	Einsparung einschl. Zinsen Reisekosten
	270,—
	Porto- und Reisekosten des früheren Schriftführers u. d. Vorsitzenden für 1913/14
	71,73
	Porto der Geschäftsstelle
	130,72
	Geräte
	251,17
	Verwaltung der Gaue einschl. Reisekosten
	272,55
	Drucksachen, Aufrufe, Kalender
	159,70

Versammlungen und Stiftungsfeste	215,60
Sitzungen und Reisen der Vorstandsmitglieder und Kassierprüfer	91,35
Ersattete Prozeßkosten	210,—
Rechnung des ehemaligen Kassierers vom 3. März bis 1. August 1915	31,33
Bestand am 1. Juli 1915	949,97

2 654,12 M	M 2 654,12
Einnahme:	Ausgabe:
M	M
92,50	Für Juli, August und September 1915
127,85	Für Oktober, November und Dezember 1915
443,10	Für Januar, Februar und März 1916
347,70	Für April, Mai u. Juni 1916
	Portokosten
	40,—
	Versammlungsreisen
	254,—
	Verwaltung der Gaue
	76,73
	Versammlung des Vorstandes und der Gauvorsitzenden einschl. Kassierprüfer
	185,20
	Gerichtskosten
	98,55
	Geräte
	18,80
	Drucksachen
	30,70
	Geschenke
	16,—
	Unterstützungen
	20,—
	M 739,98
	Barbestand
	271,17
1 011,15 M	M 1 011,15
3 665,27	Gesamteinnahme
	2 444,13
	Ausgabe
	1 221,14
	Bestand
	M 3 665,27

Bilanz der Kasse des Verbandsblatts.

Einnahme:	Ausgabe:
M	M
5 294,80	Einnahme bis 30. Juni 1915
742,65	Vom 30. Juni bis Ende 1915
1 357,85	Eingezahlt im Jahre 1916
7 395,30 M	zu übertragen.
Einnahme:	Ausgabe:
M	M
7 395,30	übertrag
	Bis zum 30. Juni 1915:
	Druckkosten
	1 826,00
	Expedition
	117,03
	Gehalt des Schriftführers
	1 520,—
	Verpackung
	47,20
	Miete für das Geschäftslokal
	240,00
	Bureaubedürfnisse
	74,20
	Malerarbeiten
	20,50
	Redaktionskosten
	175,00
	Für Reinigung des Bureaus
	16,50
	Arztkosten
	6,00
	4 493,05
	Bestand
	801,75
	Bis Ende 1915
	Druckkosten
	221,00
	Expedition
	117,03
	Miete
	75,00
	Gehalt des Schriftführers
	350,00
	Bureaubedürfnisse
	11,50
	Kassenrevision
	32,00

Für Reinigung des Bureaus.	5,00
Erstattung an den St. Josphat-verein	10,00
	821,53

Im Jahre 1916

Druckkosten	221,00
Expedition	116,54
Miete	90,00
Bezahlung des Schriftführers.	450,00
Heizung und Beleuchtung....	19,20
Redaktionskosten	175,00
	1 094,74
Gesamtausgabe	6 409,32
Bestand	985,98

7 395,30 M

M 7 395,30

Die Einnahme und Ausgabe beider Kassen betröbn sonach seit der letzten Generalversammlung bis zum 6. August 1916:

Einnahme	Ausgabe	Barbestand
Mk.	Mk.	Mk.
11 060,57	8 853,45	2 207,12

Es sind angelegt:

- a) bei der Bank in Kosten . 500,00 Mk.
- b) bei der Handelsbank . . 1 305,61 "
- c) bei dem früheren Kassierer 557,21 "
- d) bei dem jetzigen Schriftführer 52,11 "

Zusammen 2 414,93 Mk.

Abgehoben von der Bank in Kosten 158,65 Mk.

Der Verbandsvorstand hat bei der Gründung des Ausführenden Komitees und bei der Kollekte für die Obdachlosen mitgewirkt. Über das Verbandsblatt kann ein genauer Bericht nicht erstattet werden, weil das Blatt nicht einheitlich bezogen und bezahlt wird. Die Rückstände für das Blatt betragen 1 878,15 Mk. Mit den Beiträgen sind im Rückstande:

für das Jahr 1912	3 Vereine,
" " " 1913	20 "
" " " 1914	88 "
" " " 1915	105 "

Nach einer Pause von 10 Minuten wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Die Wahlen leiteten Wilkowskii aus Castrop, Snadny aus Wanne und Pietrzak aus Datteln. Die Wahl des Vorsitzenden, die geheim vollzogen wurde, ergab, daß von 143 abgegebenen Stimmen 121 auf den bisherigen Vorsitzenden Kunca fielen. Bei der Wahl des Kassierers konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Nach langem hin und her wurde Berent aus Wattencheid gewählt. Zu Kassenrevisoren wurden Schwillkowskii aus Recklinghausen, Wodniczak aus Herten und Brzechwa aus Wanne gewählt. Der Generalsekretär bleibt auf Grund mündlicher Vereinbarung noch ein Jahr im Amte. Die Vertreter der Vorstandsmitglieder werden aus der Mitte der Gauvorsitzenden gewählt werden. Auf Vorschlag eines Delegierten wurde der Witwe des verstorbenen eifrigen Mitgliedes und Gauvorsitzenden Kotlewski in Bergkamen eine Unterstützung von 50 Mark bewilligt.

Zum Schluß dankte der Vorsitzende Kunca allen Delegierten für das ihm und dem ganzen Vorstande bewiesene Vertrauen und bat sie, auch fürderhin im Sinne der gefaßten Beschlüsse zum Wohle der Vereine zu wirken. Trotz der schwierigen Verhältnisse müsse man auf dem Posten ausharren und regelmäßige Versammlungen abhalten, in denen die Mitglieder über das Vereins- und Verbandsleben zu belehren seien. Man müsse den Mitgliedern die Aufgaben der Vereine und des Verbandes sehr oft vor Augen führen, damit sie mit Lust und Liebe die Versammlungen besuchen und ihre Pflichten erfüllen. Die Unwissenden seien

zu belehren, die Wankelmütigen gut zu beraten, die Trägen zur Bildungsarbeit, die allen not tue, anzuspornen.

Der Vorsitzende bat auch die Delegierten derjenigen Vereine, die das Blatt nicht beziehen, es doch auf Kosten des Vereins zu bestellen. Das Blatt sei ein Wegweiser, der den Vereinen zeige, wie sie arbeiten sollen. Es sei ein Bindeglied, das all unsere Bestrebungen zusammenschweiße, das uns belehre und bilde. Wenn alle Vereine das Blatt beziehen wollten, könnte es mit mehr Lehrstoff ausgestattet werden. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem warmen Appell, durchzuhalten und die Pflichten im Verein zu erfüllen.

Aus Nr. 99 des Glos Lubawski (Löbau)

vom 19. August 1916.

Plaudereien des Matthäus.

Ich hatte schon Lust, diese Woche mit meiner Plauderei zu streifen und sie auf später zu verlegen.

„Und warum das?“ wird vielleicht mancher Leser fragen. Wir wissen doch, daß Matthäus so gern und ausführlich plaudert. Und wir sind an seine Plaudereien so gewöhnt, daß es uns sonderbar vorkäme und wir traurig wären, wenn wir sie in irgend einer Nummer des „Glos“ nicht finden würden.

Ja, aber diese ewigen Prophezeiungen über das Ende des Krieges fangen bereits, an mich zu langweilen und ungeduldig zu machen.

Es wird prophezeit und immer wieder prophezeit, daß zu dieser oder jener Zeit der Krieg zu Ende sein soll, so daß sie schließlich einem einreden könnten, daß er jetzt wirklich zu Ende gehen wird. Bald fing auch ich an zu glauben, daß sich jemand finden werde, der wirklich das Ende des Krieges voraussagen würde. Das meiste Gewicht habe ich noch der Prophezeiung beigelegt, daß der Krieg im September zu Ende sein werde; denn bis dahin war es noch lange hin, und Ihr wißt, daß der Mensch am ehesten das glaubt, was er sich wünscht.

Nun ist aber der September vor der Tür, und vom Ende des Krieges ist keine Rede. Daher sagte ich mir, daß das alles eine Dummheit sei, und daß nur der liebe Gott wissen könne, wann dieser schreckliche Krieg zu Ende sein wird.

Es wäre noch die halbe Not, wenn die Zeiten nicht noch schlimmer würden. Ich denke hier vor allem an die Lebensmittelnot. Aber wie wir sehen, wird es damit immer schlimmer. Dieser Tage komme ich durch Löbau und sehe einen Auflauf. Ich gehe heran und sehe, daß sich Kinder und Erwachsene um einen Polizisten sammeln, der mit einer großen Glocke dasteht. Sie wußten schon, was das bedeutet. Der Polizist klingelte und machte dann mit lauter Stimme bekannt, daß nun in Löbau wegen Mangels an Schlachtvieh in dieser Woche nur ¼ Pfund Fleisch verabfolgt werde. Das kann ja schön werden, dachte ich. Und nachdem ich in Löbau übernachtet hatte und am nächsten Tage weiterreisen wollte, sehe ich, daß bei einem Fleischer in Löbau die Türscheibe zerichlagen ist. Man sagte mir, daß es infolge des Gedränges geschah, da die Menschen, die sowieso schon so lange auf das Fleisch warten müssen, nach der unangenehmen Nachricht vom vorhergehenden Tage befürchteten, überhaupt kein Fleisch zu bekommen, wenn sie zu spät kämen und daher schon von 6 Uhr ab an der Tür warteten. Dem Fleischer paßte es jedoch durchaus nicht, so früh aufzustehen, und er machte erst nach 6 Uhr auf. In dieser Zeit ist es geschehen, und nun suche man den Wind im Felde! Er wird wahrscheinlich den Schaden selber tragen müssen, denn er weiß nicht,

wer es getan hat, und es gibt eine Vorschrift, daß die Fleischer schon um 6 Uhr den Laden aufmachen müssen.

Und dabei habe ich jetzt immer mehr Kummer mit meiner Margarete. Jeden Augenblick zeigt sie mir neue Karten, aber was sie zum Mittagessen kochen soll, weiß sie nicht. Ich frage sie, warum sie mir die Karten zeigt. Wenn sie Karten hat, muß sie doch auch Ware bekommen. Da wurde sie aber noch wütender. Sie sagte, daß ich nach der Ware gehen solle. Sie wäre einmal mit einem Korb voller Karten weggegangen und ohne Ware zurückgekehrt. Was sollen mir also die Karten, wenn es keine Ware gibt? Gegenüber einem solchen Argument habe ich nichts mehr zu sagen. Und das, was ich das letzte Mal in Löbau gesehen und gehört habe, hat mich in der Überzeugung bestärkt, daß meine Margarete Recht hat. Übrigens kommt man mit Ruhe und Besonnenheit am weitesten.

Und jetzt will ich zu meiner Plauderei über Westfalen zurückkehren. Ich habe dort verschiedene Familien besucht und mich überzeugt, daß es auch dort in Westfalen gute Polen und Katholiken gibt. Manche der dortigen Familien könnten manchen Familien in unserer Gegend als Muster dienen. Das Herz freut sich, wenn man in ein solches Haus eintritt, in dem die Kinder, obwohl in der Fremde, rein polnisch sprechen und polnische Sitten bewahren. Das kommt daher, daß ihnen die Eltern mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Kinder zum Guten anhalten. Trotz der Umgebung und der Versuchungen, denen sie dort ausgesetzt sind, haben diese Eltern von Anfang an treu an dem Glauben und der Sprache der Väter festgehalten, und sie sorgen dafür, daß auch die Kinder so werden. Sie haben auch niemals die polnische Zeitung aus der Hand gelassen, die sie an ihre Pflichten erinnert. Diese Zeitung war und ist für sie der Wegweiser auf dem Lebenswege, der ihnen nicht erlaubt, auf Abwege zu geraten.

Aber noch eins, was ich beinahe ganz vergessen hätte! Auf einem Bahnhof in der Gegend von Löbau, wo ich etwas Zeit hatte, trat ich in den Wartesaal ein. Es saßen dort mehrere Landwirte beim Bier und unterhielten sich, wie es so zu sein pflegt, über dieses und jenes. Mich interessierte nur das, in welcher Sprache sie sich unterhielten, da ich wissen wollte, ob ich es mit Landsleuten oder Fremden zu tun hatte.

Das Gespräch fand aber in fremder Sprache statt. Es kam mir etwas sonderbar vor, daß hier in unserer Gegend lauter deutsche Landwirte sein sollten. Übrigens verrieten die Gesichter dieser Landleute durchaus nicht fremde Abstammung.

Ich hörte also dem Gespräch aufmerksam zu und — o Wunder — diese deutsche Sprache war gebrochen. Ich frage daher einen neben mir sitzenden halbwüchsigen Burschen, ob er diese Leute nicht kenne, und ob es nicht vielleicht deutsche Kolonisten aus Rußland seien, die infolge des Krieges hergekommen seien. Sie sprachen nämlich ein anderes Deutsch, als ihre hiesigen Landsleute. Da brach der Bursche in ein Gelächter aus und antwortete ironisch: „Da kennen Sie gewiß die hiesigen Verhältnisse nicht, wenn Sie so urteilen. Es sind doch polnische Landwirte aus dem Löbauer Kreise, und zwar die Herrn A. W. u. Z. aus R. Sie paradien bloß mit der deutschen Sprache, obwohl ihre Zunge sich kaum im Munde bewegen kann.“

Damit lief der Bursche auf den Bahnsteig hinaus, ich aber blieb einen Augenblick wie versteinert stehen. Ich kenne ja die Gegend Löbau, da ich doch hier wohne, und ich kann nicht sagen, daß es hier so schlimm wäre. So viel ich weiß, bedient sich die Allgemeinheit der Landwirte der Muttersprache, und mancher spricht sogar sehr schwach oder garnicht deutsch. Daher kam es mir so sonderbar vor, daß gerade diese Wirte sich

so hervortaten. Auf jeden Fall ist es ein trauriges Zeichen.

Unser polnisches Volk, dem jene Landwirte mit gutem Beispiel vorangehen sollten, hat im allgemeinen mehr Anhänglichkeit an die Muttersprache. Es spricht, wenigstens hier in unserer Gegend, am liebsten polnisch, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. In unseren Kirchen ertönt das Lied nur in der Muttersprache. Aus tausend Herzen schlägt zum Himmel der bittende Gesang empor: „Heiliger Gott, heiliger, starker, unsterblicher Gott.“ So dachte ich darüber nach, als ich hörte, daß es polnische Wirte waren, und daß diese Wirte in der durchaus polnischen Gegend so ihre Muttersprache geringschätzen.

Dann verließ ich schnell den Saal, da es mich im Halse würgte und mir die Brust preßte. Ich stieg in den Zug ein, und zwar in die 4. Klasse, die fast ausschließlich mit polnischen Leuten gefüllt war, um den überaus traurigen Eindruck loszuwerden, den ich in dem Wartesaal empfangen hatte.

Ich saß traurig und veronnen da, obwohl rings um mich die Muttersprache ertönte, da ich noch immer unter dem Eindruck im Wartesaal war. Denn ich dachte, daß die Geringschätzung der Muttersprache noch schlimmere Folgen wie: Wechsel des Glaubens und der Sitten, und schließlich Wechsel des Namens nach sich ziehen kann.

Zum Glück schoß mir ein Gedanke durch den Kopf: Ich werde darüber im „Glos“ plaudern, und das hat mich gleich erleichtert und meine Stirn aufheitert. Was ich mir vorgenommen hatte, habe ich ausgeführt. Mögen meine Worte nicht die Stimme des Rufenden in der Wüste sein, und möge bei jenen Landwirten bald Besserung eintreten!

Und nun ist die Ernte und damit bald die größte Arbeit vorüber; daher, meine lieben Freunde, ist es Zeit, daran zu denken, daß sich in jedem Hause eine polnische Zeitung befinde. Redet also Euren Freunden und Bekannten zu, daß sie für den September den „Glos“ abonnieren! Verschafft ihm weiter einige hundert neue Abonnenten! Und hört nicht eher auf, bis sie bestimmt die „Löbauer Zeitung“ d. h. den „Glos“ abonnieren! Ihr wißt doch, je größer der Volkshafen, desto größer die Plauderei. So wird es sich auch für mich besser plaudern, wenn ich zu einer größeren Schar reden werde. Dann wird sich vielleicht auch eher jemand finden, der mir im „Glos“ zustimmen wird. Es wird dann besser gehen.

Jetzt aber grüße ich Euch herzlich!

Matthäus.

Die polnische Frage im besetzten Gebiet.

Aus Nr. 82 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 26. August 1916.

In Sachen der Verleihung der Selbstverwaltung an die Universität und das Polytechnikum in Warschau schreibt der „Kraj“:

„Unzweifelhaft wird das ganze polnische Volk sowohl dem Monarchen als auch Sr. Exzellenz, dem Generalgouverneur v. Beseler, dankbar sein für den neuen Beweis des Verständnisses für die nationalen Bedürfnisse sowie für dieses schöne Zeichen des Vertrauens zur polnischen Bevölkerung des Königreichs Polen.“

Aus Nr. 190 des Dziennik Narodowy (Petrikau)

vom 21. August 1916.

Zustimmung der „Gospodzin Polska“ zu dem Programm des Grafen Monts.

Vor kurzem veröffentlichte das „Berliner Tageblatt“ einen Artikel des hervorragenden deutschen

Agrariers und Diplomaten Grafen Monts über die polnische Frage. Die „Godzina Polski“, das bekannte Lodzer Organ, das gewöhnlich über alle Strömungen in den maßgebenden deutschen Kreisen informiert ist, hat sich ausdrücklich als Anhänger des Programms des deutschen Politikers erklärt. Sie stellt fest, daß „der Artikel des Grafen Monts in die Klasse derjenigen gehört, die zur Aufklärung der Lage außerordentlich beitragen.“ Sie nennt ihn eine vorzügliche zur Lösung des polnischen Problems beitragende Publikation und sagt, daß Graf Monts die Frage in einer für die Lösung von politischen Fragen einzig rationellen Weise, d. h. ohne Sentimentalität erfaßt. Der Artikel des Berliner Blattes ist zweifellos an sich schon interessant. Er ist aber umso interessanter, als sich ein polnisches Blatt gefunden hat, das das in ihm enthaltene Programm als das seine erkannt hat und den Landsleuten empfiehlt, sich dieses Programms ebenfalls anzunehmen. Dieser Umstand gibt Anlaß zu tieferem Nachdenken.

Der Artikel des Grafen Monts enthält einen Abschnitt, in welchem die Gründe dargelegt werden, weshalb die Mittelmächte bei der Organisierung Polens vor allem und in erster Linie ihr eigenes Interesse berücksichtigen müssen. Es ist dies ganz natürlich und bedarf keiner besonderen Begründung. Dies als Ausgangspunkt annehmend, bemüht sich der Verfasser, den Kern des Interesses der Mittelmächte im Königreich Polen zu erfassen. Dieses Interesse, so bemerkt er, beruhte darin, daß die neue militärische Grenze Mitteleuropa ein für allemal vor dem abermaligen Einfall der Russen schützen müsse. Die außerordentliche Bedeutung dieser Frage für die Mittelmächte unterstreichend, zieht der Verfasser den uns ungemein interessierenden Schluß, daß Deutschland und Österreich-Ungarn den Schutz dieser neuen Grenze einem anderen Staatswesen nicht überlassen können und daß die grundsätzliche Bedingung, sich gegen den östlichen Nachbar zu sichern, die rücksichtslose Besitzergreifung der Verkehrswege durch die Mittelmächte im Königreich Polen und das Verfügungsrecht über die polnischen Bürger ist.

Dieser Punkt ist für uns außerordentlich wichtig. Er bedeutet den Verlust der Selbständigkeit der Armee im künftigen polnischen Staat und nimmt ihm die Verwaltung des Verkehrswezens zu Gunsten der Mittelmächte aus der Hand. — Ein Kriegs- und Verkehrsministerium würde in einem nach dem Programm des Grafen Monts geschaffenen polnischen Staates nicht bestehen. Diese Angelegenheiten würden die Kuratoren der Mittelmächte und, wie sich aus der weiteren Argumentation dieses Politikers ergibt, wahrscheinlich die deutschen Behörden leiten. (Folgen 20 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen.)

Im Zusammenhang mit der Abhängigkeit von Deutschland warnt Graf Monts die Polen, daß sie sich keinen Illusionen hinsichtlich der Vereinigung des Königreichs Polen mit Galizien hingeben sollen und schreibt: „Wie sich auch die Verhältnisse gestalten mögen, die Polen müssen sich darüber klar sein, daß die Zugehörigkeit der Provinz Posen und Westpreußen zum deutschen Reiche und Galizien zu Österreich-Ungarn nicht angetastet werden darf. — Damit müssen sich die Polen abfinden. So erläutert die Gedanken des preussischen Politikers die „Godzina Polski“.

Demnach bedeutet für uns der Zusammenschluß mit Deutschland gleichzeitig eine Verzichtleistung auf die staatliche Gemeinschaft mit Galizien. Es ist dies zweifellos eine logische Argumentation, da diese beiden Fragen durch eine einfache Konsequenz miteinander verbunden sind.

Das, was eingangs über die Notwendigkeit der Verwaltung der militärischen Angelegenheiten und des Verkehrswezens durch die Mittelmächte gesagt worden

ist, ergänzend, behauptet Graf Monts ferner, daß vorläufig die Mittelmächte die Regierung in Polen übernehmen müßten und daß sodann allmählich die Polen eine immer breitere Selbstverwaltung erlangen könnten. Nationalpolnisch müßten sein: Das Schul- und Gerichtswesen und die Verwaltung. Notwendig sei auch die baldige Bildung von tätigen Körperschaften. Bezeichnend ist, daß diese für die polnischen Interessen fast einzig vorteilhaften Punkte des Programms des Grafen Monts die „Godzina Polski“ mit Stillschweigen übergangen hat. (Folgen 10 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen.)

Das sind die Konsequenzen, die sich ergeben, wenn man die polnische Frage unter preussische Auspizien stellt. Sowohl im Interesse des künftigen Polens, als auch Österreich-Ungarns liegt eine andere Konzeption, nämlich die eines engeren Zusammenschlusses zwischen Polen und Österreich. Diese letztere Konzeption vermag die obersten polnischen Postulate vollauf zu befriedigen (folgen drei von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen), wie sie auch die Verkehrsverhältnisse in polnische Hände legt. Es liegt kein Grund zu der Befürchtung vor, daß sich Deutschland einer solchen Konzeption allzusehr widersetzen würde, denn die russenfeindliche Front Polens ist dann sowohl durch den staatlichen, als auch den dynastischen Zusammenschluß mit Österreich-Ungarn garantiert. Was Polen selbst anbetrifft, so ist eine völlige Befriedigung der Polen im künftigen Staate wohl die einzig wirkliche Garantie ihrer russenfeindlichen Front.

Alles das sollte die Polen dazu bewegen, ein eigenes Projekt der Lösung der polnischen Frage aufzustellen, das in erster Linie die Interessen des eigenen Volkes berücksichtigen würde. Die Frage umgekehrt stellen können nur die Vertreter der Mittelmächte. Es ist den Polen unmöglich, die von der „Godzina Polski“ vorgeschlagenen Grundsätze zu befolgen (folgen vier von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen).

Fremde Interessen als den Ausgangspunkt für unsere politischen Programme zu wählen, ist keine Behandlung politischer Fragen im polnischen Sinne. Auf diese Weise sinkt man zur Stellung eines Gesandten für fremde Interessen in Polen herab, womit sich die Funktionen und die Politik eines polnischen Publizisten nicht in Einklang bringen lassen. Deshalb vermögen uns auch nicht die weiteren Argumente des Publizisten der „Godzina Polski“ zu überzeugen, wenn er schreibt: „Unter vielen Polen wird dieser Standpunkt nicht in dem Maße in Betracht gezogen, wie es sich gehört. Es ist dies nicht zu verwundern und die Zumesung größerer Dimensionen und Aufgaben des künftigen Polens vom Gesichtspunkt der polnischen Interessen und Gefühle vollkommen verständlich. Vom Standpunkt der Realpolitik jedoch wäre eine solche vollständige Nichtberücksichtigung der Interessen der Mittelmächte ein Fehler.“

Gefühlsstimmungen reale Politik gegenüberzustellen, ist durchaus natürlich und berechtigt, aber sie dem polnischen Interesse gegenüberzustellen, ist unzulässig und falsch! Der Kompaß in der Politik muß für die Polen das polnische Interesse sein. Erst auf diesem Boden kann der politische Realismus zu Worte kommen und ein solches Programm aufstellen, das den Interessen der Mittelmächte entsprechen würde. Eine andere Politik kann nur eine polenfreundliche, deutsche oder österreichische Politik, nicht aber eine polnische Politik sein!

Dr. Gustav Doborzynski.

Nus Nr. 232 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 21. August 1916.

Die Politik der Untätigkeit.

Die Untätigkeit, die bei uns eine kluge Politik des Abwartens genannt wird, die von gewissen politischen Bruchteilen gefördert und gutgeheißen wird, führt unter unseren Verhältnissen zu einem sträflichen Pessimismus der Demoralisierung und Schwächung aller lebensfähigen Reflexbewegungen des nationalen Geistes. Mit Anerkennung äußert sich der „Kurjer Poznański“ darüber: „daß zu der sogenannten klugen Politik die verantwortlichen polnischen Faktoren des Königreichs Polens keine Neigung gezeigt haben.“

Es entsteht die Frage, ob gerade diese polnischen Faktoren des Königreichs Polens verantwortlich sind, ob sie eine moralische und politische Bedeutung haben, die ihnen gestatten würde, sich als solche zu bezeichnen. Ohne Zweifel sind diese bei uns zur politischen Hegemonie gelangt, aber damals, als jegliche oppositionelle, wirklich nationalfreiwillige Bewegung bedrückt und erdrückt wurde. Diese Leute sind den Weg des Opportunismus gegangen, den Weg der Anpassung an die Verhältnisse, den Weg einer klugen selbsterkhaltenden Politik. Auch heute kommen aus diesem Lager Lösungen des Opportunismus, Ermahnungen zur Vorsicht und zum Abwarten, zur kleinen und mühsamen Organisationsarbeit, zur Verzichtleistung auf jede breitere politische Aktion. Der „Kurjer Poznański“ lobpreist dies und nennt dies: „Nüchternheit und Klugheit, die durch die Erfahrungen aus der Vergangenheit teuer erkauft worden ist.“

Fürwahr traurige Zustände! Einerseits die Demagogie, welche, ohne sich an die ganze Nation zu wenden, über ihr Los willkürlich entscheiden möchte, andererseits die Vogel-Strauß-Politik unter der Lösung: Abwarten und dankbar das nehmen, was die Zukunft bringen wird, die Furcht vor einer Bloßstellung, die Furcht vor einer Tat und die Furcht vor dem Verlust der teuren auf morschen Boden errungenen Hegemonie.

Vor uns haben sich so ungeheure Möglichkeiten, eine so wirkliche und große geschichtliche Zeit erschlossen. Und wir sollten unter keinem Schein gestatten, das diese Angelegenheit ohne unsere Beteiligung entschieden würde.

Mit der Stimme der ganzen polnischen Nation wird jeder rechnen. Möge diese Stimme heute eine breite, rechtlich-politische Form, sich zu äußern, finden. Nicht zufällige Politiker, nicht hoffnungslos bloßgestellte Störer der nationalen Seele, sondern die ganze Nation möge sagen, wie sie sich die Lösung ihrer Sache denkt, was sie für sie zu tun beabsichtigt und was sie zu tun vermag.

Und nur dann, wenn die Nation imstande sein wird sich zu äußern, wird sie auch imstande sein, ihre Kräfte abzuwägen und zu erwägen, sich bewußt zu machen, welchen Weg zu betreten sie beabsichtigt und auf welchem Wege sie zu einer gegenseitigen Verständigung gelangen will, werden sich die Grundlagen zu einer großen, verständigen und zielbewußten Aktion bilden.

Unser Zweck und Streben also sollte sein, denjenigen großen politischen Vorposten zu schaffen, der heute in ganz Europa das einzige und unentbehrliche Organ jeder sozialpolitischen Aktion ist. Er wird in sich alle in der Volksgesamtheit wühlenden Strömungen widerspiegeln und ein wahres Bild der Gestaltung der Kräfte und der politischen Richtung in der Nation geben. Unsere ein Jahrhundert währende parlamentarische Vergangenheit, deren schöne Frucht und Krone das Werk vom 3. Mai war, lehrt uns,

daß bei der bestehenden und durch die Überlieferung erhaltenen Neigung zur sozialen und verantwortlichen Selbstregierung nur das Organ einer kollektiven Staatsgewalt, welches das Vertrauen und die Mitwirkung der ganzen Nation besitzt, imstande ist, ein dauerndes und großes Werk zu schaffen, welches den wesentlichen Bedürfnissen der Volksgemeinschaft entspricht. Nicht ein einziger großer Reformator, nicht irgend eine Partei ist imstande, die Nation emporzurichten und das Vaterland wiederherzustellen, sondern nur der vereinigte und bewußte Wille der Nation kann und sollte diese Aufgabe auf seine Schultern nehmen.

H. W.

Nus Nr. 233 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 22. August 1916.

Lavieren.

Die nationaldemokratische Brust des Zweigroschenblattes „Gazeta Poranna“ hat sich in dem Gefühl des Bedauerns und des Schmerzes aufgebläht. Ihre politischen Freunde, welche in Petersburg, in Moskau und Kiew in der freiwilligen Emigration weilen, erleben bittere Enttäuschungen. So ist die von ihnen erhoffte und von der russischen Regierung versprochene Autonomie wiederum ins Wasser geraten. Das Ministerium der äußeren Angelegenheiten hat an die Gouverneure und Stadtoberhäupter, an die Hauptpolizeiamter und an die höheren Militärs ein Rundschreiben verschickt, welches die polnische Frage bespricht und zu beweisen sucht, daß „alle polnischen politischen Gruppen, sogar die im Königreich Polen, eine Österreich freundliche Orientierung angenommen haben.“

„Wie sehr die leitenden polnischen Kreise in Rußland mit den Folgen des Rundschreibens rechnen, schreibt das Zweigroschenblatt, dafür ist ein Beweis die Verteidigung, welche von den polnischen Abgeordneten unternommen worden ist, die persönliche Intervention des Grafen Wielopolski beim Zaren und die Denkschrift Lednickis. Sie alle haben den falschen und tendenziösen Charakter des ministeriellen Rundschreibens dargelegt.“

Und daraus zieht das Warschauer Organ der Nationaldemokratie den Schluß:

„Wirklich dornenvoll ist der Weg, auf welchem gegenwärtig unsere Politik in Rußland „lavieren“ muß, und obgleich ihre Vertreter an die größten Schwierigkeiten und an die schmerzlichsten Enttäuschungen in den Zeiten vor dem Kriege sich gewöhnt haben, so sind diese Schwierigkeiten jetzt doppelt gewachsen, denn man muß für sich und nicht für sich verantwortlich sein dafür, was man allein leiten kann, und dafür, worauf man keinen Einfluß hat, dafür, was Wahrheit ist, und dafür, was Lüge, Klatsch, Intrigue oder Insinuation ist.“

So schreibt das Organ der Partei, welche hier in Warschau die Lösung der Unabhängigkeit predigt, deren Vertreter die Unabhängigkeitserklärung des Gemeinderats unterzeichnet haben.

Also ist das Unabhängigkeitsprogramm der Nationaldemokratie ausschließlich zum inneren Gebrauch bestimmt?

Wenn im Kaffeehaus ein Nationaldemokrat mit den Realisten zusammenkommt, dürfen sie über einen unabhängigen polnischen Staat schwärmen. Aber auch nur das. Dagegen „lavieren“ die nationaldemokratischen und konservativen Führer. Wir wissen, wie sie das können. Herr Harusewicz in Petersburg, Graf Wielopolski im Hauptquartier versichern die russische öffentliche Meinung, das höchste Glück, nach welchem die Polen Verlangen haben, sei eine russische Autonomie.

In dem Artikel der „Gaz. Poranna“ ist noch etwas anderes enthalten. Die Insinuation, daß eine Million Polen, welche von den russischen Truppen nach dem Osten getrieben worden sind, die Verantwortung dafür trägt, was im Königreich Polen geschieht. Das größte Verbrechen, welches die Weltgeschichte kennt, erregt in dem Organ der Nationaldemokratie nicht das brennende Gefühl des erlittenen Unrechts, sondern die Lust zu kokettieren. Man muß so „lavieren“, daß die unglücklich Verbannten nicht der Ungnade der Behörden preisgegeben werden.

Es ist allgemein bekannt, wie die russischen Behörden die polnischen Flüchtlinge von Anfang an behandelt haben. Wir kennen die Hölle der Leiden, welche unsere Flüchtlinge durchmachen. Vom Elend, vom Hunger und von der Kälte wird sie die „lavierende“ Politik der nationaldemokratischen Führer nicht erretten.

Eine der schwachen Seiten der Politik des Herrn Dmowski war der Glaube, daß er den Gegner zu betrügen versteht. Tatsächlich wurde er am häufigsten betrogen. Als letzter drastischer Beweis kann die verhängnisvolle Frage der Regionen beim russischen Heere dienen.

Heute hat die polnische Nation diese Politik der Ausflüchte satt. Sie sieht ein klares Ziel vor sich. Sie strebt danach ohne Rücksicht darauf, wie dies in Petersburg aufgefaßt werden wird. Das Streben nach Unabhängigkeit kann den Russen mißfallen, aber eine kühle und offene Aufwerfung der Sache muß in ihnen Achtung erwecken, eine Achtung, die sich eine lavierende Politik niemals erwerben wird.

Nach ihrem Ziel strebt die polnische Nation auf einem dornenvollen Wege. Der Weg ist weit und schwierig, ganz anders wie der Weg, den die politischen Freunde des Zweigroschenblattes gehen, die von ihm beweinten „Märtyrer“, welche im Augenblick der Gefahr vorsichtigerweise dorthin gereist sind, „wo die Feige in düftigem blauen Dunst reift und der Kaviar ewig frisch bleibt“.

Aus Nr. 422 des Goniec (Warschau)
vom 23. August 1916.

Die Befreiung oder das Ende eines geschichtlichen Volkes.

„Die Befreiung, oder aber die Zerstreuung über die ganze Welt wird uns zuteil werden, wenn wir nicht aus uns die Kraft hervorbringen und sie gemäß unserm nationalen Interesse im entscheidenden Augenblick in die Wagschale der Ereignisse werfen.“

„Heute, da sich der entscheidende Augenblick nähert, herrscht bei uns Desorientierung“.

Diesen Abschnitt aus der Vorrede zu meinem Buche „Sprawa Polska“, geschrieben im Jahre 1909, braucht man nur dadurch zu ändern, daß man die Worte „sich nähert“ durch „ist gekommen“ ersetzt, denn dieser ist der gegenwärtige Krieg.

Unter den schwierigen Verhältnissen der letzten 125 Jahre hat sich bei uns ein gewisser sonderbarer Optimismus des Unglücks herausgebildet, daß kein Schicksal uns zu überwinden vermöge. Es ist dies das Ergebnis der Erinnerungen an die Teilungen, an die Niederwerfung der Aufstände und das Bewußtsein des Umstandes, daß wir in der Slaverei wirtschaftliche Fortschritte gemacht haben, zahlenmäßig gewachsen sind usw. Daneben bedrückt uns ein gewisser Pessimismus, der den Willen und die Tat ertötet. So viel Anstrengungen hat man erdrückt; der Aufstand endet bei uns nicht mit der Erlösung, sondern mit Repressalien. Die Karte von Europa hat sich wiederholt geändert, der blutige Feuerschein aus Ostasien verbreitete seinen Schein über die ganze Welt. Eine

Reihe von Völkern, die weniger zahlreich sind und sich in der Geschichte weniger verdient gemacht haben, wurde befreit, aber über uns schwebte immer die Bedrängnis. Daher die Schlussfolgerung: Bei uns wird sich nie etwas grundsätzlich ändern. Dieser polnische Pessimismus wie auch der polnische Optimismus sind das Produkt unserer unglückseligen Geschichte. Beide schliefen die Seele des Volkes ein und machen das Volk zur Tat nicht geneigt.

Die Einschläferer des Volkes möchten gegenwärtig unserer staatsbildenden Aktion im Lande die Aktion unserer Russophilen in Petersburg entgegensetzen.

Die Autonomie des Königreichs, die heute durch die russischen Minister hervorgeholt wird, ist ein Manöver, um unsere Aktivität gegen Rußland zu vernichten. Sazanow forderte die Autonomie des Königreichs, da er die Anschauungen der Koalition teilte, daß Polen ein wichtiger Faktor in diesem Kriege werden könne, daß es mit Hilfe Deutschlands eine Armee von 12 Millionen aufstellen könne. Seit der Feier des 3. Mai, die die Illusion der Koalition, daß die deutsch-polnischen Verhältnisse in Polen Auflehnungen hervorrufen werden, die für die Zwecke der Koalition günstig sein werden, zunichte gemacht hat, erschienen in der Presse der Koalition Stimmen über das polnische Heer, das in diesem Kriege aufgestellt werden kann. Gegenüber den in Polen erwachenden Bestrebungen, mit Hilfe der Zentralmächte aufzustellen, eine Armee, die an ihrer Seite noch in diesem Kriege gegen Rußland kämpfen würde, bemühen sich die Politiker der Koalition, in den Polen Hoffnungen zu erwecken, daß ihre nationalen Interessen durch Rußland auf dem Wege der Autonomie des Königreichs werden befriedigt werden. Sie vergessen jedoch, daß wir außerhalb des Königreichs im russischen Joch ein Land besitzen, in dessen Boden wir Jahrhunderte alte Wurzeln geschlagen haben und deren Herausreißen keine Autonomie des Königreichs hindern wird. Indem sie den Entwurf der Autonomie auf den Plan bringt, rechnet die Koalition damit, daß die Polen, die ein sehr starkes Nationalgefühl und Anhänglichkeit an ihre Sprache und Sitten haben, das Gefühl für den Staat schon verloren haben und daß die Autonomie für sie mit einem eignen Staatswesen gleichbedeutend sein werde.

Ein Teil des russischen Kabinetts jedoch mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze sträubt sich noch immer dagegen, die Autonomie zu proklamieren, und verspricht nur die Selbstverwaltung, denn er ist zum Teil überzeugt, daß die polnischen Aspirationen sich durch die Selbstverwaltung befriedigen lassen, zum Teil gibt er sich der Illusion hin, daß die russische Offensive gelingen und Rußland nach dem Königreich zurückkehren wird; alsdann würde die Nichteinführung der proklamierten Autonomie der Faktor einer gewissen Unruhe im Lande werden.

Die Idee der Autonomie war vor 10 Jahren das Ideal unserer Zugehörigkeit zu Rußland und hat die Versöhnung mit der Zugehörigkeit zum russischen Staate durch Hoffnungen auf autonomistische Konzessionen erleichtert. Heute ist sie ein Schmarozer der antirussischen Aktivität ein Ausporn zu einer Aktion zugunsten Rußlands.

„Die Autonomie des Königreichs ist ein Kartenhäuschen, das beim ersten unfreundlichen Windhauch von Norden auseinander fallen wird“ — schrieben wir im Warschauer „Zarzewie“ vor 10 Jahren. Das Verhältnis der Kräfte, die staatliche Tradition Rußlands — alles dies bestärkt uns darin, daß eine Autonomie nur vorübergehend wäre.

Unser Staatswesen kann nur auf dem Boden gegründet werden, der Rußland abgenommen worden ist. Schon die heutige Okkupation bildet dazu eine

breite Grundlage. Jegliches Zurückdrängen Rußlands nach dem Osten bis zu unsern natürlichen Grenzen wird die Grundlagen für das zukünftige Polen vergrößern. Jegliches Vorrücken Rußlands nach dem Westen, welches das von ihm abgetrennte Territorium verkleinert, verkleinert auch das zukünftige Polen. Rußland an den früheren Grenzen bedeutet — Polens Vernichtung.

Vor dem großen Kriege war das belebende Moment der Unabhängigkeitsbewegung die Hoffnung auf den großen Krieg. Wenn dieser nicht die endgültige Lösung von Rußland bringen sollte, was die Vorbedingung unsrer Befreiung ist, dann würde die folgende Generation nur noch aus leblosen Menschen bestehen, es würde das Ende des historischen Volkes kommen. Nur das Bewußtsein, daß uns dieser Krieg entweder ein staatliches Dasein oder aber die Vernichtung bringen kann, wird uns riesige Motorkräfte zur Aktion verleihen.

Aus Nr. 193 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 25. August 1916.

Die Geburt des Staates.

Es mehren sich die Zeichen dafür, daß das Ende unseres heimatloren Elends sich nähert. Noch schlafen die Massen des Volkes, noch empfinden sie nicht die hellere Zukunft, die ihrer wartet. Noch wollen sie in Zurückhaltung das Ende des Sturmes abwarten, der ihnen das Dach überm Haupte vernichtet, sie zu Hunger und zum Verlassen der Heimat verurteilt, die Familie auseinanderreißt, mit Tod oder Verwundung die Väter, Gatten und Söhne, diese Stützen der Familien, bedroht. Sie vegetieren nur noch in dem Wunsche, daß alles wieder so werde, wie es vor dem Kriege war.

Aber bei denjenigen aus dem Volke, für die das Leben nicht nur in der Befriedigung der Bedürfnisse des täglichen Lebens besteht, die da wissen, daß Völker nur durch solche Stürme wiedererstehen können, erwacht ohne Rücksicht auf ihre sonstigen Anschauungen das Bewußtsein, daß die Zeit der Wiedergewinnung des staatlichen Daseins sich nähert.

Dieses Bewußtsein ist ein günstiges Zeichen; denn die nächste Zeit wird von den Polen viel schöpferische Kräfte auf allen Gebieten verlangen, wenn erst der Bau des nationalen Staates beginnt, und zwar nach einem so starken Blutverluste infolge des großen Krieges!

Je mehr Einzelindividuen es gibt, die das Bewußtsein der ihrer wartenden Rolle haben, desto besser ist es.

Die Atmosphäre, in der Talente geboren werden, ist jedoch gewöhnlich ähnlich derjenigen, die auch wir einatmen. Das müßte uns mit der Hoffnung erfüllen, daß sich die entsprechenden Menschen finden werden. Wie viele Beispiele dafür hat uns die Geschichte vor hundert Jahren gebracht!

Am schwierigsten wird es sein, die Fundamente des zukünftigen Polens zu legen, was wir noch während des Krieges tun müssen, noch gefesselt, noch gegen den Willen des Volkes, das der Suggestion der Kriegsverhältnisse unterliegt.

Denn nach dem Kriege wird sich das Volk frei fühlen, wird seine gefalteten Flügel ausbreiten, wie der Schmetterling, nachdem er den Koton verlassen hat.

Ein Volk in diesem Zustande hat eine unerhörte Spannkraft, eine Kraft, die lange Jahre dauert und nicht nur auf dem Gebiete der nationalen Kultur, sondern auch auf dem der allgemein menschlichen Kultur schöpferisch ist. Ein solches Volk lebt schneller als ein normales. In seiner Entwicklung ist etwas

Elementares. Denken wir daran, was Deutschland vor 1863, vor 1870 gewesen ist und was es jetzt ist!

Was bedeutete Italien vor der Einigung und Begründung des italienischen Staates im Vergleiche zu heute!

Ein zerrissenes Volk, das sich von neuem vereinigt, hat in dem Augenblick der Vereinigung eine Kraft in sich, die man mit der den Chemikern bekannten Energie in statu nascendi vergleichen kann — das aus der Verbindung gelöste Element zeigt diese Kraft in unerhörter Weise.

Auch wir werden in Kürze eine Kraft — in statu nascendi werden. Man muß nur die paar ersten Schritte machen, die eine Anstrengung kosten. Später wird die Wirklichkeit die blühendste Phantasie übertreffen. In wenigen Jahrzehnten werden wir ein Jahrhundert einholen. Menschen, die das junge Staatswesen nötig haben wird, wird die Erhebung des Geistes schaffen, die solche staatschöpferischen Momente begleitet.

Eine von den Bedingungen, die notwendig sind, damit wir die volle Energie in statu nascendi aus uns hervorbringen können, ist unsere Vereinigung in ein Staatsorganismus: das Königreich mit Galizien. Die Verschiedenheit der Kulturtypen, die Verschiedenheit der Erlebnisse ist hier ein sehr erwünschter Faktor. Sogar der Provinzpartikularismus, soweit er durch den allgemein-polnischen Patriotismus gemildert wird, kann die Quelle einer für das zukünftige Polen erwünschten Erscheinung werden: des Wettbewerbs in der Mitwirkung.

Das künftige Polen wird demnach um so weitere Kreise ziehen, je mehr polnische Volksmassen es umfassen wird. Danach wird sich auch seine Lebenskraft richten. Das empfindet der Instinkt des Volkes. Nicht umsonst hat Rußland unsere Empfindlichkeit gegenüber einer solchen Parole ausgenutzt.

Das gemeinsame Staatswesen ist das beste Heilmittel gegen den Provinzpartikularismus. Turin und Mailand, Rom und Venedig, Florenz und Neapel wirken an der Schaffung des italienischen Staates mit, obwohl ihre Verschiedenheiten größer waren als die von Warschau und Lemberg, Krakau und Wilna, Lublin und Przemyśl.

Vergessen wir dabei nicht, daß Deutschland sein Preußen, Italien sein Piemont hatte, wo die Kadres ihrer Staatswesen geschaffen wurden. Das zukünftige Polen muß Galizien umfassen; sonst wäre es eines sehr wertvollen Materials beraubt. Es wäre eine freiwillige Selbstverstümmelung des Volkes, wenn wir selbst eine solche Vereinigung nicht wünschen würden.

Diejenige Konzeption des polnischen Staates ist für uns die beste, die sich wenigstens auf eine solche Vereinigung stützt.

Wenn wir die politischen Kadres Galiziens, den Eifer und die soziale Energie des Königreichs Polen haben werden, wird Polen imstande sein, in statu nascendi sich schnell zu einem mächtigen, durch Kultur sich auszeichnenden Staate zu entwickeln, wie es zur Zeit Sigmunds gewesen ist. G. Doborzynski.

Aus Nr. 237 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 26. August 1916.

Die Sonne ist im Pegriff unterzugehen. Die Luft ist warm und erquickend, obwohl eine leichte Frühlingsglut die Stadt in einen bläulichen Schimmer einhüllt. Auf dem Warecki-Platz herrscht Leben. Ungefähr 1000 Personen umgeben eine Schar von Milizianten, die volkstümliche Melodien spielen. Ein Straßenkonzert. Das Publikum gehört den minder-

hemittelten Kreisen an, die nur selten ein bezahltes Konzert besuchen. Eine Nähterin, die von der Arbeit zurückkehrt, ältere Herren, die es nicht mehr dazu haben, in der Konditorei täglich eine Tasse Kaffee zu trinken und zu plaudern, und einige Handwerker, denen es heut durchaus nicht an Zeit gebricht.

Die Kapelle spielt das Dombrowski-Lied. Die Gesichtszüge beleben sich. In den erloschenen Augen glänzt Feuer. Dieser und jener singt mit . . . „So lange wir leben!“ Die älteren Herren blicken einander erstaunt an. Es ist also in Warschau erlaubt, auf einem öffentlichen Platz das Lied: „Noch ist Polen nicht verloren“ zu spielen. Es gibt keine russischen Schutzleute und keine Gendarmen mehr. Und es ist sogar unsere Bürgerwehr, die das „revolutionäre“ Lied spielt.

Das Dombrowski-Lied ist verklungen. Es erschallt die Hymne: „Gott, der Du Polen“. Jeder zieht den Hut, die Gesichter werden ernst. In den Augen glänzen Tränen der Rührung. Jemand ein altes Väterchen weint.

Warschau hat sich in der Tat geändert. Fast jeder Tag bringt eine Neuigkeit. Die erschrockene, verarmte und betrogene Hauptstadt Polens erwacht langsam aus dem langen Schlaf der Sklaverei.

Noch wollen es bestimmte Kreise, die sich unter dem russischen Joch das Leben bequem zu machen wußten und die sich nach diesen Bequemlichkeiten sehnen, nicht begreifen. Ihnen gegenüber war aber auch der Herr Oberpolizeimeister Meyer immer freundlich, Herr Effen gefällig und sogar der Gouverneur zukommend. Man muß gerecht sein! Davon hatte oft auch die breitere Allgemeinheit Nutzen. Denn durch die Vermittlung dieser Kreise und ihre Beziehungen war es möglich, gewisse Erleichterungen und Zugeständnisse zu erlangen und diesen oder jenen Gefangenen zu befreien.

Aber das waren Zeiten, die nicht mehr wiederkehren werden. Der böse Traum ist vorbei, der schwere Alp von der Brust Polens verschwunden.

Über diejenigen, die sich darüber nicht klar werden wollen, wird das Leben hinweggehen, wie die Meereswoge, die keine Kraft aufzuhalten imstande ist. Umsonst versuchen die geschworenen Einschläferer, den elementaren Prozeß aufzuhalten, der sich in der Seele des Volkes vollzieht.

Aus Nr. 424 des Goniec (Warschau)
vom 24. August 1916.

Zum Jahrestag des Ausmarsches der Regionen- abteilung aus Warschau.

Vorgestern feierten wir den Jahrestag des Ausmarsches einiger hundert junger Leute aus Warschau zu den Regionen. Ein anscheinend nur unbedeutendes Ereignis.

Im gegenwärtigen Kriege operieren große Armeen. Aber damit nicht genug, dieser Krieg ist zugleich ein Völkerrkrieg. An der siegreichen Durchführung des Krieges arbeitet in Deutschland, Frankreich und England die ganze Bevölkerung. England hat eine Freiwilligenarmee aufgestellt. Deutschland hat trotz zahlreicher Mobilmachungen, die verschiedene Kategorien der männlichen Bevölkerung zu den Waffen riefen, im gegenwärtigen Kriege eine Million von Freiwilligen auf die Beine gebracht. Wie klein ist im Vergleich dazu unser freiwilliger Anteil an diesem Kriege? Das von den Russen befreite Warschau hätte mindestens 20000 Mann stellen müssen, wenn man das als Norm ansehen will, was Lemberg nach seiner Befreiung von den Russen an Mannschaften dem Heere zur Verfügung gestellt hat. Lemberg hatte nur einige Monate unter dem russischen Regime zu leiden. Warschau da-

gegen empfand die russische Herrschaft über hundert Jahre. Schon im Jahre 1813 wurde die Stadt von den russischen Truppen überschwemmt. Warschau empfand die russische Bedrückung namentlich in dem Zeitabschnitt der Realunion mit Rußland von 1815 bis 1831. Warschau wuchs in das Joch und das Joch in Warschau hinein. Die Ketten der Sklaverei drangen in die Seele des Volkes, sie anfangs verwundend und später unempfindlich machend.

„Wir sind ähnlich Prometheus, dem der Geier nicht das Herz, sondern das Gehirn auspickt,“ schrieb im Jahre 1836 Slowacki über Warschau. Die Verzerrung unseres Gedankens durch das Verbot der politischen Literatur, die Entartung unserer Presse durch die Bedrückung, die Aufhebung unseres Schulwesens und die Depravierung der zweisprachigen Schule, die uns zuerkannt wurde, alles das war ein systematisches Auspicken des Gehirns unserer Hauptstadt. Es folgte eine Verzerrung unseres Selbstbewußtseins und ein Schwinden der elementarsten Begriffe davon, was der Staat bedeutet, welches unentbehrliche Werkzeug der Kultur und Zivilisation und welches mächtige Bollwerk er im internationalen Kampfe um die Existenz ist. Unsere geistige Gebrechlichkeit, die ein Ergebnis der hundertjährigen Bedrückung ist, hat der Krieg ins rechte Licht gerückt.

Seht, was Warschau schrieb! Hat nicht das „Zweigroschenblatt“ — der „Kurjer Warszawski“, die „Gazeta Warszawska“ und der „Dziś“ zum Eintritt in die Kainabteilungen aufgefordert und dazu anregt, daß sich die nationale fortschrittliche Demokratie, die Realisten usw. dem Aufruf des Großfürsten Nikolaus Nikolajewicz anschließen sollten? Für die russischen Offiziere spendeten die Anhänger dieser Blätter Blumen, für die russischen Soldaten Zigaretten. Zerrissen war der traditionelle Faden des Kampfes mit Rußland, verschwunden der Haß gegen die russische Bedrückung. Was sollte das bedeuten? Den Anfang vom Ende? Nein! Das polnische Volk ist noch ein großes Volk. Es rafft sich auf zum neuen Leben, indem es solche Kinder sein eigen nennt, wie die, welche die deutschen Truppen zum Kampfe gegen Rußland in Warschau organisiert und mit Waffen ausgerüstet, für deren Besitz die Todesstrafe drohte, angetroffen haben. Der heilige Funke glimmt noch im Volke. Es gilt nur das Feuer zu entflammen, und das Volk wird mit Begeisterung in den Krieg gegen Rußland ziehen. Im Kriegsfeuer wird es sich von den Fremdkörpern der langen Sklaverei reinigen, im Kampfe gegen Rußland zu seinen alten Traditionen zurückkehren und sich seiner selbst bewußt werden.

Wl. Studnicki.

Jaworski in Warschau.

Anläßlich des Besuchs des stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Nationalkomitees Professor Jaworski aus Krakau in Warschau lassen sich die polnischen Blätter wie folgt aus.

Aus Nr. 223 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 12. August 1916.

Leopold Jaworski ist ein lebendiger Geist, welcher den Rhythmus der geschichtlichen und nationalen Strömungen ausgezeichnet versteht, er ist der demokratische Konservative, welcher die Politik auf die Teilnahme der breiten Massen am öffentlichen Leben stützt.

Jaworski gehört zu denjenigen Geistern in Polen, welche die Mission Österreich-Ungarns in der geschichtlichen Evolution Europas, sein Verhältnis zu Galizien und zu Polen verstehen. Mit dem Gleichgewicht des Umgangs und des Wortes begabt, hat er einen objektiven Geist, welcher die Sache vom Standpunkt

der öffentlichen Interessen behandelt, jedes Für und Wider abwägt, diese Kriterien den nationalen und politischen Aufgaben anpaßt.

Der Unterschied in der politischen Erziehung, welche in dem letzten halben Jahrhundert zwischen den Teilgebieten Polens in die Erscheinung getreten ist, ist eine der wichtigsten Ursachen, welche eine gemeinsame Verständigung und ein gemeinsames Handeln erschwerten. Die Einheit der nationalen Erziehung ist nämlich das Hauptelement der Politik, wie die Einheit des künstlerischen Stils das Hauptmerkmal der Kunst ist.

Er war und blieb die Seele des Obersten Nationalkomitees, nicht nur in Augenblicken des Sieges, sondern auch in den Zeiten der Sorge und der Verzweiflung. Das klare Urteil, der Glaube an die Sache, der beständige Eifer in der Pflichterfüllung verliehen ihm niemals, Jaworski gehört zu denjenigen Politikern, deren Verstand und Gewissen man stets vertrauen kann.

Wie immer das Schicksal des Programms des Obersten Nationalkomitees, sein wird, Jaworski wird in der Politik und in der nationalen Arbeit stets eine schöpferische Kraft sein, und das freie Polen wird in ihm einen Gelehrten, einen Parlamentarier und einen Statisten höheren Stils besitzen.

Aus Nr. 368 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 13. August 1916.

In dem Verhältnis zum Königreich Polen nahm Jaworski vom ersten Augenblick der Entstehung des Obersten Nationalkomitees den Standpunkt ein, daß aus dem Kreise der hiesigen Volksgemeinschaft eine analoge Organisation spontan entstehen müsse, die sich im einmütigen Einvernehmen mit dem Obersten Nationalkomitee befinden würde — entgegen den anderen Bestrebungen, welche eine Unterordnung der ganzen polnischen Politik unter die Linie des Obersten Nationalkomitees bezwecken. Die Hauptlösung des stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Nationalkomitees ist ein selbstständiger polnischer Staat. Dieser Lösung ist er treu, in diesem Geiste arbeitet er unermüdlich und stellt alle Unterschiede der sozialen Programme zurück.

Kein Wunder, daß sich Dr. Wladislaus Jaworski in ganz Polen allgemeiner Achtung und in den politischen Kreisen seiner Anhänger der höchsten Anerkennung erfreut.

Aus Nr. 373 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 17. August 1916.

Von gut unterrichteter Seite wird uns versichert, daß Professor Dr. Wladislaus Leopold Jaworski, der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Nationalkomitees, dessen Person sich in Warschau der verdienten Volkstümlichkeit erfreut, keinen vollkommenen Erfolg in der Ausführung der Pläne hatte, welche mit seiner Ankunft in Warschau verknüpft waren und den verschiedenen hiesigen Gruppen vorgetragen wurden. Professor Dr. Wladislaus Jaworski hat gestern Warschau verlassen.

Aus Nr. 185 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 16. August 1916.

Berichtigung.

Wir erhalten von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Nationalkomitees, Professor Dr. Wladislaus Jaworski, folgendes Schreiben:

Geehrte Redaktion!

In Ihrem Artikel unter der Überschrift „Der Vorsitzende Jaworski“ befindet sich die Behauptung, daß ich in Warschau auf die Einladung des Fürsten Józef Lubomirski eingetroffen sei.

Ich bitte freundlichst, diese Nachricht zu widerrufen.

Meine Ankunft in Warschau auf Einladung des Wirts der Stadt, wie es der Stadtpräsident ist, hätte einen offiziellen Charakter, den ich aber meiner längst geplanten Reise nicht zu geben beabsichtigte.

Mit Hochachtung
Jaworski.

Aus Nr. 189 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 20. August 1916.

Ansprache des Abgeordneten des Galizischer Landes Parczewski im literarisch-wissenschaftlichen Klub in Warschau.

In Ergänzung des gestrigen Berichts über den Besuch des Vizepräsidenten Prof. W. L. Jaworski in Warschau bringen wir in folgendem die Ansprache des Abgeordneten Parczewski:

Nach den Teilungen Polens, dieser großen geschichtlichen Katastrophe, gab es Perioden, manchmal sogar sehr lange, in welchen wenigstens in einem polnischen Teilgebiete das Los des Volkes ein verhältnismäßig besseres war; es gab gewisse Lichtblicke der Freiheit und des politischen Lebens, die nicht nur an Ort und Stelle leuchteten, sondern ihre Strahlen auch nach den anderen Teilen unseres Vaterlandes senden konnten. Galizien war, wie es schien, am längsten von der Gesamtheit des polnischen Lebens abgeschnitten. Von der polnischen Republik infolge der ersten Teilung losgerissen, durchlebte es nicht gemeinsam mit dem übrigen Polen die geistige Wiedergeburt der Epoche des vierjährigen Parlaments. In der Geschichte des Herzogtums Warschau war die Beteiligung Galiziens nur eine teilweise, bruchstückartige, mittelbare. Und damals — und noch mehr in der Epoche nach dem Jahre 1815 — fand sich der Schwerpunkt des politischen polnischen Lebens im gegenwärtigen Königreich Polen. Nach dem Jahre 1863 haben sich die Verhältnisse geändert. Der Herd des Polentums zeigt in Galizien die kräftigsten, auf jeden Fall aber die sichtbarsten Flammen. Warschau zugleich mit dem Königreich wird ein Gebiet schwerer Bedrängnis. Außerdem führten innere Strömungen, jener leichte, speziell Warschauer Positivismus und sein Kind, das nicht immer in seiner Anlage und seinen Äußerungen gesunde Programm der organischen Arbeit, zur politischen Resignation. Unterdessen entwickelte sich in Galizien der politische Gedanke und bildete sich die polnische Organisation. Die Arche der nationalen Ideale fand in Krakau und im Vorgebilde der Karpathen Schutz. Von dort kamen lange Jahre hindurch nicht nur die Strahlen der polnischen Wissenschaft und Literatur, sondern flossen auch die belebenden Ströme des polnischen politischen Geistes. Über ganz Polen, so weit und breit es ist, wirkten durch ihren erquickenden Einfluß die periodisch in Galizien stattfindenden Zusammenkünfte der Vertreter der Wissenschaft und der sozialen polnischen Arbeit. Es kommt mir gerade eine jener Zusammenkünfte in den Sinn, in welcher ein damals junger Jurist, ein frisch diplomierter Doktor der Rechte der Krakauer Universität, durch seine Fähigkeiten und sein Wissen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkte. Später verwirklichte der damals vielversprechende Jüngling durch seine wissenschaftliche und politische Lebensarbeit, durch eine Arbeit, die sich durch großen Eifer und durch große Klugheit auszeichnete, die damaligen Hoffnungen. Jener Jüngling von damals ist unser verehrte heutige Gast, der Organisator und gegenwärtige Vizepräsident des Obersten Nationalkomitees.

Indem wir Dich in Warschau als den Vertreter der einzigen, rechtmäßig, normal und offen aufgebauten politischen polnischen Organisation begrüßen, bitten wir vor allem um ein genaues Hineinhören in die Stimmungen Warschaws. In den nach außen hin, nach dieser Richtung hin verbreiteten Urteilen steckt etwas Pessimismus, der durch nichts begründet ist.

Seitdem das Wort freier geworden ist, hat man sich in Warschau bestimmter geäußert. In der Erklärung des Warschauer Gemeinderats, der in diesem Augenblicke einzigen, durch rechtmäßige Wahlen legalisierten Organisation, und in den Massendemonstrationen am 3. Mai und 5. August hat Warschau seine Aspirationen bezüglich der Unabhängigkeit und der Wiederaufrichtung des polnischen Staates deutlich ausgesprochen. — Daran muß man denken. In dieser Überzeugung wird Galizien als das einzige in diesem Augenblick politisch organisierte Teilgebiet Polens, wie wir fest glauben, wirken und arbeiten, da in diesem großen entscheidenden Momente, in dem es um die Gesetze der Völker geht, auch über die Zukunft unseres Teilgebiets entschieden wird. Mit diesem Gedanken im Herzen, erfüllt von tiefer Ehrfurcht gegenüber unserem hohen Gaste, stimmen wir in den Ruf ein: Präsident Jaworski, er lebe hoch!

Aus Nr. 234 der Gazeta Poranna (Warschau)
vom 24. August 1916.

Nach dem Besuch des Herrn Jaworski.

In diesen Tagen verließ Warschau nach mehrtägigem Aufenthalt der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Nationalkomitees Professor Wladislaus L. Jaworski.

Professor Jaworski ist gegenwärtig nur stellvertretender Vorsitzender des Obersten Nationalkomitees, aber unlängst noch war er sein Vorsitzender, und wenn er den ersten Platz Excellenz Bilinski, dem Obmann des Polnischen Klubs in Wien, überlassen hat, so geschah dies aus formellen und symbolischen Gründen. Es handelte sich um ein sichtbares Zeichen der inneren Einheitlichkeit der beiden obersten Organisationen in Galizien, jedoch ist allgemein bekannt, daß die Seele und der Hauptmotor des Obersten Nationalkomitees Herr Jaworski war und ist.

Mit einem hervorragenden politischen Temperament und mit großer Tatkraft ausgestattet, entwickelte er aus einer ziemlich allgemein gehaltenen Losung das ausführliche politische Programm der sogenannten österreichischen Orientierung, und auf dem praktischen militärischen Gebiet, welches im verflossenen Jahre auf den Boden des Königreich Polens übertragen wurde, zeichnete er sich als findiger Organisator des Militärdepartements der Legionen aus. Professor Jaworski gehörte vor dem Kriege der jüngeren Generation der Krakauer Konservativen, den sogenannten „Neostanczyken“ an, die nach den alten „Stanczyken“ die konservative Politik Galiziens in ihre Hände nahmen. Die Bundeslade „zwischen den alten und neuen Jahren“, das Bindeglied, welches das aussterbende Lager der „Alten“ mit den „Jungen“ verband, war damals Michael Bobrzynski.

Seine hervorragende Mitwirkung an der Verwaltung des Landes, zunächst in der Stellung eines Präsidenten des Schulrats und später des Staatshalters von Galizien, lehrte ihn die Grundsätze und die Ideologie der „Krakauer Schule“ mit den praktischen, sehr komplizierten Erfordernissen des politischen Lebens im Lande verbinden. Und da es sowohl den „Alten“, als auch den „Jungen“ sehr darum ging, das Steuer der Regierung zu behalten, mußte man Kompromißkünste, Vereinbarungen und ähnliche Arkana der praktischen Politik anwenden, die bekanntlich mit den

Grundsätzen und mit der Ideologie häufig in Konflikt geraten. Um sich die Macht zu erhalten, mußte das an Zahl nicht große Lager der Konservativen mit den Demokraten, Juden, Volksparteilern, Ruthenen und Sozialisten paktieren, sehr heikle und schwierige Dinge berühren, lavieren und überhaupt „politisieren“. Er erprobte diese Methode vorzüglich in der berühmten Schule der galizischen Wahlen zum Landtag und zum Parlament, und in den letzten Jahren wandte er sie bei dem denkwürdigen Feldzug um die Wahlreform und um einen Ausgleich mit den Ruthenen mit Erfolg an.

Meister in dieser praktischen Arbeit der Konservativen war Bobrzynski. Wozu sich Popiel, Rozmian oder Graf St. Tarnowski nicht entschlossen hätten, das tat ohne Zögern Bobrzynski und lehrte dies die „Neostanczyken“. Wohl als der fähigste Schüler Bobrzynskis erwies sich der Professor der jagellonischen Universität L. Jaworski.

Als politischer Leiter des verjüngten „Czas“ und als hervorragender Abgeordneter des Reichsrats steuerte Professor Jaworski sehr sachkundig auf dem ehrwürdigen Schiff der Stanczyken nach den stürmischen Bogen der Wiener- und der Landespolitik. Er trieb es von den gefährlichen Untiefen weg, wich den Felsen unter dem Wasser aus und unterzog sich den gewagtesten Methoden und Mitteln, um es vom Schiffbruch zu retten. Als es sich der Regierung darum handelte, den Volkstribun Stapinski, der hohe Anforderungen an das Leben stellte, zu gewinnen, unterzog sich Professor Jaworski der unangenehmen Mission einer Vermittelung zwischen dem Minister Morawski und Stapinski und nahm das ganze Odium auf sich.

Als die neuen Methoden der konservativen Politik mit den früheren Idealen der Männer, wie Szujski und Popiel, in zu krassen Widerspruch gerieten, unterzog sich Herr Jaworski ihrer Verteidigung und Apologie in den Spalten des „Przeglond Polski“.

Dieser Mut und diese Opferwilligkeit erwarben ihm die Dankbarkeit im eigenen Lager und gewannen ihm in den anderen Lagern den Ruf eines gewandten und entschlossenen Politikers.

Das war der erste Abschnitt der Politik des Herrn Jaworski, der Abschnitt der „kleinen Zeiten“. Es war darin weder eine aufrichtige Idee, noch eine aufrichtige Geste — ein mühseliges Kleinkrämerium, welches mit seiner Atmosphäre das öffentliche Leben in Galizien niederdrückte. Herr Jaworski fühlte den Beruf zu größeren Dingen. Der Pegasus im Foch parlamentarischer und parteilicher Intrigen hatte sogar sein tragisches Moment der Entmutigung und Abscheu „de tout cela“ . . . Es war eine Zeit, als er auf das Abgeordnetenmandat verzichtete und in sich ging.

Der Krieg brach aus — es folgt Blitz und Donner, welcher mit einer ungeheuren Perspektive die heroische Epoche beleuchtete und alle zeitlichen Berechnungen der kleinlichen politischen Gewandtheit zerstörte.

In Galizien folgt auf einen Abschnitt heftiger Reibungen und Zögerungen in der Kriegspolitik eine Spaltung.

Auf der einen Seite die ausgeprägte Tendenz der Zurückhaltung, auf der anderen Seite das Oberste Nationalkomitee, welches die Legionen zum Kampfe mit Rußland beruft und immer vernehmlicher die Losung der sogenannten „österreichischen Orientierung“ ausgibt.

Das Oberste Nationalkomitee erhält das Plazet der österreichischen Behörden und kräftige Unterstützung seitens der militärischen Kreise, welche die Legionen unter ihr Kommando und in ihren Sold nehmen.

Im Obersten Nationalkomitee haben die früheren Leute aus der vorläufigen Kommission — im allgemeinen radikale und sozialistische Elemente — die Führung.

Der berühmteste Legionenführer ist bisher ihr militärischer und ideeller Schöpfer — der Sozialist Pilsudski.

Obgleich das Lager der Krafauer Konservativen dank seinen Einflüssen in Wien wußte, was bevorstand, fand es sich im ersten Augenblick des Ausbruchs des Krieges mit Rußland in einer heiklen Lage. Einerseits galt es, die Hauptlosung der Idee der Stanczyken „Zu dir stehen wir, Herr“ zu wiederholen und kundzugeben, galt es die militärische Aktion der Monarchie und damit auch die Legionen mit ganzer Kraft zu unterstützen. Andererseits wohnten namentlich den Seelen der Nestoren dieser Partei die früheren Überlieferungen der Reaktion nach den Aufständen inne: Mißtrauen gegen alle nationalen bewaffneten Bewegungen und Furcht vor dem politischen Radikalismus.

Auch hier erweist wiederum Professor Jaworski den Krafauer Konservativen einen großen Dienst. Mit rascher Entschlossenheit durchschneidet er ihre Bzgerungen, beschwichtigt die Widersprüche, versöhnt den Konservatismus der Stanczyken und die früheren Vorurteile mit der Idee der Legionen, und er selbst erlangt bald dank seiner politischen Gewandtheit die leitende Stellung im Obersten Nationalkomitee.

Seitdem beginnt die zweite Phase der politischen Laufbahn des Herrn Jaworski — die Kriegslaufbahn. Er ist gegenwärtig das hervorragendste Sprachrohr der sogenannten „österreichischen Orientierung“. Seinen Bemühungen ist die Tatsache zuzuschreiben, daß das Oberste Nationalkomitee die Vertreter fast aller politischen Parteien in Galizien — von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten — zusammenzuschließen imstande war und ein Korrelat einer formellen Harmonie zu dem erneuerten polnischen Klub schuf. In diesem Akt der Verschmelzung erlangte Herr Jaworski den Gipfel seines Erfolges.

Später ging es schon schlechter. Die Bemühungen, für das Oberste Nationalkomitee die öffentliche politische Meinung im Königreich Polen zu gewinnen, hatten bekanntlich geringen Erfolg. Und sonderbar — gerade seit dem Augenblick, als das Oberste Nationalkomitee nach den Einflüssen jenseits der früheren Grenzpfähle strebte, begannen in seiner Mitte Unstimmigkeiten und starke Reibungen. Indem wir diese der Allgemeinheit bekannten Einzelheiten, die sogar in der Warschauer Presse berührt wurden, übergehen, bemerken wir kurz, daß dem Obersten Nationalkomitee die Gefahr einer Spaltung droht, und zwar seitens der radikalen Elemente. Der Wunsch, das gemäßigte Element dem Obersten Nationalkomitee zu retten, bewog Herrn Jaworski, Warschau zu besuchen und die Versuche wieder aufzunehmen, die so oft und ohne Erfolg von seinen Sendlingen angestellt wurden.

Der Versuch schlug auch diesmal fehl. Zwar bewunderte man auf mehreren Versammlungen und politischen Teecabenden die Beredsamkeit und die Art der Argumentation und die für Diplomaten charakteristische Methode, die sich bekämpfenden Kreise und Lager in geradezu entgegengesetzter Weise über dieselbe Sache zu informieren, es gab zwar viele Ausdrücke der Anerkennung und gegenseitige Komplimente — aber dabei hatte es sein Bewenden.

Herr Jaworski reiste mit dem unangenehmen Gefühl ab, die kostbare Zeit vergeudet zu haben — er hatte niemanden engagiert. Diejenigen aber, die gern von ihm etwas von dem Neuesten

hätten erfahren wollen, haben sich gewaltig getäuscht. Denn Herr Jaworski wußte entweder etwas, sagte aber nichts, oder er wußte wirklich nichts, wie er dies zugab, und also interessierte er auch Warschau nicht, welches um jeden Preis nach sensationellen Neuigkeiten gierig ist.

Aus Nr. 418 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 22. August 1916.

Protest polnischer Bauern.

In dem in Lublin erscheinenden Blatte „Polska Ludowa“ ist ein Protest erschienen, welcher von mehreren aufgeklärten Bauern unterzeichnet und eine ausgezeichnete Illustration der patriotischen Stimmung unter dem polnischen Volke ist. Dieser Protest lautet:

„Wir Bauern aus Ostrowo, Kreis Krasnostaw, protestieren dagegen, daß wir von der Zeitung „Cholmskaja Rus“, die früher in Chelm erschienen ist, beschuldigt werden, daß wir für das Königreich Polen sogar eine Autonomie wünschen, daß wir behaupten, wir hätten es unter der russischen Herrschaft gut gehabt. Wir fordern keine Autonomie, sondern eine völlige Unabhängigkeit des Königreich Polens. Weiter schreibt die „Cholmskaja Rus“, wir beklagen uns darüber, daß man uns nicht russisch lehre. Wir haben doch selbst danach gestrebt, daß wir nicht irgend ein Russisch lernen (Zensurücke).“

Wir Polen vom Großvater und Urgroßvater brauchen keine fremde Herrschaft, noch einen fremden Unterricht, wir fordern vielmehr nur eine polnische Regierung und polnischen Unterricht.“

Folgen Unterschriften.

Aus Nr. 192 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 24. August 1916.

Zusammenkunft der Lehrerschaft in Kielce.

In unserer Stadt beriet am 13. d. M. eine Zusammenkunft der polnischen Lehrerschaft aus dem Kreise Kielce unter Leitung des Herrn Krzakowski.

Auf die Eröffnung der Verhandlungen folgte ein Referat des Herrn Kostuch, welcher in längeren erschöpfenden Ausführungen den Stand des höheren und des Volksschulwesens im Königreich Polen unter der deutschen Okkupation mit Ausnahme von Warschau darstellte. Infolge der schwierigen materiellen Verhältnisse habe sich die Zahl der Schulen nicht bedeutend vermehrt, dagegen habe sich im österreichischen Okkupationsgebiet dank der besseren materiellen Lage der Bevölkerung und dank dem, daß die österreichischen Behörden 60% der Ausgaben für das Schulwesen auf sich genommen haben, die Zahl der Volksschulen fast verdoppelt. In Anbetracht dessen darf man dreist in die Zukunft blicken, muß man sich vor Pessimismus hüten und an eine helle Zukunft der Nation glauben...

Aus Nr. 188 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 18. August 1916.

Die veränderliche Taktik der Juden.

Wir berichteten, daß bei der Eröffnung der Warschauer Stadterordnetenversammlung bei dem Rufe: „Es lebe Polen“ die jüdischen Stadterordneten, die Vertreter der jüdischen Volksparteiler, sich von

ihren Plätzen nicht erhoben. Diese Tatsache hat die Empörung der im jüdischen Jargon erscheinenden Zeitung „Hajut“ hervorgerufen, die damals schrieb: „Kaum haben sie die Schwelle des Gemeinderats überschritten und den ersten Schritt getan — und schon ist ein Skandal da, ein häßlicher, widerwärtiger Skandal. In jenem historischen Momente, da die ersten Vertreter der polnischen Hauptstadt in der ersten Sitzung des Gemeinderats ihre patriotische Stimmung zum Ausdruck brachten, da sich alle wie ein Mann erhoben und der große Saal von dem hundertstimmigen Ruf: „Es lebe Polen“ widerhallte, erhoben sich unsere 4 Vertreter nicht vom Platz. — Was soll das heißen? Gehört ein solches Verhalten zum Programm des jüdischen Volkskomitees? Wird auch nur einer von den Juden, die diese Leute hingeschickt haben, damit sie im Namen der Juden reden, mit einem solchen Verhalten einverstanden sein? Ist das etwas anderes als eine skandalöse Unverantwortlichkeit?“

Beim Lesen dieser Bemerkungen können wir unmöglich gleichgültig an ihnen vorbeigehen. Denn wovon zeugen sie? Nur davon, daß in der Gesinnung der Warschauer Juden sich Änderungen der Begriffe über den Stand der polnischen Frage vorzubereiten scheinen.

Aus Erfahrung wissen wir, daß der Jude ein hervorragender Vertreter des Utilitarismus ist, d. h. jener Taktik, die sich immer nach der Lage richtet, die Nutzen bringen kann. Es ist kein Wunder, daß die Juden die Geschicklichkeit in dieser Taktik zu einer solchen Fähigkeit entwickelt haben, daß sie fast immer schon vor der Zeit wissen, „woher der Wind weht.“

Unzweifelhaft ist eine solche Geschicklichkeit ein großer Vorzug, der das allgemeine Interesse gegen jegliche Überraschung sichert. Es war jedoch in dem Verhalten der Juden immer das eine „Aber“, daß sie, indem sie sich zu ihren Grundsätzen bekannten, unzufrieden waren, wenn es andre auch taten und ihr Interesse dem jüdischen entgegenstellten. Außer diesen bezeichnenden Seiten eines solchen Verhaltens hatte die jüdische Methode das eine Kennzeichen, daß sie sich nach dem stärkeren Winde richtete, d. h., daß sie unter gegebenen Verhältnissen nur mit dem rechnete, der nicht nur das Übergewicht, sondern auch die Macht und die Stärke hatte. Daher ist es auch kein Wunder, daß sich unter solchen Bedingungen die Juden in antipolnischen Lagern befanden, sowohl bei uns, wie auch im Königreich, von Galizien nicht erst zu reden, wo sie das Element der Zwietracht waren, da sie dabei am besten fuhren. Dies war daher die spezielle jüdische Taktik.

Was ist nun vorgefallen, daß plötzlich im Königreich sich eine Stimme erhob, die beweist, daß — wie der Krakauer „Głos Narodu“ treffend bemerkt — der Begriff „Polen“ für die Juden etwas Bestimmtes wurde, womit sie zu rechnen haben? Es ist noch nicht lange her, da in den jüdischen Organen die Liebe zum polnischen Vaterlande, verkörpert im Zeichen des weißen Adlers, verächtlich als Achtung vor der „weißen Gans“ bezeichnet wurde. — Bezeichnend ist diese Änderung der Begriffe, noch bezeichnender ihre Ursachen.

Die polnische Frage beginnt immer mehr auf dem Hintergrunde der internationalen Verhältnisse sich bemerkbar zu machen. Aus den Richtungen, woher der Wind kommt, kommen Stimmen, daß Polen ein konkreter Begriff mit selbständiger Existenz werden könne, daß also der Begriff Polen nicht nur die Zahl der Polen, sondern auch die polnische Macht und Stärke umfassen wird. Und daher die Sicherung der Zukunft. Die Methode des Utilitarismus gibt uns den Beweis, was für vorausschauende Bekenner

derselben die Juden sind, aber mit der Beschränkung, so weit es sich um Juden handelt, die das Königreich Polen bewohnen. Auf den übrigen polnischen Gebieten ist die Stellung der Juden gegenüber den Polen dieselbe geblieben. Einen interessanten Beitrag hierzu liefern die „Odeskaja Nowosti“. Der bekannte jüdische nationalistische Publizist Zabotinski aus Rußland hat darin einen Artikel unter dem Titel „Orientierung“ veröffentlicht. In diesem Artikel empfiehlt er den Juden die Orientierung für die Entente und gegen Deutschland. Außerdem äußert er sich auch über die polnische Frage. Hier zeigt er sich als Gegner der Unabhängigkeit Polens.

„Die erste Angelegenheit, die die Kriegsvorgänge in den Vordergrund geschoben haben“, sagt er, „ist die Frage der Zukunft Polens. In Polen wohnt ungefähr ein Drittel der gesamten jüdischen Bevölkerung des russischen Reiches. Wenn Polen außerhalb des Kaiserreiches sich befinden würde, würde das Sechsmillionenvolk ein Viermillionenvolk werden. Die übrigen 2 Millionen würden mit den Polen zusammen leben. Polen außerhalb des russischen Reiches kann entweder die Unabhängigkeit erhalten, oder aber der habsburgischen Monarchie zugeteilt werden. In letzterem Falle würde eine Vereinigung der 10-Millionen-Bevölkerung mit Galizien erfolgen, wo ebenfalls ungefähr 10 Millionen wohnen. Das ist mehr als die Bevölkerungszahl Ungarns, weit mehr, als die Bevölkerung Österreichs ohne Galizien. Es ist klar, daß Polen-Galizien keine Provinz bleiben kann, die von Wien aus regiert werden könnte, sondern ein drittes Glied der Monarchie werden d. h. die vollständige Unabhängigkeit (mit Ausnahme der äußeren, und militärischen Angelegenheiten) erhalten muß, wie Ungarn. In beiden Fällen, d. h. der Unabhängigkeit, die von Berlin verlangt wird, und der Vereinigung mit Österreich-Ungarn, was in Wien gewünscht wird, wird die jüdische Bevölkerung im Machtbereich der polnischen Mehrheit bleiben, und diese Mehrheit, die dann keine Unterstützung von der jüdischen öffentlichen Meinung braucht, wird die Möglichkeit haben, sich in Sachen der inneren Politik noch weniger Zwang aufzuerlegen als bisher. Was uns das für Aussichten eröffnet, ist dem Leser bekannt.“

Nach so deutlichen Insinuationen lauten die weiteren Ausführungen Zabotinski's folgendermaßen: „... Die Beseitigung Polens aus dem Bestande des Zarenreiches würde für das russische Judentum eine kolossale zahlenmäßige wirtschaftliche und kulturelle Schwächung bedeuten. — Die Beibehaltung Polens als Bestandteil des russischen Reiches bedeutet die Bewahrung der 6 Millionen Juden als eines Ganzen, bedeutet die Möglichkeit des Kampfes darum, daß die den Polen versprochene Autonomie keine Eigenschaften annehme, die sowohl der staatlichen, als auch der jüdischen Einheit schädlich sein könnten, bedeutet die Notwendigkeit für die Polen, mit Rußland und Europa zu rechnen, bedeutet die Möglichkeit eines Protestes vor dem riesigen, vielrassigen Auditorium der Duma, und bedeutet schließlich, daß in dem Maße des Wachstums des Fortschritts in Rußland dieser seinen Ausdruck auch in Warschau finden muß.“

Soweit es bekannt ist, bestehen die russischen Fortschrittsparteien auf der Beibehaltung Polens als Bestandteil des russischen Reiches. Im Namen von Tausenden und Abertausenden meiner Volksgenossen teile ich rückhaltslos diese vernünftige Stellungnahme und wünsche Rußland von ganzem Herzen diejenigen militärischen Erfolge, ohne die eine Festlegung Polens auf den gehörigen Platz nicht zu verwirklichen wäre.“

So viel von den Ausführungen Zabotinski's. Gegen seine politischen Kombinationen wollen wir nicht

polemisieren. Nur konstatieren wollen wir zum Beweise unserer Behauptung über das jüdische Möglichkeitsprinzip, das in Rußland & z. B. das jüdische Interesse mit dem russischen verknüpft sieht. Dieses Zeugnis ist um so interessanter, als die nicht-russischen Juden, vor allem die Berliner, so häufig die antisemitische russische Politik erwähnen. Und trotzdem sehen die russischen Juden in einem Siege Rußlands für sich einen um so größeren Nutzen, wenn Polen nicht von Rußland getrennt wird.

Veränderlich ist also die jüdische Methode bzw. Taktik. In Warschau ist sie bereit, in Hochrufe auf die Unabhängigkeit Polens einzustimmen, in Petersburg gegen dieselbe aufzutreten, in Berlin vom polnischen Antisemitismus zu reden, um nur das eine Gemeinsame im Auge zu behalten: Das jüdische Interesse.

Die polnische Frage im Ausland.

Aus Nr. 193 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 25. August 1916.

Die polnische Sache.

Wien, den 20. August.

In der polnischen Sache ist eine weniger materielle, als vielmehr formelle, aber doch erwünschte Änderung eingetreten. Bekanntlich hat die Zensur bis jetzt alles, was die polnische Zukunft anbetrifft, rücksichtslos gestrichen, sogar jede noch so nebelhafte Prognose, sogar jeden versteckten Wunsch. Seit einigen Tagen ist eine Änderung eingetreten, und zwar augenscheinlich in Verbindung mit dem Besuch des deutschen Reichskanzlers in Wien. Die „Vossische Zeitung“ und andere Zeitungen des Reiches sind, wie wir annehmen, in ihren Vermutungen zu weit gegangen, wenn sie meinen, daß in der polnischen Sache bei der Zusammenkunft der Minister die endgültige Entscheidung getroffen worden sei.

Laut guten Informationen, deren deutliche Spuren wir auch in der hiesigen Wiener Presse finden, wurde vorläufig eine Einigung nur in negativer Richtung erzielt.

Man einigte sich dahin, 1. daß Polen unter keiner Bedingung unter die russische Herrschaft zurückkehren dürfe, 2. daß Kongresspolen unteilbar bleiben solle, 3. daß es niemandes Provinz werden, d. h., daß es in dieser oder jener Form seine Unabhängigkeit erlangen solle.

Dieser Leitgedanke fand auch in einem Leitartikel der „Neuen Freien Presse“ seinen Ausdruck. Es wurden jedoch weder die zukünftigen Grenzen Polens, noch seine staatsrechtliche Stellung gegenüber Österreich-Ungarn, noch wurden die Grenzen der Unabhängigkeit im voraus festgelegt. In jedem Falle haben wir sehr viel profitiert, da wir Beruhigung betreffend die Gefahr einer neuen Teilung erhalten haben, und da wir die Möglichkeit haben, unsere Zukunft, natürlich in den Grenzen jenes negativen Programms, freier besprechen zu können. Man könnte sagen, daß wir vor der Hand seitens der Mittelmächte die wiederholte formelle Anerkennung des durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses vom Jahre 1815 gebildeten Königreichs Polen erhalten haben.

Der Auftakt hierzu war die Erklärung Österreich-Ungarns, daß die Polen aus dem ganzen Königreiche nicht als russische Untertanen, sondern als Untertanen des Königreichs Polen betrachtet werden sollen, was vollständig deutlich die Anerkennung eines besonderen polnischen Staatswesens bedeutet.

In Wien wird erklärt, daß man aus sehr wichtigen Gründen über den allgemeinen Rahmen nicht hinaus gehen könne. Bestimmt und glaubwürdig bestreitet man hier die in der ausländischen Presse systematisch verbreiteten Gerüchte, als wenn es auf dem Hintergrunde der polnischen Sache zwischen Wien und Berlin zu irgend welchen Unstimmigkeiten gekommen wäre. Die polnische Sache, — so versichert man hier — kann in den Einzelheiten erst auf Grund der künftigen Friedensbedingungen entschieden werden. Es könne heute noch niemand voraussehen, welche Vorteile der Friede der einen und der anderen Macht bringen und welche Opfer er in Verbindung damit als Entgelt verlangen werde. Dieses oder jenes Opfer nach außen hin könne wiederum mit Recht Vorteile nach innen hin erheischen, d. h. Vorteile, die ein Verbündeter dem anderen zugestehen werde. Solange also die Friedensbedingungen sogar im Nebel noch unsichtbar seien, müßten die Einzelheiten der polnischen Sache in der Schwebe bleiben.

Aber die Mittelmächte — so lautet eine weitere Information — hätten begriffen, daß den Polen eine gewisse Beruhigung zustehe. Solange jede Diskussion über die polnische Sache ausgeschlossen gewesen sei, sei es der feindlichen Seite ein Leichtes gewesen, die polnische öffentliche Meinung, sei es durch das Gespenst des Rückfalles des Landes an Rußland oder durch das noch schlimmere Gespenst einer neuen Teilung, zu beunruhigen. Dem habe man ein Ziel setzen müssen. Zu diesem Zwecke eben habe man — in nicht offizieller Form — ein bedeutungsvolles, negatives Programm veröffentlicht. Laut diesem Programm schlossen die Mittelmächte — ohne den übrigen Friedensbedingungen vorzugreifen, eine dieser Bedingungen von vornherein aus, nämlich den Rückfall des eroberten Königreichs an Rußland.

Gleichzeitig schlossen sie die Teilung Polens unter die Eroberer aus. Noch mehr, in der Ankündigung, daß das ungeteilte Land den Polen selbst zurückgegeben werde, schlossen sie auch jede Annexion von vornherein aus. Selbstverständlich könnten in dem Rahmen dieses negativen Programmes noch sehr viele auseinandergehende Kombinationen Platz haben, über die man heute noch nicht diskutieren könne.

Das leitende Presorgan in Wien hat dies so vorgezeichnete Programm zur Kenntnis genommen und die Ankündigung einer neuen und glücklichen Zukunft für das polnische Volk hinzugefügt.

Darüber hinaus — wiederhole ich, daß ich auf Grund von auf ernste Informationen gestützten Kombinationen noch das glaubwürdige Gerücht von der nahen Erweiterung der Rahmen der polnischen Regionen verzeichnen muß. Die Regionen haben unter der Hochflut der verschiedenartigen inneren Orientationen und der äußeren Bestrebungen (besonders unter der deutschen Volksgemeinschaft), sowohl nach außen als auch nach innen hin allgemeine Anerkennung und Bewunderung für sich erworben. Es genügt, daran zu erinnern, daß die Tagesberichte der Verbündeten im Laufe eines Monats sogar dreimal das wackere Verhalten der Regionen betont haben; es genügt, auf die Tagesbefehle Linzings und der anderen Generäle sowie auf die Belobigungen aus dem Munde der österreichisch-ungarischen Heerführer hinzuweisen. Aber die Regionen haben in den blutigen Karpathenkämpfen und in Wolhynien im Laufe der zwei Jahre bedeutende Verluste erlitten, und die Möglichkeit der Auffüllung ist sehr schwierig, seit dem die Militärpflicht vom 18. bis zum 50. Lebensjahre ausgedehnt worden ist. Heute versichert man, daß die Absicht bestehe, den Regionen in ziemlich weiten Grenzen die Werbung zu ermöglichen.

Aus Nr. 422 des Czas (Kraſau)

vom 22. Auguſt 1916.

Der Wille zum Leben.

Die Nachrichten, die ſeit einigen Wochen durch Vermittlung der deutſchen Preſſe und gegenwärtig auch der Wiener Preſſe zu uns gelangen, geſtatten, daß man ſich ſchon eine gewiſſe allgemeine Meinung von den Grundſätzen bildet, nach welchen in naher, ja vielleicht ſogar in nächſter Zukunft die rechtliche Verfaſſung Kongreßpolens geregelt werden wird. Es iſt anzunehmen, daß das geleſenſte Wiener Blatt dieſe Grundſätze als „Unteilbarkeit des Territoriums des Königreichs Polen“ und „als Anerkennung ſeiner politiſchen Selbſtändigkeit“ richtig umſchrieben hat.

Wir kennen jedoch noch keine Einzelheiten, welche ſich auf dieſe Verfaſſung beziehen. Wir wiſſen weder, wie das Maß der Selbſtändigkeit ſein wird, noch wie ſich die weitere Aktion hiñſichtlich des wichtigſten beteiligten Elements, des militäriſchen Elements, geſtaltet wird, noch auch wie ſich das Verhältnis zu den Mittelmächten, zu beiden zuſammen und zu jeder einzeln geſtaltet wird. Es wäre zweifellos verfrüht, ſchon heute über die einfache Regiſtrierung der wahrſcheinlichen Taſache hinauszugehen und das Verhältnis unſerer Volksgemeinſchaft und unſeres Teilgebiets zu ihrer Verwirklichung zu beſprechen. Um ſo mehr als, wie man hoffen muß, manches proviſoriſchen Charakter haben wird. Nur eins kann man heute mit vollem Nachdruck hervorheben.

Die Anerkennung der Unteilbarkeit und Selbſtändigkeit des Königreichs Polen iſt nicht nur eine Zerſtreuung der Befürchtungen, die ſeitens unſeres öſtlichen Nachbarn geſchickt geſchürt werden und unſere ganze Volksgemeinſchaft ſo lange beunruhigen, ſondern auch in territorialer Beziehung eine teilweise Verwirklichung der Loſung des Staatsweſens, die in unſerem Teilgebiet vom Anfang des Krieges in den Vordergrund geſtellt wurde. Es beſteht alſo grundſätzlich eine Anerkennung des von uns offenbarten Willens zum Leben.

Wir gehören nicht zu denjenigen, welche eine teilweise Verbeſſerung des Loſes der Nation im Rahmen des Grundſatzes: „alles — oder nichts“, oder vielleicht: „viel — oder nichts“ ablehnen. Wir ſtellen dieſem Grundſatz das nationale Sprichwort von Kraſau entgegen, welches nicht auf einmal erbaut worden iſt, denn wir wiſſen, daß die gewöhnlichen menſchlichen Ziele etappenweiſe erreicht werden. Wir warten auch mit Ruhe die Entſcheidung ab, welche für das wichtigſte unſerer Teilgebiete die Anerkennung dieſer Loſung bringt, die wir gerade hier bei uns vor zwei Jahren ſo warm betont haben, für die ſo viel polniſches Blut vergoſſen wurde und — für wahr nicht ein einziger Tropfen umſonſt! Wir erinnern uns, daß wir, als wir auf die italieniſchen Schlachtfelder einige tauſend Legionäre entſandten und als wir im Jahre 1806 — 30 000 Soldaten ſtellten, das Reſultat dieſer Tat und dieſes Willens zum Leben nicht nur das Warſchauer Herzogtum, welches im Laufe der Zeit um das Doppelte erweitert wurde, ſondern, was noch wichtiger iſt, die Unterbrechung unſeres Grabesſchlafes war. Iſt es denn keine Bürgſchaft, daß der von unſerer Generation kundgegebene Wille zum Leben im Laufe der Zeit zu einem ebenſolchen Erfolg geführt hat?

Aus Nr. 413 des Głos Narodu (Kraſau)

vom 25. Auguſt 1916.

Vorzeitiger Verzicht.

Aus verſchiedenen Stimmen der deutſchen und Wiener Preſſe folgert der „Czas“ in einem Leitartikel die Annahme, daß „man ſich eine gewiſſe allgemeine

Meinung über die Grundſätze bilden kann, nach denen in naher, ja vielleicht in allernächſter Zukunft die rechtliche Verfaſſung Kongreßpolens geregelt werden wird.“

Weiter ſtellt der „Czas“ feſt, daß „wir die Einzelheiten noch nicht kennen, die ſich auf dieſe Verfaſſung beziehen“, daß „wir nicht wiſſen, welches das Maß der Selbſtändigkeit ſein und wie ſich das Verhältnis zu den Mittelmächten geſtaltet wird.“ Er fügt ſchließlich hinzu, daß „es zweifellos voreilig wäre, ſchon heute über eine bloße Regiſtrierung der wahrſcheinlichen Taſache hinauszugehen und das Verhältnis unſerer Volksgemeinſchaft und unſeres Teilgebiets zu ihrer Verwirklichung zu beſprechen“.

Nichtsdeſtoweniger bemerkt der „Czas“ einige Zeilen weiter, daß „die Anerkennung der Unteilbarkeit und Selbſtändigkeit des Königreichs Polen nicht nur eine Zerſtreuung der Befürchtungen iſt, die ſeitens unſeres öſtlichen Nachbarn ſo geſchickt geſchürt werden“, ſondern auch „eine teilweise Verwirklichung der Loſung des Staatsweſens“.

Der „Czas“, welcher von noch nicht beſtehenden Verhältniſſen als von einer vollzogenen Taſache in dieſer Weiſe ſpricht, geht entſchieden über „eine bloße Regiſtrierung der wahrſcheinlichen Taſache“ hinaus. Es iſt vor allem geboten, auf das Eintreten der Taſache zu warten, bevor man ſchreibt, daß etwas „iſt“. Und ſchon geradezu ganz unnötig erſcheint uns die ganz reſignierte Meinung, die da lautet: „Wir gehören nicht zu denjenigen, welche die teilweise Verbeſſerung des Loſes der Nation ablehnen im Namen des Grundſatzes: „alles oder nichts“, oder vielleicht: „viel oder nichts“; die Meinung, mit der weiter verknüpft ſind die ſuggeſtiven und ganz verlegenen Troſtworte über das Thema „Kraſau, welches nicht auf einmal erbaut worden iſt“, über das Thema, daß „gewöhnlich die menſchlichen Ziele etappenweiſe erreicht werden“ uſw. uſw.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine Zeitung auch ſolche Anſichten verbreiten darf; man darf Taſachen, die noch nicht entſtanden ſind, als ſchon beſtehende hinnehmen, und man darf auf ihrer Grundlage vorzeitige Betrachtungen entwickeln. Man darf es, obgleich der erſte Grundſatz der Politik iſt: alles anzunehmen, was ſich annehmen läßt, aber auf nichts zu verzichten, keiner Sache zu entſagen. Namentlich hier, wenn von der Entſcheidung der Mittelmächte in der polniſchen Frage noch nichts Poſitives bekannt iſt, wenn die Quelle Preßgerüchte und Erzählungen von Mund zu Mund ſind. Warum alſo den Entſchliefungen vorgreifen? Warum ſoll man in der öffentlichen Meinung voläufig unbegründete und vielleicht ſchädliche Eindrücke hervorrufen?

Denn man muß auch betonen, daß der „Czas“, der im Königreich Polen verbreitet wird, dort eine falſche Meinung hiñſichtlich des Standpunkts Galiziens erwecken könnte. Wir wollen alſo an dieſer Stelle feſtſtellen, daß das, was er ſchreibt, ſeine perſönliche Anſicht als Zeitung und natürlich als Parteiorgan iſt, aber die öffentliche galiziſche Meinung pflegt ſich in ihrer ungeheuren Mehrheit nicht über politiſche Taſachen auszuſprechen, bevor dieſe Taſachen entſtanden ſind. Es iſt vielmehr bekannt, daß Galizien in den grundſätzlichen Fragen nur die eine Auffaſſung hat, die ſich auf das lokale Verhältnis ſtützt, welches uns ein halbes Jahrhundert nationaler Entwicklung gegeben und im Zuſammenhang mit dieſem Kriege in uns die ſchönſten Hoffnungen erweckt hat.

Wir kennen die Stimmen der deutſchen und Wiener Preſſe, auf die ſich der „Czas“ beruft. Sie liefern unſeres Erachtens nicht die Grundlagen zu poſitiven und endgültigen Schlußfolgerungen, inſondere unter den gegenwärtigen Verhältniſſen, wo ſich alles in einem fließenden Zuſtande befindet und

wo die Entscheidungen der Mittelmächte zu unserer Kenntnis erst gelangen sollen. Aber auch dann, wenn das geschehen wird, wird kein Raum für eine solche Melancholie sein, mit welcher der „Czas“ seine Auslassungen durchtränkt und welche, wir wiederholen es, z. B. in der öffentlichen Meinung des Königreichs Polen falsche und in den praktischen Folgen sogar schädliche Anschauungen hervorrufen kann.

Aus Nr. 417 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 20. August 1916.

Die polnische Frage.

Krakau, den 20. August.

Seit der Anwesenheit der Herren v. Bethmann-Hollweg und v. Jagow in Wien mehren sich in der deutschen Presse verschiedene Ankündigungen in der polnischen Frage. Alle haben das gemein, daß sie sehr pythisch sind. Sie lassen viel vermuten und klären gleichzeitig nichts auf außer dem, was wir aus den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers schon lange wissen. Nämlich, daß die in Rußland eroberten polnischen Lande Rußland nicht mehr zurückgegeben werden und daß die Mittelmächte, nachdem sie gegen ihren Willen sich vor die russische Frage gestellt sehen, davor nicht zurückweichen, sondern sie lösen werden.

Das alles wissen wir schon aus den so offiziellen und verbindlichen Erklärungen, wie die erwähnte Erklärung des Reichskanzlers ist. Gegenwärtig erfahren wir aus dem unseren Lesern bekannten unerwarteten Artikel der „Neuen Freien Presse“ überdies, daß das Königreich Polen nicht geteilt werden wird. Biewohl diese Nachricht wichtig ist, so ist auch sie keine Überraschung. Es ist lange bekannt, daß die angekündigte Lösung der polnischen Frage nicht in einer Zerschneidung des Königreichs Polen bestehen kann... Darüber hinaus aber geben diese sich mehrenden Stimmen der deutschen Presse auf keine der mit der Lösung der polnischen Frage verknüpften grundsätzlichen Fragen eine Antwort. Niemand vermochte bisher zu erfahren, wie sich diese Lösung positiv darstellen wird. Daher auch bei uns die allgemeine Spannung und Nervosität. Alle fühlen, daß die Lösung der polnischen Frage bevorsteht, aber außer den zwei Einzelheiten hinsichtlich dessen, wie diese Lösung nicht sein wird, ist immer noch gar nicht bekannt, wie sie eigentlich sein wird.

Für uns Polen ist es natürlich äußerst wichtig zu wissen, daß wir weder Rußland zurückgegeben, noch von neuem geteilt werden sollen. Aber diese Nachrichten genügen nicht. Der Schwerpunkt der ganzen Frage unserer Existenz liegt nämlich in ihrer positiven Sphäre. Nicht darum handelt es sich uns, was nicht sein wird, sondern darum, was sein wird.

Und gerade von diesem Gesichtspunkt aus stehen diese Stimmen der deutschen Presse mit dem Ziel in Widerspruch, wenigstens wenn es sich um die polnische öffentliche Meinung handelt. Sie beruhigen diese nämlich nicht, sondern im Gegenteil — sie beunruhigen sie (folgen 3 von der österreichischen Zensur gestrichene Zeilen). Wenn sie nämlich reden, so heißt dies, daß sie etwas wissen und daß jemandem daran gelegen ist, daß sie reden. (Folgen 2 gestrichene Zeilen.)

Weil wir außer dem Eifer und der Begeisterung, auf die man erst jetzt in verschiedenen Gegenden aufmerksam zu machen sich entschlossen hat, auch nüchternen Verstand und die Fähigkeit einer kühlen Berechnung haben. Und obgleich manche, und zwar nicht die geringsten deutschen Politiker geneigt sind, aus der Tatsache des Niederganges unseres Staates die These von unserer unwandelbaren politischen Unreife zu folgern, so können wir doch mit voller Ruhe diese These auf das ausschließliche Konto ihrer Urheber schreiben. Vor dem Kriege und im Laufe des Krieges hat die polnische

Nation genug Beweise erbracht, daß ihr die Kunst des politischen Denkens nicht fremd ist und sich sehr freuen würde, wenn diese zweifellose Tatsache genauer in Rechnung gezogen würde als bisher. (Folgt ein längerer, von der österreichischen Zensur gestrichener Abschnitt.)

Die ganze Frage und ihre Lösung bilden ein unzertrennliches Ganze. Die Lösung jeder Frage steckt in ihr selbst, nicht außer ihr. Lösungen, die sozusagen außerhalb des Rahmens der Frage herkommen, sind nur eine Veränderung, eine Ummodelung, nicht selten eine neue Verwicklung der Frage, aber niemals — eine Lösung.

Die Lösung der polnischen Frage, die objektiv in der Gestalt gesehen wird, die ihr der bisherige Lauf des Krieges verliehen hat, ist in Wirklichkeit — wenn es sich um Polen allein handelt — sehr einfach und leicht. Und nur diese Lösung allein kann die Bezeichnung einer Lösung verdienen, und nur sie kann in unserer Nation das Gefühl des Gleichgewichts erwecken, welches dem Bewußtsein, eine mögliche Sache zu erreichen, entspringt.

Natürlich gibt es nirgends isolierte Fragen. Alle sind soweit miteinander verknüpft, daß, wie schon Hebbel gesagt hat, die restlose Lösung der einen eine gleichzeitige Lösung aller anderen bedeuten würde.

Die polnische Frage ist in ihrer heutigen Gestalt mit einem Duzend anderer technisch bedeutend schwierigeren Fragen verknüpft. Zugleich mit der polnischen Frage müßten auch sie gelöst werden, aber das eben ist die Aufgabe. Es wäre auch nur eine scheinbare und sehr vorübergehende Erleichterung der Aufgabe, wenn man die in sie einbegriffene polnische Frage herausnehmen, oder anstatt sie zu lösen, sie nur jenen — nicht gelösten Fragen anpassen würde. —

Aus Nr. 430 des Czas (Krakau)
vom 26. August 1916.

Die Zukunft der unterworfenen Völker.

Unter diesem Titel bringt der „Czas“ längere theoretische Auseinandersetzungen über die Zukunft der unterworfenen Völker auf Grund einer Abhandlung des polnischen Volkswirtschaftlers Dr. Roman Rybarski in der letzten Nummer des „Rok Polski“, die dann in folgender Weise zusammengefaßt werden:

„Über die Geschicke der unterworfenen Völker wird in Zukunft — in Staaten, die von verständigen, weitzblickenden Staatsmännern regiert werden — nicht Fanatismus und Chauvinismus entscheiden, die bis jetzt hauptsächlich zur Unterdrückung derselben angetrieben haben, sondern weitgehendere Rücksichten, nämlich das internationale Interesse des herrschenden Volkes, d. h. politische, allgemein europäische Kombinationen, die Notwendigkeit der Expansion von Handel und Gewerbe und schließlich militärische Rücksichten. Die Chancen für das unterworfenen Volk werden um so besser sein, je weniger seine Entwicklung die Lebensinteressen des Hauptfaktors bedroht und je mehr Kräfte letzterer aus dem unterworfenen Volke hervorbringen kann, die gegen seine Mitbewerber gerichtet sind. Vieles hängt hier von dem Zahlenverhältnis der beteiligten Völker, ihrer geographischen Lage und der Richtung ihrer zukünftigen wirtschaftlichen Expansion ab. Es gibt kein Tribunal, das die bis jetzt unterworfenen Völker nach ihrem inneren Wert und geschichtlichen Verdienst einreihen und danach ihnen einen entsprechend hohen Grad der Selbständigkeit zuerkennen würde. Über ihre Geschicke wird manchmal, vielleicht sogar meistens der Egoismus des übermächtigen Faktors entscheiden.“

Womit wird dieser Egoismus vor allem rechnen? Mit der Kraft, die das unterlegene Volk für sein Dasein und seine Sicherheit darstellt! Eine solche

Kraft kann ein Volk sein, das befähigt ist, seine Einheitlichkeit und Geschlossenheit zu bewahren und sein Leben bewußt zu lenken. Je größer diese Einheitlichkeit und innere Widerstandskraft ist, desto größer wird die Notwendigkeit sein, seine Forderungen zu erfüllen, und desto größere Zugeständnisse kann es zur Verwirklichung seiner Ideale erlangen. Die Faktoren, die die Formen des zukünftigen Lebens gestalten, werden um so mehr mit einem Volke rechnen, je mehr moralische und materielle Kraft es bei der gegenwärtigen entscheidenden Probe zeigen wird."

Die fesselnden Ausführungen des polnischen Volkswirtschaftlers geben uns unzweifelhaft Hoffnung für die Zukunft, namentlich wenn man annimmt, was auch wahrscheinlich ist, daß der Krieg die Bildung eines größeren Bundes der Zentralstaaten Europas bringen wird, eines Bundes, der außer dem deutschen Volk aus verhältnismäßig zahlreichen größeren und kleineren Völkern bestehen wird. Bei einer solchen Lösung müssen sowohl diejenigen Völker, die besondere Staaten bilden, wie auch die bisher unterworfenen, wenn sie zufrieden sein sollen, innerhalb des Bundes die Achtung ihrer Entwicklung und ihres Ideals finden. So manche bisherige Regierungsmethoden müssen aufhören.

Die polnischen Publizisten, sogar die vor dem Kriege (es ist hier an die Ausführungen Starczewskis in seinem ausgezeichneten Werke vom Jahre 1912, das polnisch und französisch erschienen ist, zu erinnern) haben, indem sie den Sieg der Zentralmächte voraussehen, mit der Tatjache gerechnet, daß dies ein günstiges Ereignis sein wird, da es die Revision der inneren deutschen Politik nach sich ziehen muß. Wir sind jedoch der Ansicht, daß die Ausführungen des Dr. Rybarski nicht zutreffen, wenn ein großer Teil unseres Volkes unter der Herrschaft des russischen Kolosses bleiben oder unter dieselbe kommen würde. Dann würde man weder auf die Verringerung des blinden Chauvinismus, noch auf die Voraussicht der Staatsmänner oder auf die Wirksamkeit der Gründe rechnen können, die die Gewinnung der kleinen Völker erforderlich machen. Dann würde vielmehr das eintreten, was Dr. Rybarski für gewisse Fälle vorausieht, nämlich das Bestreben, die Unterdrückung zu vermehren, um die Nationalitätenfrage an den Grenzen des Staates, die sich als eine brennende und unlösbare erwiesen hat, in brutaler Weise zu erdrücken und in einem Meere von Tränen und Blut zu ertränken. Das bisherige Verhalten der russischen Regierung während des Krieges, ihre Unaufrichtigkeit und ihre Furcht vor einer uns feindlichen Stimmung der Allgemeinheit sind für uns ein genügender Wegweiser für die Zukunft. Zum Glück gibt es bis jetzt keine Tatsachen, um mit dieser Kombination und einer solchen Befürchtung rechnen zu müssen.

Aus Nr. 411 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 24. August 1916.

Veratungen der Volksparteiler.

Wie die Zeitschrift „Piaſt“ vom 20. d. Mts. berichtet, fanden in Kraſau Beratungen der polnischen Volkspartei statt. Daran beteiligten sich 16 Abgeordnete. Die Mitglieder der politischen Kommission des polnischen Klubs erstatteten Bericht über die letzten Beratungen der Kommission, woran sich eine lange Erörterung knüpfte. Es wurde beschlossen, zum Zwecke einer Verständigung mit dem polnischen Klub, und zwar zwecks Vereinheitlichung der Richtlinien des polnischen Volkes Schritte zu unternehmen. Ferner wurde beschlossen, an den Obmann das Ersuchen zu richten, in nicht langer Zeit die politische Kommission des Klubs einzuberufen, und es wurde

die Überſendung einer Denkschrift mit einer Darstellung der politischen Wünsche der polnischen Bevölkerung an die maßgebenden Faktoren zur Sprache gebracht. Diese Forderung wird das Präſidium des Klubs der Volksparteiler Dr. Bilinski vorlegen.

Aus Nr. 428 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 26. August 1916.

Die Ukrainer und die Pläne der Lösung der polnischen Frage.

Die Stimmen über die Pläne der Lösung der polnischen Frage durch die Mittelmächte, welche in den letzten Zeiten aufgetaucht sind, haben auch in der ruthenischen Presse Widerhall gefunden. Das Organ der Ukrainer „Dilo“ vom 23. d. M. widmet dieser Angelegenheit folgende charakteristischen, übrigens mit seinem grundsätzlichen und stets eingenommenen Standpunkt übereinstimmenden Bemerkungen:

„Seit einer gewissen Zeit hört man in Lemberg viel von der polnischen Frage und von ihrer Lösung. Was in Wirklichkeit daran ist — darauf können wir nicht antworten. Und wir zweifeln, daß außer einigen leitenden Staatspolitikern, überhaupt jemand genau weiß, wie es in Wirklichkeit mit der polnischen Frage diesseits der Front steht. Außerdem ist der Krieg noch nicht beendet und manche Angelegenheit, die für manchen entschieden zu sein scheint, kann am Ende des Krieges durchaus nicht so aussehen, wie sie sich jetzt die maßgebenden Politiker vorstellen.“

Nach einer Bemerkung, daß übrigens alle jetzt entworfenen Pläne der Gestaltung der politischen Verhältnisse „grundsätzlich provisorisch“ sind und daß dieses Provisorium auch die Pläne der Lösung der polnischen Frage kennzeichnen muß, schreibt das „Dilo“ weiter:

„Alle Stimmen der deutschen und österreichischen Presse in der polnischen Frage haben ausnahmslos das gemeinsam, daß sie vor einem Rätsel stehen. Sie lassen die Optimisten und Pessimisten viele Dinge hoffen, gleichzeitig aber klären sie nichts auf, außer dem, was wir auch ohne sie schon lange wußten aus den Worten des Reichskanzler, daß die eroberten polnischen Lande nicht zurückgegeben werden und daß die Mittelmächte, die gegen ihren Willen gezwungen sind, zur polnischen Frage Stellung zu nehmen, sie entsprechend ihren Bedürfnissen in Erwägung ziehen.“

„So viel wissen wir. Außerdem wissen wir noch, daß zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in der polnischen Frage Konferenzen stattfinden, und nach der Abreise Herrn von Bethmann-Hollwegs aus Wien erhielten wir aus einem offenbar inspirierten Artikel der „Neuen Freien Presse“ davon Kenntnis, daß das Königreich Polen unter die Mittelmächte nicht geteilt werden wird, nichts weiter.“

„Der ukrainischen Seite kann es natürlich nicht gleichgültig sein, ob, wann und wie die polnische Frage gelöst werden wird. Jedoch eignet sich das gegenwärtige Stadium der Verhältnisse, in denen wir jetzt infolge der Entwicklung der Kriegsergebnisse an der ukrainischen Front, in Galizien, in der Bukowina und in Wolhynien leben, sehr wenig dazu, daß wir schon heuteden Standpunkt zum Ganzen der polnischen Frage laut erörtern sollten. Übrigens ist den maßgebenden Kreisen der ukrainische Standpunkt zur polnischen Frage auch ohnedies bekannt. Für heute genügt es und wird es der bisher nicht aufklärten strategischen Lage entsprechen, wenn wir uns darauf beschränken, die einstimmige Forderung der ganzen ukrainischen Nation hinsichtlich nur des einzigen Punktes aus dem ganzen Komplex der national politischen Angelegenheiten, hinsichtlich der Frage der Zugehörigkeit Ostgaliziens in Anbetracht eines etwaigen

polnischen politischen Organismus in Erinnerung bringen. Unser unerschütterlicher Standpunkt in dieser Frage ist gut bekannt. Und daß er auch den maßgebenden Kreisen der Monarchie nicht fremd ist, davon zeugt die bekannte Broschüre des ungarischen Magnaten Stefan Ambrozzi. Nicht ohne Grund können wir sagen, daß die Pläne hinsichtlich Galiziens überhaupt und Ostgaliziens im besonderen in das Gebiet der Utopie gehören.

Aus Nr. 420 des Czas (Kraſau)
vom 21. August 1916.

Die Ukrainer gegen die Angliederung des Chelmer Landes.

Das „Diko“ bringt eine Mitteilung von Versammlungen des ukrainischen allgemeinen Nationalrats, die in den Tagen vom 4. bis 8. Juli abgehalten worden sind, über die jedoch ein Bericht aus vom „Diko“ unabhängigen Gründen erst jetzt gebracht werden konnte. In den Versammlungen wurden Beschlüsse in Sachen der von dem Oberkommando der österreichischen Armee angeordneten Angliederung des Chelmer Landes an das Gebiet des Generalgouvernements Lublin in der österreichischen Okkupation und überhaupt in Sachen der Verwaltungsmaßnahmen auf den in Rußland eroberten Gebieten gefaßt. Diese Beschlüsse lauten:

1. Der Nationalrat nimmt zur Kenntnis und billigt die Schritte, welche vom Präsidium bei den maßgebenden Kreisen mit einer Verwahrung gegen eine endgültige an Kongreßpolen vollzogene Angliederung des historischen ethnographisch ukrainischen Chelmer Landes, wo die Ukrainer, teils Orthodoxe, teils römische Katholiken, den überwiegenden Teil der Bevölkerung (?) ausmachen, unternommen worden sind.

2. Der Nationalrat stellt fest, daß er am 5. Januar d. J. folgende Entschließung angenommen hat: Was die Gebiete Rußlands anbetrifft, die der siegreiche Krieg an die Mittelmächte angegliedert hat oder noch angliedern wird, drückt der Nationalrat die tiefste Überzeugung aus, daß ihre politische Organisation im Interesse der Mittelstaaten und der örtlichen Bevölkerung nur unter strenger Beobachtung des Nationalitätsgrundsatzes durchgeführt werden kann. Was die historisch und ethnographisch ruthenischen Gebiete anbetrifft, wie das Gouvernement Chelm, den südwestlichen Teil des Gouvernements Grodno und Minsk, Wolhynien usw., ist es, soweit sie nicht einem unabhängigen ukrainischen staatlichen Organismus angegliedert werden sollten, geboten, aus ihnen ein autonomes staatsrechtliches Einzelgebilde im engen Zusammenhang mit den Mittelmächten zu schaffen unter dem Vorbehalt, daß die national-politischen Interessen der örtlichen Bevölkerung maßgebend und den anderen Nationen die Rechte der Minderheit gesichert werden sollen. Demzufolge sollten alle Verwaltungsmaßnahmen schon jetzt in der Zeit der vorübergehenden Okkupation an diesen grundsätzlichen Linien festhalten, die sich vor all dem hüten sollten, was mit diesen Hauptgrundsätzen in Widerspruch stände, um nicht die Unzufriedenheit der österreichischen Ukrainer hervorzurufen, die sich leicht den Ukrainern mitteilen könnten, welche eine Befreiung vom russischen Joch erwarten.

3. Diesen grundsätzlichen Beschluß hält gegenwärtig der Nationalrat voll und ganz aufrecht und drückt erneut die feste Überzeugung aus, daß die vorläufigen Maßnahmen der endgültigen Regelung der Sache nicht vorgreifen werden, wiewohl sogar dieses Provisorium mehr den ethischen und historischen Stand der Dinge berücksichtigen sollte, um einerseits keine unberechtigten Ansprüche, anderseits keine Erbitterung und keine Besorgnis hervorzurufen.

Aus Nr. 420 des Czas (Kraſau)
vom 21. August 1916.

Polen, ein Brückenkopf in der Politik und in der Wirtschaft.

Im Verlage der Universitätsbuchhandlung von Wilhelm Bräuml in Wien wird in allernächster Zeit der erste Band des Werkes von Dr. Roger Battaglia unter dem Titel „Die wirtschaftliche Annäherung zwischen den Mittelstaaten und die wirtschaftliche Zukunft Polens“ in deutscher Sprache erscheinen. Der erste Band dieses Werkes unter dem Titel „Der Zoll- und Wirtschaftsverband zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland“ ist mit einem Vorwort des Professors Dr. L. Jaworski versehen, in welchem die Rolle Polens in der Politik und im Wirtschaftsleben Mitteleuropas gekennzeichnet wird.

Aus Nr. 192 des Dziennik Śląski (Königshütte)
vom 23. August 1916.

In Sachen der Zukunft Polens.

In letzter Zeit liefen Gerüchte von einer angeblich jeden Tag zu erwartenden Veröffentlichung der endgültigen Entscheidung der Mittelmächte in Sachen der Zukunft Polens um. Sogar in den Zeitungen fand dies Ausdruck. Die Reise des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg nach Wien und die Beratungen mit den Vertretern der österreichischen Regierung schienen dies zu bestätigen. Indes veröffentlichte die Zeitschrift „Polen“ am 11. August, also gerade am Tage der Wiener Konferenz, folgende Mitteilung:

„Mit nicht geringer Überraschung hat das polnische Publikum aus einer auch in Wiener und Budapest Blättern übergangenen Notiz des „Dziennik Narodowy“ (Petrikau) entnommen daß sich in Warschau die Meinung von einer angeblich sehr bald bevorstehenden Lösung der polnischen Frage erhält und daß dort Verschiedentliches als vermeintliche Stütze solcher Meinungen verbreitet wird. Diese Mitteilungen haben nicht verfehlt, einigen Eindruck zu machen, wenn sich auch wiederholt in den letzten Monaten Ähnliches, als ein zwar vom polnischen Standpunkt psychologisch leicht erklärliches, aber doch voreiliges und allzu temperamentvolles Vorwegnehmen der besseren, von der ganzen Nation zuversichtlichst erwarteten Zukunft erwiesen hat. Auch diesmal mußte man nach reiflicher Überlegung zu dem Ergebnis gelangen, daß trotz der über die polnische Frage zwischen den kompetenten Faktoren höchst wahrscheinlich stattfindenden Besprechungen eine Lösung sozusagen von einem Tag auf den anderen, wie sie da jüngst in Aussicht gestellt wurde, nicht erwartet werden kann. Dazu ist denn doch das Problem für die Zukunft nicht nur der Polen allein viel zu bedeutsam und viel zu wichtig. Wie sehr uns Polen in erster Reihe die Art der Lösung interessiert, so müssen wir doch auch wünschen, daß sie erst nach gründlicher Prüfung und Erwägung aller, also auch unserer polnischen Interessen, erfolge. Dieser Wunsch muß auch zur Quelle der Geduld werden, die lieber noch einige Zeit auf Erledigungen zu warten versteht. Umso mehr ist solche Geduld am Platze, wenn sie von der Annahme ausgehen darf, daß auch die österreichisch-ungarische Regierung bemüht sein wird, eine Regelung ausfindig zu machen, welche die berechnete Sehnsucht der polnischen Nation mit den Interessen der Mittelmächte in Einklang bringt.“

Der Zeitgedanke dieser Mitteilung war auch der Zeitgedanke alles dessen, was der Vorsitzende des Obersten Nationalkomitees Professor Dr. Jaworski in letzter Zeit bei den Konferenzen in Warschau gesagt hat. Er ist zugleich ein Fingerzeig, daß sich die Lösung der polnischen Frage schwieriger darstellt, als dies

manchem der polnischen Politiker in Galizien schien. Der Stand der Dinge in der polnischen Frage erscheint uns augenblicklich so, daß zwischen beiden Mittelstaaten Übereinstimmung herrscht, einmal hinsichtlich der Notwendigkeit der Lösung der polnischen Frage und sodann hinsichtlich ihrer Lösung grundsätzlich möglichst auch im Sinne der Polen. Diese Übereinstimmung der Haltung bildet den Ausgangspunkt zur Prüfung der Einzelheiten der Lösung, deren Festlegung augenblicklich zweifellos Gegenstand einer sorgfältigen Prüfung und Erwägung beider Regierungen ist.

Man kann also sagen, daß die polnische Frage sich im Stadium zwar nicht einer vollzogenen Lösung, aber entschieden im Stadium einer sich vollziehenden Lösung befindet. Welche Pflichten ein solcher Stand der Dinge uns Polen, insbesondere aber der von unseren Zeitungen offenbarten öffentlichen Meinung auferlegt, werden ihre Leiter leicht verstehen.

Aus Nr. 408 der Nowa Reforma (Kraľau)
vom 15. August 1916.

Der zweite Jahrestag der Legionen.

Kraľau, den 15. August.

Unter dieser Überschrift schreibt das Kraľauer Blatt u. a. folgendes:

Zwei Jahre sind seit dem denkwürdigen Augenblick der Legionengründung verflossen. — Und die sie so reichlich ausfüllenden Ereignisse, sowie die grundsätzliche Richtung ihres Verlaufs beweisen, daß sich der Instinkt der breiten Massen unserer Volksgemeinschaft, welche in dem Akt vom 16. August ein an großen Folgen reiches großes Ereignis fühlte, nicht getäuscht hat.

Heut, nach 24 Monaten der Dauer des Krieges und einer so glänzenden Beteiligung unserer Legionen an ihm gibt es wohl schon keinen polnischen Kopf, der nicht versteht, und kein polnisches Herz, das nicht fühlt, daß die Schaffung und Formierung dieser polnischen Legionen die größte und kühnste Tat ist, welche wenigstens ein Teil Polens auf dem neuen blutigen Pfade des unerhörten Krieges zu seiner besseren Zukunft, zur Wiedererlangung seiner verlorenen, aber nicht verjährten Rechte vollbracht hat.

Der Krieg dauert noch fort. Seine Greuel sind noch nicht zerstreut. Und das Furchtbarste von ihnen, die schreckliche Ungewißheit des nationalen Morgens preßt uns heut die Herzen schmerzlicher zusammen, als am Anfang des Krieges, wo es der harten Prüfungen weniger, der rosigen Illusionen aber mehr gab. Daher ist zum endgültigen Abschluß dieser Rechnung, welche die Nation in dem Hauptbuche ihrer Geschichte am 16. August 1914 eröffnet hat, noch keine Zeit. — Sie wird später mit den großen geschichtlichen Entscheidungen und mit der Beruhigung der zerrütteten Nerven kommen.

Wer es aber mit der Rechnung eilig hat, wenn sie auch nur sehr vorübergehend, ungewiß und ungenau wäre, der möge sie in umgekehrter Richtung machen. Möge er sich nämlich die Frage beantworten, was er in den Jahren 1914, 1915 und 1916 in Polen gefühlt und gedacht hätte, wenn ihm das düstere Bild seiner allgemeinen und beispiellosen Vernichtung die zauberhafte Erscheinung der Legionen nicht wenigstens zum Teil verhüllen würde. Worauf würde er seine Hoffnungen und seine Begründung stützen, was würde seinen Gedanken die Richtung geben, wenn sie über den engen Kreis der persönlichen Sorge hinausgehen, wenn sich dort in den Karpathen, in der Bukowina, in Polesie und in Wolhynien im Laufe dieses Krieges nicht das Wunder vollziehen würde, welches polnische Legionen heißt!

Wer hätte allen polnischen Schmerz und allen polnischen Glauben und alle polnische Hoffnung dem großen Brandopfer Europas dargebracht, wenn die Legionen, welche diesen Schmerz und diesen Glauben und diese Hoffnung in ihre Herzen aufgenommen, nicht dorthin getragen hätten, wo Nationen, welche die Blüte der Menschheit sind, das Gericht Gottes unter einander abhalten! Nicht in die Vorzimmer und Kabinette, nicht in die Salons fremdländischer Nationen, sondern auf die Schlachtfelder haben die polnischen Legionen den Schatz der polnischen Unsterblichkeit getragen. Und dort, in der Aureole der unbeschreiblichen Heldenhaftigkeit dieser jungen Männer erstrahlte er in neuem Glanze, hestete er die fremden, gleichgültigen und feindlichen Augen auf sich und ist für sie das geworden, wovon heute in Europa zu denken und worum zu wetteifern verlohnt . . .

Wenn sich heut die ganze gesittete Welt die Frage vorlegt, was mit Polen sein wird, wenn die politischen Leiter der mächtigsten Staaten der Welt lange Tage an der Lösung dieses Problems grübeln, so heißt dies, daß man hier auf diesem ungeheuren Gebiete zwischen der Warthe und dem Styr und zwischen den Karpathen und dem Niemen auf die mächtige Quelle des polnischen Willens zum freien Leben gestoßen ist, welches schon seit langer Zeit ganz fremd und verschüttet zu sein schien. Diejenigen aber, welche diese Quelle von neuem eröffneten, so daß sie hoch und mächtig emporsprudelt und sich nicht in irgendeinem beliebigen Brunnen auffangen läßt, waren vor allem die polnischen Legionen, ihre Seelenstärke, ihr Glaube, ihre Ausdauer, ihre alle in Staunen versetzende Tapferkeit, alle, welche das Glück hatten, sie zu sehen.

Und obgleich darum die Rechnungen noch nicht abgeschlossen sind, das am 16. August 1914 im Kraľauer Rathhaus begonnene Werk noch nicht vollendet ist, so ist doch schon gewiß, daß den polnischen Legionären die Verehrung und Liebe jedes polnischen Herzens gebührt.

Aus Nr. 187 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 18. August 1916.

Die Stimmung in Wien.

(Von unserem Berichterstatter.)

Wien, den 15. August 1916.

..... Eine bezeichnende Erscheinung in der Wiener Presse ist die augenscheinliche Wendung der öffentlichen Meinung zu Gunsten der Polen. Die Wiener Presse schreibt heute von den polnischen Angelegenheiten viel wärmer, als vor einem Jahre. Über die Legionen tauchen heute fast täglich Artikel und Notizen auf. Sogar in den Wiener Lichtspielen werden fortwährend Bilder aus dem Leben und Kämpfen der Legionen gegeben. Die Legionen haben durch ihre Tapferkeit und durch ihren Mut nicht nur den äußeren Feind geschlagen, sondern auch die Vorurteile besiegt, die in einem gewissen Teil der west-europäischen Bevölkerung vorhanden war.

Aus Nr. 378 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 20. August 1916.

Eine Krisis im Obersten Nationalkomitee.

In der „Jedność Robotnicza“ lesen wir:

Das galizische Oberste Nationalkomitee besaß im Königreich Polen seit Beginn des Jahres 1915 eine Organisation, welche den Namen Militärdepartement führte. Diese Organisation hatte scheinbar rein militärische Aufgaben, in Wirklichkeit aber besaßte sie sich

weit mehr mit Politik, als mit dem Militärwesen. Infolgedessen geriet dieses Militärdepartement seit den ersten Tagen seines Aufenthalts im Königreich Polen in einen Konflikt mit fast allen politischen Parteien des früheren russischen Teilgebiets. Das Militärdepartement setzte sich nämlich aus Galiziern, österreichischen Staatsbürgern, zusammen, und seine politischen Bestrebungen waren ganz andere, wie die Bestrebungen der Bevölkerung des Königreichs Polen, die sich die Erlangung eines unabhängigen polnischen Staats als Ziel steckt.

Der Konflikt zwischen dem Militärdepartement und der örtlichen Bevölkerung nahm eine scharfe Form an, als die Unabhängigkeitspartei den Beschluß faßte, die Werbung bis zu dem Zeitpunkt einzustellen, wo die politische Lage sie wieder zu beginnen gestatten wird. Das Militärdepartement rechnete mit diesem Beschluß nicht und warb weiter, wiewohl mit sehr geringem Erfolg.

Schon damals wurde es augenscheinlich, daß zwischen dem D. N. R. und den Anhängern der Unabhängigkeit eine Verständigung erschwert sein wird, so lange im Königreich Polen das Militärdepartement wirken wird, welches sich überdies durch Mangel an Takt auszeichnet und sich alle abgespenstigt gemacht hat. Aber es kamen ärgere Dinge. Im Militärdepartement waren viele Leute beschäftigt, zum größten Teil frühere Legionäre. Bis jetzt waren sie mit den Bestrebungen des Militärdepartements einverstanden. Aber es kam eine Zeit, wo dies für sie unmöglich wurde. Über 80 im Militärdepartement beschäftigte Leute erklärten, daß sie nur im Falle einer gründlichen Änderung des Verhältnisses des Militärdepartements zu den politischen Bestrebungen des Königreichs Polen werden arbeiten können. Aber das überzeugte den Chef des Militärdepartements keineswegs, und infolgedessen nahmen alle diese Bürger ihren Abschied, sie gingen, sofern ihnen die Gesundheit es gestattete, an die Front, zur ersten Brigade.

Auf diese Weise zog sich das Militärdepartement nicht nur die Entrüstung aller politischen Parteien im Königreich Polen, auch die der Freunde der Unabhängigkeit und der Rechten zu, sondern es rief auch in den eigenen Reihen eine Auflehnung hervor. Leider hält das Oberste Nationalkomitee, anstatt zu verstehen, daß man dem Königreich Polen unmöglich seinen Willen aufzwingen könne, die Partei des Militärdepartements. Das wird die Verständigung zwischen dem Nationalen Zentralkomitee und dem D. N. R. sehr erschweren. Indes wäre, wenn jemals, so gegenwärtig nötig, daß ganz Polen eine einzige politische Vertretung hätte, welche in den wichtigen Zeiten, welche nahe bevorstehen, einen entsprechenden Standpunkt einzunehmen vermöchten.

Diese Dinge müssen dem Obersten Nationalkomitee vom Nationalen Zentralkomitee sehr bestimmt gesagt werden, sonst werden wir in die selben Fehler verfallen, welche die Entwicklung des Obersten Nationalkomitees von Anfang an verzerrt haben.

Aus Nr. 432 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 28. August 1916.

Ein polnisches Regiment in Kanada.

Die Pariser „Polonia“ teilt mit, daß die kanadische Regierung am 7. Juli den Beschluß gefaßt habe, die Genehmigung zur Organisation eines polnischen Regiments im westlichen Kanada mit dem Hauptquartier in Winnipeg zu erteilen. Dieses Regiment wird den Namen „The Polish Battalion“ führen, zum Kommandanten ist ein gewisser Hastings, ein früherer Staatsanwalt von Manitoba, ausersehen. Mit Ausnahme des Kommandanten werden alle Offiziere des Regiments Polen sein. Die polnische Wochenschrift

„Czas“ in Winnipeg sieht den Beschluß der kanadischen Regierung als „historisch“ an, weil die dortige Regierung auf diese Weise die Polen „als Nationalität, welche ein freies und unabhängiges Vaterland erstrebt“, anerkannt habe.

Aus Nr. 234 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 23. August 1916.

Ein neuer Vertreter Rußlands beim Vatikan.

Wir erfahren von einer soeben aus der Schweiz eingetroffenen Person, daß die russische Regierung zu ihrem Vertreter beim Vatikan Herrn Kasimir Hulewicz, den früheren Vizepräsidenten der Warschauer staatlichen Theater ernannt habe. Diese Ernennung sei erfolgt auf das Verlangen Seiner Heiligkeit, daß der Vertreter der russischen Regierung römisch-katholischen Bekenntnisses wäre.

Die Kandidatur des Herrn Hulewicz hat im Ministerium die gegenwärtig in Rußland einflußreiche Familie der Trepows unterstützt, mit der Hulewicz durch seine Ehefrau verwandt ist. Die Tochter des hervorragenden Abgeordneten verrät ein bedeutendes dramatisches Talent; sie hat die Pariser dramatische Schule mit Auszeichnung beendet.

Aus den Nummern 25, 26 und 27
der Sprawa Polska (Petersburg)
vom 19. und 26. Juni und 3. Juli 1916.

Die Grundlagen der polnischen Politik.

Es gibt in Rußland Faktoren, die, wenn von der polnischen Sache die Rede ist, vor allem fragen: „Aber verharren denn die Polen weiter bei ihrer slawischen Orientierung? Haben sie sich nicht schon durch die österreichischen Versprechungen auf die Seite der Mittelmächte ziehen lassen?“ In diesen Kreisen findet jedes, sei es auch ein noch so unwahrscheinliches, noch so den wirklichen Tatsachen zuwiderlaufendes Geschwätz von einer angeblichen „Frontänderung“ der polnischen Nation oder gewisser Parteien derselben, ja sogar einzelner polnischer Politiker, leicht Gehör. Das kommt daher, daß die betreffenden Gruppen oder Sphären bis zum Augenblick des Ausbruchs des Krieges an die polnische Sache überhaupt nicht gedacht haben. Sie lebten von den Rußland durch Deutschland aufgehaltenen „Grundfäden“, die besagten, daß es eine polnische Sache als internationales Problem überhaupt nicht gebe; es gebe nur innere Angelegenheiten Österreichs, Rußlands und Preußens — Angelegenheiten eines solchen oder anderen Behandelns ihrer polnischen Untertanen; am klügsten und am vorsichtigsten aber verführten mit den Polen die Staaten, welche alle Bestrebungen der Entwicklung und des Fortschritts der polnischen Kultur und des polnischen Nationalbewußtseins von vornherein im Keime erstickten, da man niemals im voraus wissen könne, ob aus ihnen nicht eine Gefahr für den Staat erwachsen werde.

So dachte das ganze offizielle, konservative und nationalistische Rußland, das lange Jahrzehnte hindurch eingeschläfert war durch die von der Berliner Diplomatie abgegebene Versicherung einer unerschütterlichen Freundschaft seitens Deutschlands. Da diese Faktoren die Freundschaft mit Deutschland als die dauernde, unwandelbare Grundlage der monarchischen Politik Rußlands betrachteten, nahmen sie die Bedeutung der polnischen Sache für die europäische Politik Rußlands absolut nicht wahr, die nach ihnen einzig auf dem Balkan Wachsamkeit und Voraussicht erheischte, von seiten Deutschlands jedoch, auf dem Gebiete der polnischen Lande also, mit keinen Komplikationen drohte. Erst als der deutsche Kaiser Rußland den Krieg erklärte, offen jede Möglichkeit einer schiedsrichterlichen

Erledigung der serbischen Sache ablehnend, — da begriff Rußland die Bedeutung der polnischen Sache.

Zweifellos bestanden unter den Leitern des russischen Staatschiffes Persönlichkeiten, die schon im voraus die Vorteile gehörig würdigten, die der Politik Rußlands in ganz Mitteleuropa im Falle eines endgültigen Bruchs mit Deutschland die durch sie veranlaßte Aufrollung der polnischen Sache in ihrer ganzen Ausdehnung verleihen werde. Davon zeugt die Bekanntmachung des Aufrufs des Oberfeldherrn gleich nach dem Ausbruch des Krieges. Akte von dieser Tragweite führt man nicht aus, wenn man die ganze Sache nicht schon vorher gründlich durchdacht hat. Aber der Aufruf des Oberfeldherrn wurde erlassen auf den persönlichen Willen des Monarchen und der der Krone am nächsten stehenden Leiter der monarchischen Politik Rußlands hin. Für die Allgemeinheit nicht nur der russischen Meinung, sondern auch der russischen Staatsmänner war der Aufruf eine unverhoffte Enthüllung. Kein Wunder auch, daß für viele von ihnen die polnische Sache erst mit diesem Aufruf beginnt. Mit ihr erklären sie sich die Haltung, welche die polnische Nation in dem heutigen Kriege auf Seiten Rußlands und des Bivverbandes eingenommen hat. Und sie erklären sich diese Haltung ausschließlich mit den Hoffnungen, die der Aufruf des Oberfeldherrn in der polnischen Volksgemeinschaft wachgerufen hat, und dies um so lieber, als sie vielleicht sich nicht selbst den Fehler bekennen wollen, infolge dessen lange Jahrzehnte hindurch die russische Politik, den deutschen Einflüsterungen allzusehr traugend, zu ihrem größten Schaden die ganze Initiative in der polnischen Sache Österreich überlassen und dadurch zugegeben hat, daß sich für sie auch auf dem Balkan ein gefährlicher „Austroslawismus“ herausbildete. Sie vergessen daher gern, daß die von den Abgeordneten Jaronski und Meyssztowicz in der Duma abgegebenen Erklärungen vor dem Erscheinen des Aufrufs des Oberfeldherrn erfolgt sind, daß die polnische Nation auf keine „Versprechungen“ gewartet habe, um in Reih und Glied zu eilen, als die Mobilisierung gegen Deutschland bekannt gemacht worden sei, daß schon im Jahre 1912 die Meinung der riesigen Mehrheit ganz Polens in allen drei Teilgebieten ihre „Orientierung“ klar gekennzeichnet habe, indem sie die Aufstandspläne und Vorbereitungen der interimistischen Kommission entschieden verurteilte.

Nachdem diese russischen Politiker die polnische Sache selbst erst im Moment des Krieges wahrgenommen haben, behandeln sie dieselbe fortgesetzt als einen der Momente des Krieges, der durch den Krieg erzeugt und von den Ergebnissen des Krieges vollkommen abhängig sei, indem sie die historische Bedeutung der polnischen Sache für die Zukunft von ganz Mitteleuropa und vor allem für das Slaventum und für den stärksten der slawischen Staaten — Rußland nicht sehen. Und da sie die Sache selbst so auffassen, können sie nicht annehmen, daß bei den Polen eine andere Art und Weise, sie zu betrachten, bestehe. Zu Beginn des Krieges fragten sie: „Und was haben Euch die Deutschen versprochen?“ Und sie vermochten sehr schwer zu verstehen, weshalb wir mit diesen Versprechungen so absolut nicht rechnen, daß wir sie von vornherein abgelehnt haben, ohne in eine besondere Würdigung der uns von Berlin her gemachten Verschlüsse uns einzulassen. Ungeachtet dessen, daß wir diesen Leuten beständig bedeutet haben, die polnische Nation gedenke nicht, ihre Gedanken und ihr Blut dem Meistbietenden herzugeben, denn die „Eindrücke“ müßten sie direkt nach der entgegengesetzten Seite hin drängen, sondern sie lasse sich von dem starken Bewußtsein ihrer geschichtlichen Rolle in der gesitteten Welt, und insbesondere im Grenzgebiet des geschichtlichen Kampfes des Deutschtums mit der slawischen

Welt leiten, schlossen viele von ihnen mit der vernünftigen Bemerkung: „Ja, unsere Heere stehen schon bei Krakau“. Und die, welche so philosophierten, haben ebenfalls mit Unruhe, als das Kriegsglück sich wandte, gefragt: „Haben die Polen jetzt nicht die Front geändert?“

Psychologisch verstehen wir diese ihre Frage gut. Wir begreifen die ganze Schwierigkeit des Erfassens der Gesamtheit der polnischen Sache durch jene Leute, da sie doch ihr gegenüber so lange Zeit die Augen verschlossen haben. Und die von unserer Nation in diesem Kriege eingenommene „Front“ entspringt eben daraus, daß die ungeheure Mehrheit der polnischen Nation schon soweit gereift ist, um in dem großen geschichtlichen Augenblick ihre Entscheidung von historischen, und nicht von augenblicklichen Rücksichten leiten zu lassen, sie aus dem Bewußtsein der Gesamtgestalt der polnischen Sache zu schöpfen, und nicht aus ihren vorübergehenden oder lokalen Teilgebietsmomenten.

Da diese Leute also die von ihrer Art und Weise, die Dinge zu betrachten, allzu entlegenen Grundlagen der von unserer Nation eingenommenen Front nicht gehörig zu erfassen und zu würdigen vermögen, wissen sie auch nicht, was sie von der Widerstandskraft unseres Volkes gegenüber den wandelbaren Bahnen des Krieges und gegenüber den aus dem gegnerischen Lager her gemachten Versprechungen denken sollen.

Man muß jedoch sagen, daß es sowohl im russischen, als auch in unserem eigenen Interesse, überhaupt im Interesse der polnisch-russischen Verhältnisse für die Zukunft liegt, daß die ernste öffentliche russische Meinung und vor allem die Kreise, welche die staatliche Politik leiten, sich jetzt schon, wo wir dem Ende des Krieges näher sind als dem Anfang, klar darüber Rechenschaft ablegen, daß die Grundlagen der Stellung, welche die polnische Nation in diesem Kriege eingenommen hat, die Grundlagen der ganzen heutigen polnischen Politik, in den bekannten geschichtlichen Bestrebungen unserer Nation liegen, und nicht in possibilistischen, nur auf den morgigen Tag berechneten Kalkulationen. Denn nur dann, wenn die Faktoren, welche die russische Politik leiten, das volle Bewußtsein der historischen Linie der gegenwärtigen polnischen Politik haben werden, wird die polnische Sache in ihren Augen aufhören, die Angelegenheit einer reichlicheren oder dürftigen „Entschädigung der Polen für ihre Treue Rußland gegenüber“ zu sein, die Angelegenheit einer „breiteren oder schmälern Autonomie“ in Abhängigkeit von dem größeren oder geringeren Vertrauen zur polnischen Volksgemeinschaft, wie es sich im letzten Moment in der Regierung festigen wird, sondern die polnische Sache wird eine Angelegenheit der Versöhnung und Harmonisierung der geschichtlichen Bestrebungen und Ambitionen der polnischen Nation mit den geschichtlichen Aufgaben der monarchischen Politik des russischen Volkes und Staates werden. Und nur dann wird eine dauernde Ausöhnung Polens mit Rußland eintreten, wenn in der Entscheidung der polnisch-russischen Sache die beiden Völkern gemeinsamen Aufgaben in der Geschichte der europäischen Gesittung werden als Ausgangspunkt genommen werden, um erst dann dazu überzugehen, einerseits die unerläßliche Selbständigkeit Polens, damit es die ihm im Kampfe um diese gemeinsamen Ziele zufallende Energie entfalten und die ihm zukommende Rolle ausfüllen könne, andererseits die sich aus der Gemeinsamkeit obiger Aufgaben im Bereich der internationalen Politik ergebenden und diese Gemeinsamkeit realisierenden Bindeglieder zu festigen. Wenn dagegen als Ausgangspunkt in der Entscheidung der polnischen Sache nur Rücksicht darauf genommen würde, daß der Krieg die Unangebrachtheit der auf Mißtrauen gestützten bisherigen Regierungsweise im Königreich und die daraus sich ergebende

Notwendigkeit einer Revision dieser Regierungsweise nachgewiesen habe, um sodann zu überlegen, wieviel Freiheit den Polen zu gewähren sei mit Rücksicht auf die bereits seitens Rußlands abgegebenen Erklärungen und auf die Versprechungen der Mittelmächte, und was man von dem früheren System belassen könne — dann wird stets das Resultat sein, daß man nicht wissen wird, wie die gegenseitige Unzufriedenheit sowohl Polens als auch Rußlands zu teilen sei.

Es wird nämlich dann unter der russischen Volksgemeinschaft, oder sei es auch nur in den russischen Beamtenkreisen Leute geben, welche sagen werden, daß man doch hätte das oder jenes von dem früheren Besitzstand der russischen Bureaukratie in Polen beibehalten können, und sie werden darüber nachdenken, wie der nach ihrer Ansicht unnötigerweise eingebüßte Besitzstand wieder herzustellen sei, und in der polnischen Volksgemeinschaft wiederum wird jedes Überbleibsel des früheren Systems die Befürchtung wecken, es könnte aus diesen Resten einst wiederum die ganze Vergangenheit aufleben. Um die Einigkeit zwischen Polen und Rußland wirklich dauernd zu festigen, muß man nach Durchstreichung der ganzen Vergangenheit die Angelegenheit der polnisch-russischen Verhältnisse als eine Frage der staatsrechtlichen Verbindung Rußlands und eines Polens betrachten, wie es nach der Ankündigung des Aufrufs des Oberfeldherrn wiedergeboren ist und dem von Rußland das volle Recht zu einem selbständigen staatlichen Leben zuerkannt wurde, einer Verbindung für die gemeinsamen Aufgaben und Ziele der monarchischen russischen Politik und der geschichtlichen Bestrebungen des Polenvolks in Europa. Aber hierzu ist, ich wiederhole es, vor allem unbedingt nötig, daß die polnische Sache überhaupt gewürdigt und entschieden werde vom Gesichtspunkt der geschichtlichen Wege der polnischen und russischen Politik aus, und nicht auf Grund von Eindrücken, Stimmungen, Erfahrungen, und sei es auch Erklärungen, die der Augenblick des Krieges geboren hat, denn in der geschichtlichen Evolution ist sogar ein so langer Krieg nur ein Augenblick.

Der Weg der polnischen Politik, dem die große Mehrheit unseres Volkes gefolgt ist, ist der Weg einer grundsätzlichen Politik. Unsere Volksgemeinschaft hat mit gesunder Intuition herausgeföhlt, daß in Augenblicken, in denen sich die Geschicke Europas für Jahrhunderte entscheiden, ein Volk, welches eine seinen berechtigten Ambitionen entsprechende Stelle einnehmen will, von vornherein eine deutliche, klare Stellung auf Seiten eines der heute auf Tod und Leben kämpfenden Lager einnehmen und bis zu Ende beibehalten muß. Die Volksgemeinschaft folgte der Stimme derer, die ihr das Beispiel des heldenhaften Belgiens wiesen, welches ohne Zaudern die doch sehr günstigen deutschen Vorschläge ablehnte und lieber seine Dörfer und Städte der Zerstörung aussetzte, nachdem es mutig in den ungleichen Kampf eingetreten war, als daß es freiwillig des Palladiums seiner Freiheit, der durch Traktate und die Bürgschaft der Monarchien garantierten Neutralität seines Territoriums, sich entäußert hätte. Die Volksgemeinschaft folgte nicht den übrigens wenig zahlreichen Elementen, die in vielleicht allzu extremer Reaktion gegen unseren alten Romantismus den politischen Realismus als Possibilismus, als Verengung der Horizonte des politischen Denkens bis zum heutigen Tage und als stetes passives Schwimmen mit dem Winde, mit dem momentan Stärkeren aufsaßen. Denn entgegen allen Hindernissen, welche der Entwicklung unseres Volkes bereitet wurden, hat der politische polnische Gedanke in dem schweren Kampfe, den er um das Nationalbewußtsein der breiten Schichten unseres Volkes führte, nicht nur die Geister und die Herzen des Volkes dauernd für Polen gewonnen, sondern er ist zu gleicher Zeit erstarrt, er hat gelernt,

die Folgen jedes Handelns gemäß für Jahrzehnte dauernden Resultaten zu berechnen, ohne Rücksicht auf momentane Opfer.

Anders wäre das große Werk der allgemeinen Nationalisierung der bäuerlichen Massen in allen drei Teilgebieten nicht vollzogen worden. Die Breschener Kinder, die unter den schrecklichen Hieben des vertierten Schulmeisters mit heldenmütiger Hartnäckigkeit wiederholten, sie würden das Vaterunser deutsch nicht hersprechen, diese Kinder haben, nachdem sie herangewachsen sind, heute ihr politisches Bewußtsein nicht an den „Stärkeren“ oder den „Mehrbietenden“ hinzugeben, und sie können es nicht hinzugeben haben. Und solcher Kinder gibt es — mutatis mutandis — in Polen hunderttausende. Darum hat denn auch unsere Volksgemeinschaft vom ersten Augenblick an instinktiv herausgeföhlt und begriffen, daß es in den Tagen großer Kämpfe und Wandlungen kühner, entschlossener Entscheidungen bedürfe, daß hingegen der Possibilismus nur zu derartigen Demütigungen führe, wie sie heute Griechenland zuteil wurden, als es allzu durchtrieben sein wollte. Wenn aber die Politik des Schwimmens mit der Strömung schon für selbständige Staaten so traurig endet, wenn, wie die beiden Jahre des gegenwärtigen Krieges handgreiflich erwiesen haben, kleinere Staaten beim Zusammenstoßen der größten Mächte der zivilisierten Welt ihre Existenz und ihre Zukunft nur dann fest gründen können, wenn sie nachweisen, daß sie, wenngleich der Zahl nach schwach, doch durch die Stärke ihres Geistes ein gewichtiger und schätzbarer, vor allem aber untrüglicher Faktor des europäischen Gleichgewichts und der Herrschaft des Rechts über die Gewalt sind,* so muß umso mehr ein Volk, welches, wie wir, der eigenen staatlichen Existenz beraubt ist und auf die Waghalschale des geschichtlichen Kampfes nur seine Ehre, sein politisches Denken und seine Opfer zu werfen hat, diese seine moralischen Werte umso höher halten, um sie einzig und ausschließlich für den Bau seiner historischen Zukunft herzugeben im Sinne seiner grundsätzlichen geschichtlichen Aufgaben, nicht aber sie zur Lizitation zu stellen. Denn wenn sogar auch in der Zeit des Krieges die Lizitation unseren Preis auf dem internationalen Markte erhöhen würde, würde der Sieger sodann unfehlbar sagen, daß nicht wir ihm unser Land hergegeben haben, sondern daß er es selbst erobert habe, daß uns somit kein Entgelt seinerseits zustehe.

Die geschichtlichen Aufgaben unserer Nation aber sind: Vor allem die Wiedervereinigung des durch die Teilungen zerrissenen Polenlandes zu einem staatlichen Organismus. Und darum mußte sich Polen für die Seite aussprechen, deren Sieg ihm einzig die Vereinigung, die erste Bedingung der Wiedergeburt Polens, zu bieten vermag; weiter: — das Vorschieben eines dauerhaften Niegels gegenüber dem deutschen „Drang

*) Belgien würde, wenn es den deutschen Vorschlag betreffend das freiwillige Durchlassen der deutschen Heere über seine Grenzen angenommen hätte, im Falle des Sieges von Deutschland dessen Vasall geworden sein, im Falle des Sieges der Koalition hingegen würde es weil allzu schwach, um mit eigenen Kräften seine Neutralität zu verteidigen, unter das Protektorat Frankreichs oder Englands gelangt sein. Nachdem es so verfahren hat, wie geschehen, ist es dessen gewiß, daß die Koalition auf keinen Fall Frieden schließen wird, ohne Belgien die gebührende Entschädigung für die davongetragenen Schäden gesichert zu haben und daß nach dem Kriege seine Bedeutung in der ganzen zivilisierten Welt sich heben wird. Belgien hat mit seiner grundsätzlichen Politik nicht nur seine eigene Zukunft am besten garantiert, sondern auch der Sache überhaupt aller kleineren Völker einen unschätzbaren Dienst erwiesen.

nach Osten“ und gegenüber der deutschen „Weltherrschaft“. Denn mit dem Augenblick, wenn Berlin unser Rom werden sollte, würden die Rechte der kleineren Völker erbarmungslos zu Boden getreten und Polen wäre verurteilt, als erstes Opfer nicht nur des politischen, sondern auch des kulturellen und wirtschaftlichen preussischen Imperialismus, der, durch den Triumph berauscht, dann nur das eine Wort hätte: „Ausrotten“.

Darum haben denn auch nicht bloß im Königreich, sondern auch in Galizien, wo die Polen, indem sie sich auf die Seite der deutschfeindlichen Koalition stellten, unendlich mehr momentane Vorteile für die grundsätzliche Linie der Politik der Nation riskieren mußten — die Leiter des polnischen Gedankens (nicht des Teilgebietsgedankens) der Volksgemeinschaft vorausgesagt, daß die Front, welche die polnische Nation einzunehmen habe und im allgemeinen eingenommen hat, nicht aus der Voraussicht sich ergebe, welche Seite fürs erste siegen werde. In der ersten Nummer des in Lemberg im Februar v. Js., d. h. in den Augenblicken der größten Erfolge des russischen Schwertes herausgegebenen „Zjednoczenie“, hat die Redaktion in dem einleitenden Artikel, der die Grundsätze unserer Politik erklärte, mit Nachdruck hervorgehoben, daß es bis zum Ende des Krieges noch weit sei, daß man seinen Ausgang auf keine Weise voraussehen könne, daß aber, unabhängig davon, mit wessen Siege er enden sollte, die polnische Nation in dieser schrecklichen Tragödie, die den Polen geboten habe, den in den Reihen der feindlichen Armee stehenden Polen zu töten, indem sie ganz auf die Seite trat, die als eines der Kriegsziele die Vereinigung Polens aufgestellt habe, unsere erste unabwiesbare Forderung sei, daß diese Tragödie sich nicht mehr wiederholen könnte. Denn wenn trotz der Teilungen die Allgemeinheit der Nation nicht auf eine Seite treten wird, auf die Seite, welche die Gesamtheit der polnischen Sache hervorgehoben hat, indem sie dieselbe vor allem auf den Boden der Vereinigung ganz Polens stellte, würden wir selbst das Teilungswerk sanktionieren, würden wir selbst unser Recht auf unsere nationale Selbstständigkeit ableugnen. Denn nur die Nation ist lebendig, welche das lebendige Bewußtsein ihrer nationalen Eigenheit besitzt.

Die polnische Nation hat in ihrer großen Masse vom ersten Augenblicke des Krieges an ihre Geschichte mit der deutschfeindlichen Koalition verbunden, weil sie 1. mit gesundem Instinkt fühlte, daß sie durch entschlossenes Sichausprechen für eine Seite der Kriegführenden und durch konsequentes Verharren auf dieser Seite sich die ihr gebührende Selbstständigkeit erringen werde, 2. weil der einfache Verstand darauf hinwies, daß im Kampfe Rußlands gegen Deutschland und Österreich nur der Sieg Rußlands zu der Vereinigung der zerrissenen polnischen Länder führen könne, während der Sieg Österreichs und Deutschlands unfehlbar mit einer neuen Teilung enden müßte — der Weg zur Wiedererstehung Polens aber einzig durch die Vereinigung hindurchführe; 3. endlich, weil unsere geschichtliche Zukunft in der slawischen Welt liegt, der Sieg Deutschlands aber, der für Jahrhunderte die Herrschaft der deutschen Rasse über ganz Mitteleuropa festigen würde, Großpolen ein ähnliches Los bereiten würde, wie es einst die Elbslawen betroffen hat, und überhaupt ganz Polen der industriellen, handels- und wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Expansion des durch den Triumph berauschten, für seine Eroberungssucht kein Maß kennenden deutschen Elements zur Beute fallen müßte.

Diese Wahrheiten sind so einfach, so selbstverständlich, daß die Allgemeinheit der Nation sie ohne lange spezielle Diskussion als die Richtlinien ihres Handelns anerkannte.

Und dennoch versuchten jede dieser Wahrheiten Publizisten aus dem nicht zahlreichen, aber sehr lauten

und sehr rücksichtslos (nämlich vor dem Appellieren an die militärischen Behörden Österreich-Deutschlands nicht zurückschreckenden), seine „Orientierung“ aufdrängenden Lager zu bestreiten, das es unternommen hatte, der Politik der Mittelmächte in unserem Volke die Wege zu bahnen.

So bestritten sie zunächst, daß die Vereinigung für die Zukunft Polens unerlässlich sei. Die in Berlin von Herrn Feldman herausgegebene Zeitschrift „Polen“ verzichtete nicht bloß mit leichtem Herzen für immer auf das Posenische und Schlesiens, sondern sie suchte sogar unserer Volksgemeinschaft einzureden, daß Polen, wenn es nach dem Siege der Mittelmächte Weißrußland, Wolhynien und Podolien gewonnen haben werde, durch diese Länder reichlich entschädigt sein werde für den Verlust Großpolens.

Dieses Argument ist absolut unaufrichtig. Denn ebenso Herr Feldman, der es erfunden hat, wie auch Herr Studnicki, der dieses Argument in verschiedenen Volksversammlungen herumträgt, wissen als „Demokraten“ vorzüglich, daß die ganze neuzeitige Entwicklung den Schwerpunkt sowohl des kulturellen als auch des politischen Lebens des Landes nach den Volksmassen hin verrückt, daß also die polnische Kultur und Politik eine dauernde Zukunft nur da haben können, wo das Bauern- und Arbeitervolk — in seiner Mehrheit wenigstens — polnisch ist. Wenn somit die Anhänger eines zweifellos allgemeinen, gleichen usw. Stimmrechts Polen für den Verzicht auf die rein polnischen Länder des preussischen Teilgebiets durch Weißrußland, Wolhynien usw. entschädigen wollen, so verbirgt sich dahinter geradezu die Tendenz, daß, wenn ein polnischer Staat entstehen sollte, fremde Elemente in ihm die zahlreichsten sein sollen. Diese Tendenz ist ebenso verständlich bei den Berliner Politikern, wie bei den Juden, die in Polen gern außer sich noch die Ruthenen als ihre eventuellen Bundesgenossen gegen die polnische Mehrheit sehen möchten.

Es hat auch sofort die polnische öffentliche Meinung die Gefahr dieses „Umtausches“ und die Herkunft dieser Vorschläge herausgefühlt. Denn in der Tat, nur von jemandem, der unserer polnischen Familie weder durch Tradition, noch durch Gefühl angehört, konnte das Konzept herkommen, daß wir auf unsere leiblichen Brüder verzichten, sie dem Untergang ausliefern sollen, wie das die Brüder Josephs taten, und als Entgelt dafür fremde Verwandte adoptieren sollen, ohne sie sogar nach ihrer Zustimmung zu fragen.

In einer polnischen Seele konnte eine derartige Kombination nicht entstehen, noch sogar zu ihr den Weg finden.

Darum schob man auch in kurzem anstatt ihrer eine andere „Idee“ vor. Man legte dar, daß man zunächst, wenn auch nur für einen Teil Polens, die absolute Unabhängigkeit gewinnen müßte, und mit der Zeit werde das ganze von selbst sich machen. Und man versicherte dabei, daß ein „unabhängiges Polen“ eben Deutschland schaffen werde, da es nicht in dessen Interesse liege, die Zahl seiner polnischen Untertanen zu vermehren; dagegen werde es Rußland weiter nach Osten zurückdrängen wollen, indem es einen die russische Monarchie von dem Deutschen Reiche trennenden Pufferstaat ins Leben rufe. Zur Unterstützung dieser Prognose wurden Hunderte von „vertraulichen Informationen“ und „maßgebenden Zusicherungen“ angeführt, wurden die phantastischsten Geschwätze in Umlauf gesetzt.

Man hörte diese „Informationen“ manchmal mit Interesse, vor allem aber mit starkem Skeptizismus. Denn kein vernünftiger Mensch konnte glauben, daß Preußen, das sich im Jahre 1794 nicht fürchtete, Warschau und zwei Drittel des gegenwärtigen Königreichs zu annektieren, heute, wo es unendlich stärker ist, vor der Wegnahme der von ihm besetzten polnischen

Landes und vor einer Germanisierungspolitik in ihnen zurückschrecken sollte. übrigen haben die deutsche Presse und Publizistik aus ihren Absichten, das Königreich zu annektieren, kein Hehl gemacht. Und die österreichische Regierung hat den Leitern des Wiener Polenklubs deutliche Weisungen erteilt, welche die schnellste Liquidierung der „Unabhängigkeits“-Politik des Obersten Nationalkomitees geboten. Im Sinne dieser Weisungen ist auch Professor Jaworski vom Vorsitz im Obersten Nationalkomitee zurückgetreten, das Oberste Nationalkomitee hat auf den Anspruch, die polnische Politik zu leiten, verzichtet, und es hat sich in allem dem Polenklub unterworfen, und Erzellenz Biliński hat in der doppelten Rolle des Vorsitzenden des Klubs und des Obersten Nationalkomitees erklärt, „die Mittelmächte hätten Polen nicht für uns, sondern für sich befreit“. Mit diesem Augenblick wurde es jedoch allen offenbar, wie absolut unreal eine Diskussion, sei es auch nur über das Thema ist, was richtiger sei: die Unabhängigkeit eines Teiles Polens oder die Vereinigung aller polnischen Landes.

Die Konzeption eines Pufferstaates wurde aus dem Umlauf gezogen auf Verlangen derselben österreichisch-deutschen Diplomatie, welche sie zur Agitation gegen die von Rußland ausgegebene Lösung der Vereinigung fabriziert hatte. Aber die deutsche Koalition war des Sieges schon all zu gewiß. Der Reichskanzler kündigte an, daß die Mittelmächte die polnische Sache ausschließlich unter sich entscheiden würden. Und als Österreich und Deutschland sie nur unter sich entscheiden sollten, zeigte sich sofort, daß unter ihren Projekten und Plänen über dieses Thema für den Plan irgend einer Unabhängigkeit Polens kein Platz ist. Die Verhandlungen zwischen Wien und Berlin in der polnischen Sache zogen nur drei Möglichkeiten in Betracht: 1. die Teilung des Königreichs unter Zuteilung Warschaus an Preußen, 2. die Anschließung des größten Teils des Königreichs an Österreich und die Bildung eines dritten Bestandteils der Monarchie neben Ungarn und den erblichen österreichischen Kronländern aus dem vereinigten Königreich mit Galizien als autonomen Teil Österreichs mit analogen Rechten, wie sie Kroatien besitzt, 3. die Lostrennung Galiziens von Österreich, seine Vereinigung mit dem Königreich sowie mit den eingenommenen Teilen Wolhyniens und Litauens, auf diese Weise die Bildung eines polnischen Staats, der in den Bestand des Deutschen Reiches mit denselben Rechten eingefügt würde, wie sie Sachsen, Mecklenburg usw. besitzen. Die erste dieser Eventualitäten wurde, soviel wir wissen, ausgeschaltet. Real stehen somit drei Alternativen vor uns:

entweder die Vereinigung des zu Gunsten Preußens im Norden und Osten beschnittenen Königreichs mit Galizien unter dem Zepher des österreichischen Kaisers und im staatsrechtlichen Zusammenhange mit der habsburgischen Monarchie;

oder die Vereinigung des ganzen Königreichs mit Galizien zu einem besonderen Staat unter dem Zepher eines Königs, der dem Deutschen Kaiser unterstünde und zum Bestande des Deutschen Reiches gehörte;

oder die Vereinigung von ganz Polen unter dem Zepher des russischen Kaisers, des polnischen Königs, in staatsrechtlicher Verbindung mit Rußland.

Nähme man die gleiche Wahrscheinlichkeit des Sichverwirklichens aller dieser drei Projekte an, so müßte man sagen, daß das Verhängnisvollste für Großpolen und Schlesiens der Sieg der österreichischen Kombination wäre, das Gefährlichste hingegen für die Zukunft des Königreichs und Galiziens — die Erfüllung der deutschen Absichten. Im ersten Falle wären nämlich das Posensche und Schlesiens einer noch rücksichtsloseren Germanisierung ausgesetzt, als

heut. Im zweiten Falle würde das Posensche zwar von dem in den Bestand des Deutschen Reiches tretenden Polen einen stärkeren Beistand erhalten, aber das Königreich und Galizien würden, eingefügt in das deutsche Zollgebiet, mit einer deutschen Dynastie auf dem Throne und einem deutschen Hofe in Warschau, mit einem riesigen Prozentsatz deutscher Bevölkerung in allen Städten (denn die Juden würden sich sofort als Deutsche erklären) mit einem deutschen Straf- und Zivilkodex, mit einer deutschen Industrie-, Handels-, sozialen Gesetzgebung, (alles das gehört nämlich nach der Verfassung des Deutschen Reichs zur Zuständigkeit des Reichstags, und nicht der Landtage der einzelnen Bundesstaaten) mit deutschen, im Lande einquartierten Armeen und mit dem Militärdienst der Bevölkerung in der Kaiserlich Deutschen Armee — ungeachtet der titulären staatlichen Selbstständigkeit (die tatsächliche Selbstständigkeit der deutschen Bundesstaaten ist geringer, als z. B. diejenige Kroatiens, das nicht den Titel eines Staates führt) ein Gebiet für die unseren ganzen sozial-nationalen Organismus erschöpfende deutsche Ausbeutung werden.

Welche von diesen beiden Kombinationen, die österreichische oder die deutsche, schlimmer ist — das wäre fürwahr schwer zu sagen.

Eines jedoch ist gewiß, daß kein verantwortlicher Pole, der Gefühl für unsere historische Zukunft besitzt, freiwillig auf Großpolen und Schlesiens verzichten kann, indem er sich für das österreichische Programm erklärt, daß er auch nicht freiwillig einverstanden sein kann mit der Einfügung Polens in das Deutsche Reich.

Im Falle des Sieges der Mittelmächte aber würde das letztere aller Wahrscheinlichkeit nach unser warten. Denn es ist schon eine komische Fertigkeit der Selbsttäuschung nötig, um auch nur einen Augenblick lang anzunehmen, daß aus dem Kriege, in welchem die österreichische Armee, wenn sie allein kämpft, beständig geschlagen wird (sowohl in der Lubliner Gegend, als auch in Galizien und Serbien) und lediglich an der Seite der deutschen Heere und deutscher Generale siegt, — mit dem Löwenanteil der Beute gerade Österreich davongehen würde, indem es für sich Serbien und Polen, möglicherweise sogar Benetien erhielte, daß hingegen Deutschland sich mit Belgien und den baltischen Provinzen begnügen würde.

Wenn es — in Galizien — noch Leute gibt, die sich in dieser Hinsicht täuschen, ungeachtet der überaus deutlichen Antwort Tijzas auf das Telegramm Bilińskis, so mögen sie allein bloß die Tatsache in Erwägung ziehen, daß über die Zukunft Polens autoritativ im Tone eines Mannes, der sich berechtigt fühlt, über diese Zukunft zu entscheiden, der Kanzler des Deutschen Reiches gesprochen hat, während die österreichischen Staatsmänner nur mit vertraulichen Vorstellungen nach Berlin reisen, es aber nicht wagen, sich laut auszusprechen.

Für den Fall des Sieges der Mittelmächte würde unsere Zukunft der Wille Deutschlands entscheiden. Und unabhängig von seiner Entscheidung würde das Königreich entweder zwischen Preußen und Österreich geteilt, oder es würde, was das Wahrscheinlichere ist, da der Teilungsplan heut schon ausgeschaltet ist, mit Galizien, vielleicht nur mit dem westlichen Teil, dem Deutschen Reiche eingefügt werden.

Noch vor dem Kriege gab sich die ungeheure Mehrheit der polnischen öffentlichen Meinung klar Rechenschaft darüber, daß es in diesem Kriege nur zwei reale Möglichkeiten gebe: entweder mit Rußland und seinen Bundesgenossen gegen Deutschland zu gehen oder sich vor den Wagen des siegreichen deutschen Imperialismus zu spannen. Gegen Ende des zweiten Kriegsjahres bestätigten die Tatsachen die absolute Richtigkeit dieser grundsätzlichen These, sowohl die „Unabhängigkeits“-Konzeptionen eines kleinen „Puffer-

staates“ von Deutschlands Gnaden, als auch die austrophilen Täuschungen erbarmungslos zunichte machend. Die ersten hat das Oberste Nationalkomitee selbst liquidiert. Die zweiten werden durch die verhängnisvollen Mißerfolge der österreichischen Armee sowohl an der italienischen als auch an der galizischen Front endgültig begraben.

Es irren sich jedoch diejenigen der russischen Politiker, die annehmen, daß die zwischen diese beiden Eventualitäten gestellte polnische Nation sich in einer Zwangslage befunden und sich für den Bierverband, für das Slaventum und Rußland lediglich aus Furcht vor der deutschen Eroberungsjucht erklärt habe.

Solche Äußerungen hörten wir mehrfach. Und wir müssen ihnen gegenüber mit vollem Nachdruck feststellen, daß die polnische Nation sich keineswegs in einer Zwangslage befunden hat. Sie konnte nämlich und das wäre für sie wohl das gelegenste gewesen, sich für niemanden erklären, lediglich jedem der kriegsführenden Staaten gegenüber die durch das Gesetz gebotenen Pflichten loyal erfüllen, und vor allem danach strebend, recht viel ihrer Kräfte für die Zeit nach dem Kriege aufzusparen.

Die Furcht vor Deutschland gebot keineswegs, der russischen Armee freiwillig Tausende von polnischen jungen Leuten herzugeben, die sich als Freiwillige unter die russischen Fahnen gemeldet haben, und umso weniger gebot diese Furcht vor Deutschland Tausenden von angesehenen Bürgern und polnischen Politikern in Galizien, sich offen und laut für Rußland zu erklären, damit ihre ganze Existenz zu riskieren und in ihrer Mehrheit sogar aus Österreich auswandern zu müssen.

Die Dinge verhalten sich in Wahrheit somit nicht so, daß die Furcht vor Deutschland die Polen sogar gegen ihr Gefühl in die Arme Rußlands getrieben habe. Eine solche Erklärung der polnischen Politik vereinfacht die unendlich breitere Sache allzu sehr.

In Wirklichkeit hat die polnische Nation sich entschlossen, in diesem Kriege aktiv hervorzutreten, im Sinne der grundsätzlichen, historischen Aufgaben der polnischen Politik (und nicht der possibilistischen Aufgaben der Teilgebietspolitik) weil sie davon überzeugt war und ist, daß der Gegensatz Polens zu Deutschland ein ewiger, Rußland gegenüber ein vorübergehender ist, daß eine Ausöhnung Polens mit den Deutschen nicht stattfinden kann, während eine Ausöhnung mit Rußland möglich ist und daß früher oder später der Augenblick eintreten muß, in welchem die russische Nation selbst anerkennen wird, daß die Verwirklichung ihrer eigenen geschichtlichen Bestrebungen (die Herrschaft über Konstantinopel und die dauernde Hegemonie auf dem Balkan) unabwendbar die Ausöhnung Polens mit Rußland heißt, sodaß die Aspirationen der beiden größten slawischen Nationen in Zukunft einmütig den gemeinsamen Zielen im Bereich der europäischen Politik entgegengehen.

Es ist das ein keineswegs neuer Gedanke. Er leitete die Politik Kosciuszko, der die an ihn gerichteten Aufforderungen Napoleons ständig ablehnte und seine Dienste Alexander I. anbot, und ebenso die Politik des Fürsten Adam Czartoryski, Lubekis und Alexander Wielopolskis. Es entwickelte ihn in zahlreichen Publikationen der Schöpfer des polnischen Messianismus Höne-Wronski. Es sprach ihn mit dem prophetischen Blick des Priesters Peter — Mickiewicz aus.

Dieser Gedanke ist nicht erst mit dem Buche Dmowski „Rußland, Deutschland und die polnische Frage“, noch sogar mit dem berühmten Briefe Alexander Wielopolskis an den Fürsten Metternich entstanden. Er ist so alt, wie die Bestrebungen Polens, die Grenzen zu vernichten, die seinen Körper in drei Teile geteilt haben. Und er hat hinter sich die Autorität vieler der größten Namen unserer Literatur

und Politik. Vor allem sprechen jedoch für ihn die Tatsachen unserer ganzen tausendjährigen Geschichte und der heutigen Zeit.

Durch den ganzen Gang der Geschichte hören nicht für einen Augenblick der Drang der Deutschen nach dem Westen und ihr Eroberungsdruck auf Polen auf. Wenn das Deutsche Reich stark ist, dringt es auf unsere politische Existenz ein, eignet es sich unsere Lande an. Die Piastenperiode unserer Geschichte ist eine ununterbrochene Fortsetzung des Ringens mit der deutschen Eroberungsjucht, mit den Ansprüchen der Kaiser auf die Oberherrschaft über Polen, mit kreuzritterlicher Verworfenheit und Beutegier. Erst die Niederlage des Kreuzritterordens auf den Feldern von Grünwald und die Eroberung der Marienburg durch Kasimir den Jagellonen hat den räuberischen Angriffen Deutschlands auf Polen ein Ziel gesetzt, und die durch die Religionskriege hervorgerufene Desorganisation des inneren Baues des Kaisers Reichs sicherte uns längeren Frieden vom Westen her. Aber kaum hatte Preußen seine Kräfte wiedergewonnen, Preußen, das wir nicht vollständig erschlagen hatten, als es unter unserem Fuße lag, da schmiedet es unaufhörlich bald mit Schweden, bald mit Sachsen, bald mit Österreich, schließlich auch mit Rußland 1½ Jahrhunderte hindurch Pläne zur Aufteilung des Freistaats. In den Augenblicken hingegen, während das Schwert ruht, strömen unaufhörlich zehn Jahrhunderte hindurch Wogen deutscher Kolonisten nach Polen. Denn aus den tiefsten Grundlagen des Deutschen Reiches, aus den dauernden, unwandelbaren Eigenarten der germanischen Rasse entspringt die ewige räuberische Spannkraft Deutschlands. Den Deutschen ist ihr eigenes Haus immer zu eng, ihr eigenes Land nicht weit genug. Den Beginn ihrer Geschichte bildete Raub. Ihre ganze soziale Organisation, sowohl die ihrer alten „Mark“, wie ihrer späteren „Vorwerke“ — war die Organisation der Herrschaft über eroberte und unterjochte Lande. Die erste politische Idee, als sie aus dem Zustande der Barbarei herausstraten, war die Konzeption des „heiligen römischen Reichs“, der Herrschaft der deutschen Kaiser über die ganze christliche Welt.

Und so sind die Deutschen bis heutigen Tags geblieben. Sie werden nie ihren Träumen von der Weltherrschaft entsagen. Sie werden nie aufhören in ihrem Streben nach Eroberungen, vor allem an den slawischen Landen. Denn sie wissen wohl, wieviel sie schon von diesen Landen vollständig zu germanisieren gewußt haben.

Mit einem solchen Nachbar kann keine Eintracht bestehen. Denn jede Schwächung unseres Widerstands gegen die Deutschen hat uns stets uneinbringbare Verluste gebracht und wird solche stets bringen. Durch das „Einvernehmen“ der schlesischen Herzöge mit den Deutschen haben wir drei Viertel von Schlesien für immer eingebüßt; durch das Einvernehmen der masurischen Fürsten mit ihnen verloren wir Pommern. Und heut müßte die erste unerläßliche Bedingung eines Einvernehmens mit den Deutschen der Verzicht auf Großpolen und Danzig sein. Indes wird es und muß es ein unabweisbares Streben des polnischen Staats, unter welchen Bedingungen er auch entstehen möge, sein, unseren Zugang zum Meere zu erobern oder zu festigen und weiter, die Wiedergewinnung der uns in Großpolen und Westpreußen durch Konfiskation genommenen Kronüter und des durch die Ansiedelung sowie durch die Zwangsenteignung konfiszierten polnischen Landes. Sogar ein geschlagenes Deutschland wird nicht gleichgültig zusehen, wie ihm das uns seinerseits im Laufe von 150 Jahren entzogene Land wieder fortgenommen wird, ein siegreiches Deutschland hingegen würde das auf keinen Fall zulassen. Und das schon wird zwischen uns und den Deutschen einen

Jahrhunderte langen Konflikt bilden. Dieser Konflikt aber wird umso schärfer sein, als Deutschland, wenn es sich von den in diesem Kriege davongetragenen Wunden geheilt haben wird, nur wiederum, wie es dies schon durch tausend Jahre tat, Gelegenheit suchen wird, um seinen Besitzstand auf Kosten von Polen, von dem es schon soviel Land verschlungen hat, zu erweitern.

Dessen jedoch bewußt, daß unser stets nur Kampf mit den Deutschen wartet, müssen wir angesichts der Ungleichheit unserer und der deutschen Kräfte durchaus Anlehnung an die ganze slawische Welt suchen, der gleich uns die teutonische Eroberungssucht droht. Aus denselben Gründen sind wir am Ende des vierzehnten Jahrhunderts eine Union mit dem zu seinem größten Teile damals slawischen Litauen eingegangen, im fünfzehnten Jahrhundert hingegen suchten wir eine dynastische Verbindung mit Ungarn und Böhmen herbeizuführen.

Und es gab Augenblicke, in denen eine Personalunion auch mit Rußland der Verwirklichung nahe war. (Die Kandidatur Iwans auf den polnischen Thron, die Kandidatur Wladislaus auf den russischen Thron.) Dagegen haben wir uns stets instinktiv gegen „österreichische Kandidaten“ gewehrt. Denn so ist es durch alle Jahrhunderte gewesen, und so ist es auch heute, daß jede staatsrechtliche Verbindung mit Deutschland, sei es eine auf einem Einvernehmen basierende, wie die der schlesischen Fürsten, oder eine durch Unterjochung geschaffene, zwangsweise, unfehlbar zur Germanisierung unserer Lande und zu ihrem völligen Verluste führt. Dagegen droht uns Enteignung durch irgend eine andere slawische Nation niemals. Durch 60 Jahre Russifizierungs-Politik im Königreich Polen hat Rußland nicht ein einziges polnisches Dorf russifiziert, unsere ethnographische Grenze nicht einen Kilometer nach Westen gerückt, und ebenso haben wir durch 50 Jahre polnisches Regiment in Galizien nicht ein einziges ruthenisches Dorf polonisiert, selbst da nicht, wo solche Dörfer, wie in den Kreisen Niz, Przemyśl, und Lancut von allen Seiten durch polnische Mehrheiten umgeben sind, oder in einem langen schmalen Streifen (die Kreise Gorlice, Grzybow, Neu-Sandec) in das geschlossene ethnographische Polen einschneiden.

Einen realen Grund also zum Andauern des polnisch-russischen Kampfes gibt es nicht. Denn weder geht die national-russische Expansion nach der Richtung der polnischen Lande hin, noch droht unsere Kultur der russischen nach Osten hin mit Expansion.

Der während der letzten 1½ Jahrhunderte bestehende Konflikt zwischen Polen und Rußland ist ganz aus der politischen Konjunktur entsprungen, die durch die von Rußland in Gemeinschaft mit den deutschen Staaten Preußen und Österreich ausgeführten Teilungen Polens geschaffen wurde, nicht hingegen aus grundsätzlichen, geschichtlichen Bestrebungen sei es Rußlands oder Polens. Eine Beseitigung dieses Konfliktes ist somit möglich, ja noch mehr, dieser Kampf muß aus Mangel an einer inneren Existenzberechtigung aufhören angesichts der Tatsache, daß der polnisch-russische Kampf weder zur Russifizierung auch nur eines einzigen polnischen Kreises führen, noch den national-polnischen Besitzstand um ein einziges russisches Dorf vergrößern wird, daß er somit nur eine fruchtlose Einbuße an Kraft und Energie der beiden Nationen „ad maiorem Germaniae gloriam“ ist.

Die polnische Meinung in allen drei Teilgebieten hat den Aufruf des Oberfeldherrn sofort mit Vertrauen als eine unwiderrufliche Ankündigung einer gründlichen Wendung der russischen Politik nach der Richtung eines dauernden Einvernehmens mit Polen hin aufgenommen. Und es hat ihn die polnische Volksgemeinschaft mit diesem Vertrauen aufgenommen, ungeachtet dessen, daß

er nicht durch den Monarchen unterzeichnet war, eben darum, weil schon im voraus in breiten Kreisen der Nation gefühlt wurde, daß früher oder später der Moment kommen müsse, in welchem der Schrecken der deutschen Gefahr die ganze Zwecklosigkeit, sogar Schädlichkeit des Polen von Rußland trennenden Kampfes sowohl in den Augen der polnischen, als auch der russischen Nation zutage treten lassen werde. Darum hat denn auch die polnische Nation, ohne die Formen, in denen sich der Aufruf zeigte, noch eines seiner Worte selbst allzusehr zu analysieren, in ihm einen Akt von historischer Tragweite erkannt, welcher einen Wendepunkt in dem ganzen System der russischen monarchischen Politik bildet. Die Insinuation, daß dies nur eine „Kriegs-Proklamation“ sei, haben ein Echo nicht gefunden. Intuitiv gab sich die polnische öffentliche Meinung darüber Rechenschaft, daß der Aufruf nicht zufällig infolge eines glücklichen Zusammentreffens von Umständen oder in einer momentanen Stimmung entstanden sei, sondern, daß er die natürliche, unerläßliche Konsequenz des Zerreißens der ganz aus den Teilungen Polens erwachsenen und sich auf die Teilung der polnischen Lande stützenden 150 jährigen russisch-preussischen Freundschaft sei, daß er somit ebenso aufrichtig sei, wie die in der Duma abgegebene Erklärung der polnischen Abgeordneten.

Es fehlte jedoch nicht an Faktoren, welche die „Illusionen“ des polnischen Volkes zu verwehen suchten. Geheime Deutschenfreunde in den bürokratischen Kreisen wiederholten den Polen bei jeder Gelegenheit: „Täuscht Euch nicht!“ Die frühere Verwaltung im Königreich war bestrebt, nicht die geringste Veränderung in dem russifikatorischen System der Verwaltung des Landes zuzulassen. Ein ganzes Jahr hindurch wurde von maßgebender Seite her nicht ein einziges Wort gesprochen, welches die durch den Aufruf proklamierten Versprechungen bestätigt hätte.

Und es begann so mancher in unserer Volksgemeinschaft, wenn er alles das sah, die Hoffnung einzubüßen. Breiter Kreise bemächtigte sich eine gedrückte Stimmung. Man sagte sich, daß doch noch immer das „Interesse der Bürokratie“ die Oberhand habe über die Staatsraison, daß vielleicht erst die künftige Generation die Verwirklichung der durch den Aufruf des Oberfeldherrn angekündigten Wiedergeburt Polens erleben werde. Aber ungeachtet alles dessen ließ sich die polnische Volksgemeinschaft nicht einen Augenblick lang von dem einmal gewählten Wege abbringen. Es begriffen nämlich alle, daß die Widersprüche zwischen den Worten des Aufrufs und dem Verfahren der Verwaltungsbehörden im Lande, daß das Zaudern der Regierung und ihr langes Schweigen Symptome des eine gewisse Zeit währenden unvermeidlichen Ringens des alten Regierungssystems in Polen mit dem neuen System der europäischen Politik Rußlands seien, Rußlands, das unverhofft durch die deutsche Kriegserklärung überrascht, ungeachtet dessen sofort und entschieden zu einer grundsätzlichen Änderung seines Verhältnisses zu Polen sich entschlossen hat, entsprechend den Aufgaben, vor die es sich in Europa gestellt sah, und das nur allmählich in sich die veralteten Angewohnheiten, das Mißtrauen und die Voreingenommenheit zu besiegen imstande ist.

Die polnische Allgemeinheit zweifelte nicht daran, daß schließlich ganz Rußland die Notwendigkeit einsehen werde, dieses Vorurteil endlich fallen zu lassen. Pessimisten sagten nur, daß man darauf noch Jahrzehnte warten müsse. Das Geß über die städtische Selbstverwaltung schien die Richtigkeit ihrer Prophezeiungen zu bestätigen. Es war das jedoch die Zeit eines starken Rückgangs sowohl der militärischen Kraft Rußlands, als auch seiner monarchischen Aspirationen — ein Zustand allgemeiner Depression. Es begann an Munition, an ausgebildeten Reserven

zu fehlen. Unwillkürlich verengerten sich die Horizonte auch des politischen Denkens, das im Augenblick des Ausbruchs des Krieges Rußland neue geschichtliche Aufgaben gewiesen hatte. Gleichzeitig gewannen kleinliche große und kleine Rücksichten auch in der polnischen Sache die Oberhand. Der Schlag jedoch, der im Mai und Juni auf Rußland herabfiel, stellte es vor das Dilemma: voller, gänzlicher Sieg — oder völlige Beseitigung aus Europa. Die auf dem Schlachtfeld geschaffene Lage, wodurch die Grenze der österreichisch-deutschen Okkupation bis in die Gegend von Riga, Dünaburg, in die Tiefe von Litauen und Wolhynien vorrückte, machte allen Halbheiten ein Ende. Rußland mußte sich schnell entweder zu schändlicher Kapitulation oder zu der größten Anstrengung des Willens und der Kräfte der ganzen Nation aufschwingen, um den Feind nicht allein abzuwehren, sondern auch den fürs erste siegreichen Feind schließlich zu besiegen. Rußland entschloß sich zu dieser riesigen Kraftanstrengung, es entschloß sich dazu, noch am Vorabend der Leerung Warschaws. Gleichzeitig gab auch der Ministerpräsident Goremykin eine feierliche Erklärung ab, welche die Versprechungen des Aufrufs des Oberfeldherrn nicht bloß bestätigte, sondern überdies ankündigte, daß mit Willen des Monarchen die Regierung die Grundlagen einer neuen Organisation Polens ausarbeiten werde, wodurch Polen „das Recht zur ungebundenen Einrichtung seines nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens werde verliehen werden.“ Aber seit diesem Augenblick ist wieder ein ganzes Jahr vergangen, ohne daß die Regierung auch nur einen Schritt getan hätte zur Verwirklichung ihrer Ankündigung.

Man kann das verschieden erklären. Wir hörten die Deutung, daß es der Würde Rußlands nicht entsprechen würde, einen Polen einrichtenden Akt bekannt zu geben, während Polen sich fürs erste im tatsächlichen Besitz des Feindes befinde. Allerdings erscheint uns dieser Beweisgrund nicht zutreffend. Rechtlich hat nämlich das Königreich weder aufgehört, ein Besitztum des russischen Monarchen zu sein, noch hat Rußland ungeachtet der fürs erste davongetragenen Niederlagen seine Ankündigung betreffend die Vereinigung der polnischen Lande zurückgezogen, da es nicht aufgehört hat, an den Sieg zu glauben. Indessen hat dies lange Schweigen die Befürchtung wecken müssen, ob nicht wieder die Elemente die Oberhand gewonnen hätten, die, statt weiter in die Zukunft zu sehen, ihre Energie einzig auf die Erhaltung des Besitzstandes des Beamtentums richten, oder, was noch schlimmer wäre, ob die Leiter der russischen Politik Polen nicht überhaupt vergessen, nicht freiwillig auf die Initiative in der polnischen Sache verzichtet hätten, im stillen damit einverstanden, daß es in die Hände Deutschlands übergehen werde. Zweifellos gab es auch nach dieser Richtung hin Einflüsterungen, gab es Stimmen, welche die russische Regierung von irgend welchem entschlossenen Schritt zurückhielten, da „die Situation noch so ungeklärt sei“; es gab Versuche, weitergehende Absichten der im Staate maßgebenden Faktoren durch die Insinuation zu lähmen, daß die Polen die „Front geändert hätten“, daß sie sich von Rußland abgewandt hätten und in ihrer Mehrheit auf die Seite der Mittelmächte getreten seien.

Die polnische Volksgemeinschaft gab sich klar Rechenschaft über das Bestehen dieser unfreundlichen Strömungen; sie gab sich über sie Rechenschaft nicht nur auf dieser Seite, sondern auch auf jener Seite der Kriegsfrent. Niemand täuschte sich hinsichtlich des tatsächlichen Standes der Dinge. Und ohnmächtig war die polnische Politik gegenüber den hochmütigen Worten des deutschen Reichszänglers, daß ausschließlich die Mittelmächte die polnische Sache untereinander entscheiden würden. Die polnische Nation wurde sich

selbst überlassen, ohne irgend welchen Beistand in dem überaus schweren Kampfe, den sie in ihrem Bewußtsein, in ihrem politischen Gewissen sowohl gegen die Drohungen führen mußte, daß sie durch ihr hartnäckiges Verharren beim Biververbände ihre ganze Zukunft aufs Spiel setzen mußte, über die das siegreiche Berlin entscheiden werde, als auch gegen die freundschaftlichen Ratschläge Wiens, sich schleunigst als Ganzes für Österreich zu erklären, wenn die Nation nicht haben wolle, daß Warschau bei der Teilung den Deutschen zufalle, als auch schließlich gegen die deutschen Versprechungen betreffend die Unabhängigkeit Polens, das durch die litauisch-weißrussischen Lande für den Verzicht auf Großpolen entschädigt werden sollte. Als man von neutraler Seite her manchmal sehr ernst den polnischen Politikern sagte: „Findet Euch mit den Tatsachen ab, gebt endlich zu, daß die einzig mögliche günstige Erledigung der polnischen Sache in der heutigen Lage für Euch der österreichische Trialismus ist“ — da hatte die polnische öffentliche Meinung nichts anderes zu antworten, als die Worte, daß die polnische Politik eine grundsätzliche sei, und daß die Nation ihre in dem geschichtlichen Kampfe mit der deutschen Eroberungssucht auf der slawischen Seite einmal eingenommene Stellung nicht ändern werde. Im Sinne dieses Entschlusses, trotz allem bis zu Ende auf der durch die geschichtlichen Aufgaben der Nation gewiesenen grundsätzlichen Linie der polnischen Politik anzuharren, haben auch 6 Parteien im Königreich (die Realisten, die Nationaldemokratie, die nationale Vereinigung, die Nationalpartei, die polnische Fortschrittspartei, die fortschrittliche Vereinigung), welche die ungeheure Mehrheit der Volksgemeinschaft repräsentieren, am 20. Mai an Erzellenz Bilinski den bekannten Protest gegen seine Huldigungsdepeche an den österreichischen Kaiser abgesandt, die angeblich von der „ganzen vereinigten polnischen Nation“ herkommen sollte. Seit dem Augenblick der Einlegung dieses Protestes hat sich die ganze europäische Lage gründlich geändert. Am 20. Mai zog die österreichische Armee in siegreichem Marsche auf Venetien zu, und die Deutschen rückten bei Verdun alle Tage einige Duzend Meter vor. Heut ist die österreichische Front in Galizien, die deutsche bei Kowel durchbrochen, die englische und die französische Armee haben die „uneinnehmbaren“ Verteidigungslinien der Deutschen in Frankreich durchbrochen. Die größten Pessimisten müssen schon zugeben, daß nicht nur die Mittelmächte die polnische Sache untereinander entscheiden werden. Die grundsätzliche Politik hat sich auch als die weitschauendste erwiesen.

Die veränderte Lage macht jedoch auch das weitere Schweigen der russischen Regierung in der polnischen Sache unmöglich. Denn dieses Schweigen in dem Moment, in welchem die russischen Heere wiederum in das Königreich einrücken werden, wäre schon ein sehr beredtes Sichausprechen. Die Rückkehr der ganzen bisherigen Verwaltung und mit ihr des ganzen früheren Systems der Landesregierung würde eine Zurücknahme der feierlichen Ankündigung Goremykins sein, daß auch die Regierung auf Befehl des Kaisers die Grundlagen der neuen Einrichtung Polens ausarbeiten werde. Es wäre das nicht eine Vertagung der Erfüllung des so klar vorgezeichneten Willens des Monarchen auf fernere Zeit, sondern geradezu eine Zurücknahme der Worte, daß „Polen das Recht erhalten werde, zur ungebundenen Entwicklung seines nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens“. Denn wenn nicht schon vor dem Einrücken der russischen Heere in Polen das neue System einer Verwaltung, sei es auch nur einer interimistischen für die Zeit des Krieges, festgelegt sein wird, dann müßte im Sinne der früheren Gesetze und Vorschriften die polnische Universität kassiert werden, es müßten die, durch die Kräfte der Volksgemeinschaft

während der deutschen Okkupation ins Leben gerufenen polnischen Volksschulen geschlossen werden, es müßten die Rechte zurückgezogen werden, die sogar der Feind schon der polnischen Sprache in den Ämtern und im Gerichtswesen zuerkannt hat, es müßten die Institute der städtischen und Kreisverwaltung beseitigt werden — es würde mit einem Wort eine ganze Reihe von einschränkenden Maßnahmen erfolgen, welche die heut im Königreich bestehenden „Rechte einer freien Einrichtung des nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens der polnischen Nation“ kassieren und beseitigen würden.

Es würde daraus ein so schneidender Widerspruch zwischen den feierlichen, im Namen des Monarchen abgegebenen Erklärungen und dem Verfahren der Regierungsbehörden sich ergeben, daß eine derartige Annahme direkt ausgeschlossen werden muß.

In der oder jener Form wird zweifellos vor dem Einrücken der russischen Armee ins Königreich ein den neuen Bedingungen angepaßtes neues System der Landesverwaltung festgelegt werden.

Aber diese neuen Bedingungen beruhen nicht bloß darauf, was die polnische Volksgemeinschaft zum Schutze ihrer nationalen und kulturellen Existenz während der Zeit der österreichisch-deutschen Okkupation geschaffen hat.

Wichtiger sind die Unponderabilien, welche bewirken, daß die polnische Frage im Laufe des letzten Jahres an der Spitze der Probleme der Zukunft Europas nach dem Kriege gerückt ist.

Mit dem Augenblick, in welchem die durch den vorjährigen Erfolg ihres Schwertes berauschten Deutschen vor der Welt ihren wahrhaft „kolossalen“ Plan offenbart haben, von Berlin aus diktatorisch einen Zoll- und Militärverband regieren zu wollen, der von Antwerpen bis zum persischen Meerbusen reichen soll, trat deutlich vor die Augen der ganzen gesitteten Welt die geschichtliche Tragweite der mitteleuropäischen Sache, die der slawischen Nationen, die serbisch-kroatische, die tschechisch-slowenische und die polnische Angelegenheit. Heut weiß und begreift jeder, daß die Geschehnisse von ganz Europa davon abhängig sein werden, ob obige Völker nach dem Kriege im Bereich der deutschen Politik sich befinden, oder ob sie aus sich in Anlehnung an Rußland einen dauernden Riegel gegen die deutsche Expansion nach Konstantinopel, Mesopotamien und Indien hin schaffen werden.

Die polnische Volksgemeinschaft hat das noch vor dem Kriege klar begriffen. Und konsequent hat sie sich auch in der ungeheuren Mehrheit ohne Zaudern auf die Seite Rußlands gegen Deutschland und Österreich gestellt. Der Aufruf des Oberfeldherrn hat Polen aber zu erkennen gegeben, daß es in dieser seiner grundsätzlichen politischen Konzeption nicht isoliert sein wird, daß Rußland die ganze Tragweite der polnischen Sache erkannt und beschlossen hat, in derselben die Initiative in seine Hand zu nehmen, indem es laut vor der ganzen Welt die Notwendigkeit proklamierte, das verhängnisvolle Werk der Teilungen wieder gut zu machen. Und als infolge des Wechsels des Kriegsglücks die Mittelmächte die Initiative den Händen Rußlands entrißen, da hat die polnische Nation, nur den eigenen Kräften überlassen, doch die antideutsche Front nicht geändert. Und dadurch ist sie in Wirklichkeit selbständig geworden, nicht nur im eigenen Bewußtsein, sondern auch im Bewußtsein Rußlands und Europas. Durch ihr Beharren auf dem einmal eingenommenen Standpunkt, durch ihre grundsätzliche Politik, die sich von dem durch ihre geschichtlichen Aufgaben vorgezeichneten Wege nicht abbringen läßt — weder durch die wandelbaren Bahnen des Krieges, noch durch alle Versuchungen, sei es auch durch die höchsten Angebote — hat die polnische Nation handgreiflich erwiesen, daß sie ein seiner Ziele sich bewußter, lebendiger, selbständiger politischer Organismus ist, der die gefaßten Entschlüsse bis zu Ende

durchzuführen und den auf sich genommenen Verpflichtungen sogar unter den schwersten Verhältnissen treu zu bleiben weiß.

Heute kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß jede Entwicklung der polnischen Kraft nur eine Stärkung des Riegels gegen die deutsche Eroberungssucht sein wird, ebenso, wie es keinem Zweifel unterliegen kann, daß das polnische Volk sich selbst am besten zu regieren wissen wird. Man muß die Hoffnung haben, daß die russische Politik, da heute der Augenblick eingetreten ist, in welchem die Kriegsereignisse die Initiative in der polnischen Sache ihr wiederum real in die Hände geben, diesen Moment nicht übersehen wird, daß sie nicht nur zur rechten Zeit daran denken wird, ein den bereits gemachten Ankündigungen entsprechendes, sei es vor der Hand auch nur vorübergehendes System der Verwaltung des Königreichs im voraus festzulegen, sondern auch daß diese Politik im Sinne der großen gemeinsamen geschichtlichen Aufgaben Rußlands und Polens endgültig, ohne das Ende des Krieges abzuwarten, die polnische Sache so entscheiden wird, daß diese Angelegenheit zwischen Rußland und Polen schon erledigt ist. Gegen Ende des zweiten Kriegsjahres ist es klar, daß das unabänderliche Streben der polnischen Nation ist und sein wird: die Vereinigung der zerrissenen polnischen Lande zu einem selbständigen national staatlichen Organismus, der fähig ist, das Maximum seiner politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte zu entfalten zwecks Abweisung des deutschen Drangs nach Osten und zwecks Wiedergewinnung der uns schon von ihm entrißenen Positionen, wie es ebenfalls klar ist, daß den Weg zu diesem Ziele die polnische Politik gewählt hat, indem sie an Rußlands Seite trat und nicht gegen dasselbe, indem sie die Zukunft Polens in der Einigkeit mit Rußland hinsichtlich des Throns, der äußeren Politik, der Verteidigung der Grenzen und der Zollpolitik erblickte, und nicht in der Rolle eines Pufferstaats, der stets im Falle eines kriegerischen Konflikts der übermächtigen Nachbarn einer Katastrophe ausgesetzt wäre, ähnlich der, die heut auch über Belgien gekommen ist.

Stanislaus Grabsti.

Aus Nr. 233 des Kurjer Warszawski (Warschau) vom 23. August 1916.

Betrifft die polnische Frage.

Der Warschauer „Kurjer Warszawski“ knüpft an die Auslassungen des polnischen Dumaabgeordneten Jaronski, der die polnische Frage in der Weise gelöst wissen will, daß Polen mit Rußland eine Realunion bilden sollte, außer dem Thron, der Verteidigung des Staats, der Zollgrenze und der auswärtigen Politik alle übrigen staatlichen Funktionen zu vollziehen hätte, folgende Bemerkungen:

Die Erklärung Jaronski's bringen wir hier zu Informationszwecken als Spiegelbild der heutigen politischen Aktion der Polen, welche noch Mitglieder der russischen Duma sind.

Es wäre überflüssig darzutun, daß die dort aufgestellte Formel den Forderungen der Gesamtheit der Nation, die sich in dem Streben nach völliger Unabhängigkeit zusammenfassen lassen, nicht entspricht. Nichts destoweniger verdient diese Erklärung Beachtung als Ausdruck der Evolution der öffentlichen Meinung, welche die frühere autonomistische Plattform schon endgültig aufgegeben hat. Die polnischen Politiker in Rußland konnten — natürlich — unter den gegebenen Verhältnissen nicht weiter gehen, sie stehen daher auf der mittleren Linie. Wenn der Zweck der Erklärung nur eine Feststellung dieser Tatsache war, kann man sie objektiv zur Kenntnis nehmen. Dagegen muß als verfehelter Schritt angesehen werden, wenn die Bekannt-

machung eines Staatsakts in diesem Sinne verlangt wird, denn dies könnte als Absicht gelten, der Sache vorzugreifen.

Die Dumafraktion verfällt hier in einen Fehler, der allen denjenigen gemein ist, die da nicht sehen, daß für die Teilnehmer der europäischen Umwälzung die Notwendigkeit der letzten Entschlüssen noch nicht eingetreten ist.

Aus Nr. 79 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 23. August 1916.

Die Unverbesserlichen.

Der auch im Auslande bekannte russische Politiker Fürst Eugenius Trubeckoj hat in der polnischen Sache im „Ruškoje Slovo“ wieder das Wort ergriffen. In dem ersten Teile seines Artikels betonte er, daß die gegenwärtigen Ereignisse auf dem Schlachtfelde wieder eine Reihe von Nationalitätenangelegenheiten in den Vordergrund rückten „Ich werde nicht darüber sprechen“ — schreibt er — „wie sie bei uns entschieden wurden, ich will nur auf ihre einzig gerechte und zweckmäßige Lösung hinweisen.“ Vor allem erwägt der Verfasser die ukrainische Angelegenheit und kommt zu dem Schluß, daß man der ukrainischen Sprache und Schule die vollständige Freiheit lassen müsse. Man habe sie deswegen verfolgt, weil man die Ukrainer als Russen betrachtete, was nach Ansicht des Fürsten Trubeckoj ein Unsinn ist. Wenn die russische Okkupation die Unterbrechung des Unterrichts in den ukrainischen Schulen nach sich ziehen und die Existenz derselben bedrohen sollte, so werde Rußland in jedem ukrainischen Schüler und dessen Eltern einen Feind haben. Sogar Rußlands Anhänger seien der Ansicht, daß die russische Herrschaft in Galizien keine Vereinigung mit Rußland, sondern ein schweres fremdes Joch bedeute. Keine antirussische Propaganda könne größeren Schaden anrichten, als eine solche nationalistische Schul- und konfessionelle Politik, die den Galiziern den Gedanken nahelege, daß sie den Schutz der Unantastbarkeit ihres Glaubens von österreichischer Seite zu erwarten hätten.

Im zweiten Teil geht Fürst Trubeckoj zur polnischen Sache über und schreibt: „Ich werde hier nicht das wiederholen, was ich über die polnische Sache in anderen Artikeln gesagt habe. Ich will nur an eine Vorbedingung erinnern. Wir wissen schon aus den Zeitungen, daß die Regierung, die den Polen in dem Aufruf des Oberfeldherrn und der Erklärung Goremykins gegebenen Versprechungen vollständig zu bestätigen beabsichtigt. Die Russen und Polen warten auf diesen Regierungsakt mit einer begreiflichen Ungeduld. Es genügt jedoch nicht, Versprechungen zu geben — man muß sie so geben, daß man ihnen vertraut. Und zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß die Worte nicht im Widerspruch zu den Taten stehen. Sowohl die Russen als auch die Polen wissen wohl, daß der Aufruf des Nikolaus Nikolajewitsch in grundsätzlichem Widerspruch zu den uralten Gewohnheiten der russischen Verwaltung steht. Wenn keine feierlichen Beweise dafür geliefert werden, daß der Aufruf diese Gewohnheiten kassiere, dann wird seine moralische Wirkung gleich Null sein. Jeder wird sich es Eindrucks erinnern, den seinerzeit die Erlasse Maklakows und die berüchtigten Rundschreiben Taubes im Königreich Polen gemacht haben, die schädlicher als die Flüge der „Taube“ über Warschau waren. Man faßte sie dahin auf, daß die russische Zivilverwaltung den Aufruf des Nikolaus Nikolajewitsch nicht als für sie bindend betrachte und danach strebe, aus ihm einen toten Buchstaben zu machen. Es sind durchaus kategorische Mittel notwendig, damit sich solche Erscheinungen nicht wiederholen. Wenn die russische Regierung

sich entschlossen hat, Polen eine autonome Regierung zu geben, so hätte sie von Anfang an die ganze persönliche Zusammensetzung der Verwaltung im Königreich ändern müssen. Die Rückkehr der früheren Verwaltung, welche durch ihr Auftreten den Aufruf vergewaltigt oder kassiert hat, ist gegenwärtig moralisch unzulässig, besonders nach den Änderungen, welche die Deutschen jetzt in Polen eingeführt haben. Wenn wir nicht weniger, sondern mehr als die Deutschen geben wollen, so müssen an Stelle der russischen Verwalter solche polnischer Nationalität ernannt werden. Das ist ein logisch mit dem Gedanken an die polnische Autonomie verbundener Schritt. Es ist natürlich, daß sowohl die Polen als auch die Russen einen solchen Schritt als Probierstein der russischen Aufrichtigkeit betrachten werden. Wenn wir Polen wirklich befreien und ihm nicht ein Joch durch ein anderes, noch schwereres ersetzen wollen, so müssen wir damit anfangen. Damit die russische Armee in Polen freudig begrüßt werde, ist es notwendig, daß ihre Rückkehr nicht die Rückkehr der früheren Verwaltung, der Russifizatoren mit deutschen Namen, bedeute. Wir müssen zeigen, daß diese Traditionen der Russifizierung ein für allemal vergessen sind. Wir müssen das nicht für Polen, sondern für Rußland tun. Um in Zukunft den Sieg über die Feinde zu beenden, dürfen wir uns nicht von ihnen die Fahne der Befreiung aus den Händen reißen lassen. Wir müssen den Polen und der ganzen Welt in der Praxis zeigen, daß sie die wirkliche nationale Freiheit nur von Rußland erhalten können.

Aus Nr. 83 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 27. August 1916.

Schmerzhaftes Überraschung — eine nicht geringe Enttäuschung.

Der polnische Dumaabgeordnete Felix Raczkowski hat dem Redakteur der „Ruškoje Wiedomosti“ erklärt, daß man ihn und den Grafen Wielopolski weder auf französischem Boden und noch weniger auf englischem Boden anders behandelt habe, als nur als rein russische Mitglieder der Duma. Dieser auffallende Mangel an Unterscheidung zwischen den polnischen und russischen Delegierten der Duma sei eine schmerzhaftes Überraschung und eine nicht geringe Enttäuschung gewesen.

Über diese Reise der russischen und polnischen Politiker haben wir schon verschiedene Nachrichten gebracht. Heute ergänzen wir sie durch charakteristische Einzelheiten.

Charakteristisch sind nämlich die Berichte des „Journal de Genève“ über das Auftreten Wielopolskis in Paris. Das genannte Organ bringt einen Artikel, unter dem anspruchsvollen Titel: „Frankreich und Polen“, augenscheinlich um den unangenehmen Eindruck zu verwischen, den Frankreich und seine Regierung durch ihre bisherige Stellung zu dem unglücklichen polnischen Volke, das für Frankreich freiwillig soviel Blut in Italien, Spanien, Deutschland, in Ägypten und auf Sankt Domingo vergossen, hervorgerufen haben. Unser Volk hat als Ganzes für Frankreich (und England) Opfer gebracht; außerdem haben einzelne bedeutendere Personen besondere Opfer gebracht. Dafür erlebte das Volk den „Dant“, daß vor dem Kriege die halbamtliche und amtliche französische Presse gegenüber dem russischen Verbündeten es nicht mehr wagte, über die „Polen“ zu schreiben, sondern anstatt des Wortes „les Polonais“ den Ausdruck „les Allogènes“ (die Fremdrassigen) gebrauchte. In Konsequenz dieser uns feindlichen Stellungnahme verschwand auch die geringe, jedes Jahr beschchnittene Regierungsunterstützung von einigen Tausend Franken für die polnische Emigrantenschule in Watignolles bei Paris.

Nach dieser Einleitung wird es leichter sein, den folgenden Vorgang zu beurteilen, der sich im Pariser Rathaus ereignete:

Es findet der amtliche Empfang der russischen Parlamentarier statt. Als Programmredner ist nur Miljukow bestimmt. . . . Die Polen wurden nicht gebeten, das Wort zu ergreifen. . . . Miljukow sprach also im Namen der Duma ganz allein. Alle Anwesenden, die russischen Abgeordneten nicht ausgenommen (wie „Journal de Genève“ schreibt), waren überzeugt, daß nach dieser Ansprache die Zeremonie beendet sei, daß sie also nach dem — Speisesaal hinübergehen würden. In diesem Augenblick trat der Graf Wielopolski einen Schritt vor und nahm unerwartet das Wort im Namen Polens.

Er sagte: Meine Herren! Mit großer Ergriffenheit erlaube ich mir, Ihre Aufmerksamkeit für einige Momente in Anspruch zu nehmen. Der Name Polens, seit über 100 Jahren von der Landkarte Europas gestrichen, ist in diesem Weltkriege wieder aufgelebt. Polen hat seine Rolle gespielt.

Alsdann entwarf der Graf Wielopolski ein Bild der Schrecken und Verwüstungen, die Polen infolge der kriegerischen Operationen erlitten hat. Er hob das tragische Geschick hervor, das die Polen zwingt, Bruderblut zu vergießen. Er stellte sich naturgemäß auf Seiten Rußlands, denn er konnte es nicht anders, und berief sich auf den Aufruf des Großfürsten, der angeblich auf Wunsch des Zaren erfolgt sei.

Zum Schluß wandte er sich an Frankreich und bemerkte, daß die Aufnahme, die die Polen gefunden hätten, ihn in der Annahme bestärke, daß der im Aufruf des Großfürsten ausgesprochene Grundsatz siegen werde.

Er behauptete, daß die Polen ihre Sache an den Sieg der Entente geknüpft hätten, — und wünschte Frankreich Glück. . . .

Das ist in wenigen Worten der Inhalt der Ausführungen des Grafen Wielopolski.

Natürlich muß man genau die Verhältnisse ins Auge fassen, unter denen die Ansprache erfolgte.

Etwas programmäßiges war diese Ansprache nicht. Das ist bezeichnend! Rußland, ja sogar die unter liberalem Einfluß stehende parlamentarische Deputation wünschte augenscheinlich nicht, daß ein Pole im Namen Polens spreche.

„Journal de Genève“ schreibt ausdrücklich: „Noch nie hat ein Pole in amtlichem Charakter öffentlich während einer feierlichen Zeremonie (natürlich in Paris) gesprochen.“

Daß der Graf Wielopolski trotzdem das Wort ergriffen hat, ist seinem politischen Mut zuzuschreiben.

„Journal de Genève“ drückt dies in folgender Weise aus: „Auf diese Weise wurde die polnische Frage in ihrem internationalen Charakter durch die mutige Initiative des Grafen Wielopolski aufgestellt.“

Der Korrespondent des „Journal de Genève“ hält diesen Vorgang für bemerkenswert und vielleicht am wichtigsten bei dem ganzen Besuch der russischen Parlamentarier. Aber in dieser Illusion widerspricht er sich selber, indem er gleich darauf schreibt, daß der „charakteristische Vorgang der Aufmerksamkeit der Mehrzahl der Anwesenden entgangen sei.“

Wir führen noch einen charakteristischen Satz aus dem „Journal de Genève“ wörtlich an: „Lorsque M. Milioukoff eut parlé au nom de la Douma, tout le monde, sans en excepter les délégués russes, oryait la cérémonie terminée et l'on s'appretait à passer dans la salle du lunch; à ce moment, le comte S. Wielopolski, membre élu du Conseil de l'empire et président du comité national polonais, fit un pas en avant et prit parole au nom de la Pologne.“

Daraus geht hervor, daß die polnischen Abgeordneten, besonders aber der Graf Wielopolski, von der Absicht, mit einer besonderen Ansprache hervorzutreten, mit niemandem gesprochen haben, nicht einmal mit ihren Kollegen von der Duma.

Wenn es außerdem so war, daß der ganze Vorgang der Aufmerksamkeit der Mehrzahl der Anwesenden entgangen ist, da sie bereits zum Imbiß eifrig rüsteten, dann darf man sich nicht über die Klagen des Abgeordneten Raczkowski wundern, die er dem Korrespondenten der „Russkoje Wiedomosti“ gegenüber geäußert hat.

Da die französische Presse Anfang Juni 1916 noch gar keine Freiheit bei der Besprechung der polnischen Frage hatte — da es die russische Regierung unter dem Druck des Botschafters Tswolski nicht zuließ — deshalb mußte man mit der Darstellung des Vorgangs nach der Schweiz flüchten. Erst später fing ein Teil der französischen Presse an (Sozialisten), über die polnische Frage etwas mehr zu schreiben.

Den von den russischen Polen erwünschten Effekt hat dies jedoch bisher nicht hervorgerufen.

Im Gegenteil! Stürmer und die Reaktionäre siegten!

Die mutigen Bemühungen Wielopolskis haben keinen Erfolg gehabt. Möge sich niemand täuschen! Weder Frankreich noch England werden imstande sein, Rußland zu zwingen, Polen die Unabhängigkeit, nicht einmal die von 1815 gemäß Beschluß des Wiener Kongresses, zu geben. Sie konnten nicht den — besiegten Bundesgenossen zwingen; noch viel weniger würden sie den siegreichen zwingen können.

Welches die Absichten Rußlands sind, das geht aus der folgenden Nachricht hervor:

Der Staatssekretär Kryzanowski hat ein Denkschrift in der polnischen Frage verfaßt, die als Manuscript herausgegeben werden soll. Diese Denkschrift bringt die Anschauungen der rechtsstehenden Abgeordneten zum Ausdruck. Indem er die Aufmerksamkeit auf den Umstand lenkt, daß eine bestimmte Grenze zwischen der polnischen und der russischen Bevölkerung nicht vorhanden sei, und auf die Vielgestaltigkeit der Nationalitäten unter der ländlichen Bevölkerung in Galizien hinweist, hält es Kryzanowski für unangebracht (!), die Frage der polnischen Autonomie nach dem Kriege zu entscheiden, und zwar deshalb, weil durch diese Frage die innersten Verhältnisse Rußlands berührt würden, und weil es unsicher sei, wie weit das Territorium des zukünftigen Polens sich erstrecken werde. Der Verfasser der Denkschrift empfiehlt daher die Anwendung des umfassenden, am leichtesten zu verwirklichenden und dem Charakter des russischen Staatswesens entsprechenden Grundsatzes der Selbstverwaltung.

Es soll also auch nach dem Kriege nur eine Selbstverwaltung im Königreich Polen geben. Das bedeutet das Weiterwirken der russischen Beamten auf Grund der von Rußland gegebenen Gesetze. Sogar von einer Autonomie ist keine Rede.

„Journal de Genève“ erwähnt, daß der russische Botschafter schon durch die Wünsche, die bei dem Lunch den Polen zugleich mit den Armeniern und Juden ausgesprochen wurden, unangenehm berührt wurde.

Das „Journal“ schreibt ausführlich, daß sich die Polen durch die Zusammenstellung mit den obenerwähnten Nationalitäten verletzt fühlten. Und noch interessanter sind die Mitteilungen eines Mitgliedes der Delegation an den Korrespondenten. Er erklärte ihm direkt, daß die polnische Frage einen europäischen Charakter habe; und wenn die Verbündeten sich weigerten, ihr diesen Charakter zuzuerkennen, so würden es die Deutschen tun.

Nach unserer Meinung ist das letztere schon geschehen. Wer von den Polen erwartet noch etwas von der Entente?

Höchstens ein Politiker, der von der Welt abgeschnitten ist und in der Welt einer sonderbaren Ideologie lebt.

Unsere Stellung ist bekannt.

Aus Nr. 234 des Dziennik Polski (Ezenstochau)
vom 26. August 1916.

Unter der Überschrift: „Die polnische Frage“ schreibt das Blatt nach Wiedergabe des im Gesamtüberblick Nr. 34, Seite 931 abgedruckten Leitartikels aus dem Russkoje Slowo (überf. aus Nr. 191 des „Kurjer Pozn.“ vom 23. 8. 16) folgendes:

Wir sehen, daß die ehrlicheren russischen Kreise sich Rechenschaft darüber abzulegen beginnen, daß der Zustand, den die europäischen Mittelmächte in Polen geschaffen haben, für Rußland nicht gleichgültig sein kann. Grundsätzlich hat aber das Verhältnis der russischen Regierung zu den polnischen Angelegenheiten für uns eine ausschließlich symptomatische Bedeutung. Wenn Rußland tatsächlich damit rechnen würde, irgend einmal nach dem Weichselgebiet wieder zurückzukehren, dann würde es sich bemühen, uns auch weiterhin durch das Hervorkehren irgend welcher mehr oder weniger verlockender Trugbilder zu belügen. Anscheinend hat sich aber Rußland, da es alle Bemühungen nach dieser Richtung hin eingestellt hat, schon damit abgefunden, daß nicht von ihm die Lösung der polnischen Frage abhängen wird.

Andererseits sind, während Rußland und mit ihm die ganze Koalition keinen unmittelbaren Zutritt zu Polen hat, die Mittelmächte, die das polnische Land beherrschen, stark genug, in ihm in jedem Augenblick Tatsachen zu vollziehen, wie z. B. die Eröffnung der höheren Lehranstalten in Warschau und noch andere. Das „Jus possidentis“ befindet sich in der polnischen Frage ganz auf seiten der Mittelmächte. Das schreibt ihnen eine besonders wichtige Rolle in der Gestaltung unserer nationalen Geschichte vor.

Aus der Natur der Sache müssen die Mittelmächte ihre Rolle als einen Bestandteil ihrer eigenen staatlichen Aufgaben betrachten, vor die sie der Krieg gestellt hat. Mit anderen Worten: ihr Gesichtspunkt in der polnischen Frage kann lediglich ihr eigenes Interesse sein.

Ein Jahr reich an Erfahrungen und Vorkommnissen auf der ganzen Weltarena hat es zuwege gebracht, daß dieses eigene Interesse der Mittelmächte in der polnischen Frage sich schon heute zu einem reichen und üppigen System entfaltet hat, das über die Gegenwart und die nächste Zeit nach dem Kriege hinaus weit in die Zukunft reicht.

In diesem bedeutend erweiterten Rahmen trifft das Interesse der Mittelmächte mit unserem Interesse der staatlichen Restituierung in einer ganzen Reihe von grundsätzlichen Punkten zusammen. Den wichtigsten von ihnen hat schon der Reichskanzler umschrieben, indem er f. Zt. zwei Sachen ankündigte, nämlich, daß die Mittelmächte an Rußland die von ihnen eroberten polnischen Gebiete nicht herausgeben und daß sie die daraus entstandene polnische Frage selbst lösen werden.

Was den anderen, für uns grundsätzlichen Punkt und insbesondere die Unteilbarkeit der polnischen Lande anbetrifft, so haben wir allerdings von seiten der Mittelmächte noch keine offizielle Erklärung, aber es fehlt nicht an mittelbaren Anzeichen, die zu dem Schluß berechtigen, daß auch in dieser zweiten, grundsätzlichen Frage das Interesse der Mittelmächte nicht im Gegensatz zu dem polnisch-nationalen Interesse steht.

Die genaue Prüfung des Interesses der Mittelmächte hat dazu geführt, daß ihre leitenden Faktoren — und nur um diese und nicht um Schreier und Geistesabwesende handelt es sich hier — mit der Wiedererrichtung eines lebens- und widerstandsfähigen Polens als einer geschichtlichen Notwendigkeit begonnen haben. Es unterliegt mithin keinem Zweifel, daß man sich dieses Ziel schon ganz klar gesteckt hat und daß die beiden Mittelmächte nach dieser Richtung hin untereinander einig sind.

Etwas anderes ist, wenn es sich um die Wege, die zu diesem Ziele führen, um die Art und Weise, es zu erreichen, und darum handelt, die Dauerhaftigkeit des Erreichten sicher zu stellen. Hier beginnt das Gebiet der Verschiedenheit in den Anschauungen entsprechend den individuellen Bedürfnissen der beiden Mittelmächte. Hier ist auch ein Ausgleich in den Interessen der Mittelmächte selbst erforderlich, ehe sie den Weg betreten, der direkt zur Wiedererrichtung eines lebensfähigen Polens führt.

Zweifellos ist das eine sehr verwickelte Frage, die viel Zeit und Anstrengung erfordert.

Aber wenn man sich das gemeinsame Ziel schon einmal gesteckt hat, dann werden sich auch früher oder später die Mittel finden, um zu diesem Ziele zu gelangen. Der Gang der kriegerischen Ereignisse muß hier beschleunigend wirken und zwar ohne Rücksicht darauf, welche Schlüsse irgend jemanden diese Ereignisse ausdrängen. Die Verkündung einer bestimmten vollzogenen Tatsache in der polnischen Frage ist nämlich in beiden Fällen, sowohl bei einem baldigen Friedensschluß als auch bei einer noch langen Kriegsdauer, erforderlich. Sollte der Friedensschluß bald kommen, dann muß es im Interesse der Mittelmächte liegen, die polnische Frage schnell zu lösen, damit sie vor den künftigen Friedenskongreß schon bereit und möglichst soweit präjudiziert käme, daß es der gegnerischen Partei unmöglich gemacht würde, sich der polnischen Frage als eines Werkzeugs für ihre Zwecke zu bedienen. Sollte aber der Krieg noch lange dauern, dann müssen wir, wenn wir alle Bedingungen seiner Dauer erwägen, zu der Überzeugung kommen, daß die von dem Reichskanzler angekündigte Lösung der polnischen Frage in diesem Falle eine noch dringendere, als im Falle eines baldigen Friedensschlusses ist.

Aus Nr. 235 des Dziennik Polski (Ezenstochau)
vom 27. August 1916.

Denkschrift eines russischen Obersten über die polnische Frage.

Der Petersburger „Glos Polski“ gibt den Inhalt einer Denkschrift über die polnische Frage wieder, die in der „Nowoje Wremia“ der russische Oberst Szyzowski veröffentlicht hat. Diese Denkschrift ist insofern interessant, als sie in ihren lyrischen Abschnitten naiv die politischen Berechnungen darlegt, die gegenwärtig einige Russen dazu bewegen, den Polen „Zugeständnisse“ zu machen.

Oberst Szyzowski behauptet in seiner Denkschrift unter Hinweis darauf, daß der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch und später die Minister Goremykin und Sasanow Polen „feierlichst die Autonomie versprochen haben“, daß die Verkündung eines gesetzgeberischen, die Verleihung der polnischen Autonomie betreffenden, Aktes der Koalition ungeheure Vorteile bringen würde. Sie würde insbesondere einen günstigen Einfluß auf die in Deutschland und Österreich-Ungarn wohnenden 9 Millionen Polen ausüben und die 900 000 Polen, die in den österreich-ungarischen und deutschen Armeen kämpfen, für die Koalition wohlwollend stimmen. Sie würde ferner den Deutschen die Möglichkeit nehmen, ihrerseits irgend ein unabhängiges Polen auszurufen

und eine Aufrüstung im Lande vorzunehmen. Sie würde schließlich die amerikanischen Polen dazu bewegen, 100 000 kampfbereite Männer zu stellen und die Unterbringung der russischen Anleihe auf dem amerikanischen Geldmarkt erleichtern.

Die Wiedereinsetzung der Polen in ihre nationalen Rechte ist selbstverständlich auch nach dem Kriege möglich, aber dann würde die Koalition um den realen Beistand dieses 25 Millionen Volkes und um den moralischen Effekt dieses Beistandes kommen.

Der gesetzgeberische und die Verleihung einer polnischen Autonomie betreffende Akt müßte nach Ansicht des Verfassers der Denkschrift ein internationaler Akt sein. In ihm müßte den Polen garantiert werden, daß nach der siegreichen Beendigung des Krieges ein aus dem russischen, preussischen und österreichischen Anteil vereinigt Polen die innere Selbstverwaltung erhalten soll, die die Gesetzgebung, Verwaltung, Schulen, Finanzen, Verkehrs- und Gerichtswesen umfassen wird. Polen müßte als eine besondere politische Einheit unter dem Namen eines Königreichs ungeteilt mit der russischen Dynastie kraft eines konstitutionellen Aktes vereinigt werden, der das Heerwesen, die Zölle und auswärtige Angelegenheiten in den Bereich der allgemeinen staatlichen Fragen stellen würde. Da die Frage der polnischen Autonomie durch Rußland schon grundsätzlich entschieden sei, so bliebe mithin nur übrig, sie formell zu erledigen. Von der schleunigen Regelung dieser Frage hängt der baldige Sieg ab.

Wienyzykow, der die Denkschrift in der „Nowoje Wremia“ abdruckt, unterläßt es nicht, symptomatische Kommentare daran zu knüpfen. Er glaubt allerdings nicht an die von Szyzkowski erwähnten zauberischen Folgen des russischen Manifestes bei den österreichischen und amerikanischen Polen. Er verwahrt sich auch gegen eine Autonomie für das jagiellonische, d. h. historische, Polen und will sie nur an das ethnographische, d. h. piastische, Polen verleihen wissen wollen. Dem grundsätzlichen Gedanken der Denkschrift steht aber Wienyzykow wohlwollend gegenüber. Er ist der Meinung, daß gegenwärtig die Gewährung von Rechten für Polen durch Rußland ein Akt unvermeidlicher politischer Evolution und staatlicher Vernunft sein würde. Er ist auch der Ansicht, daß der gegenwärtige Augenblick hierzu der geeignetste ist. Er schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß es Rußland gegenwärtig in der Hand hätte, der Welt zu beweisen, daß es gegen die schwachen Nationen nicht feindlich gesinnt sei.

Aus Nr. 90 der Wiadomości Polskie (Petrikau)
vom 20. August 1916.

Die polnische Frage.

Den nachstehenden Artikel übersandte unserer Redaktion Herr Edmund Privat, der bekannte Publizist der französischen Schweiz, der bekannte Verfasser des Buches „La Pologne sous la rafale“, der Urheber der „Liga der polnischen Unabhängigkeit“ in Frankreich. Herr Edmund Privat entfaltet in den letzten Zeiten eine lebhaft vortragende und publizistische Tätigkeit in der Schweiz, um die Idee einer Wiederherstellung des polnischen Staats volkstümlich zu machen und zu begründen. —

„Die Wiederherstellung eines freien polnischen Staats ist eine internationale Notwendigkeit. Europa ist nicht so reich an sittlichen und politischen Kräften, daß es sich der Mitarbeit eines der größten Völker der Geschichte auf längere Zeit entledigen könnte. Polen ist eins der wesentlichsten Mitglieder der europäischen Familie: Es ist Pflicht jedes von uns, alles zu tun, was in unserer Kraft liegt, daß ihm die im

Konzert der Völker gebührende Stellung wieder-eingeräumt würde.

Polen hat seine Lebenskraft durch seine staunenswerte Widerstandsfähigkeit gegenüber den schrecklichen Verhältnissen bewiesen, die ihm die Übermacht auferlegt hat. Sein Wille zum Leben wird am heutigen Tage, wie auch gestern mit einer nicht zu erörternden unterliegenden Kraft festgestellt. Im Frühjahr 1915 wollte ich an Ort und Stelle sehen, wie Rußland die feierlichen Versprechungen des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch anzuwenden beabsichtigt. Das vernichtete polnische Land durchlaufend, konnte ich feststellen, daß diese Versprechungen das System der Bedrückung in nichts geändert haben, daß die Nation kein Vertrauen zu den Plänen der russischen Autonomie hat. Ich habe verstanden, daß es völlige Befreiung und Unabhängigkeit wünscht, und ich suchte diese Wahrheiten den Lesern des „Temps“ und der Pariser Presse verständlich zu machen, indem ich sie auf die Notwendigkeit einer wirklichen Befreiung Polens und seiner Wiederherstellung als eines politischen unabhängigen Staats, der für sich allein verantwortlich ist, hingewiesen habe.

Die polnische Frage läßt sich infolge der diplomatischen Gegensätze der Interessen nicht leicht verteidigen; aber wenn man ihr seine Tatkraft widmet, arbeitet man meines Erachtens nicht nur an einem Werk der menschlichen Gerechtigkeit, sondern auch an einer Sache der besten und ernstesten Politik.

Edmund Privat.

Aus Nr. 192 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 20. August 1916.

Die Polen in Belgien!

Polen in Belgien gibt es heute, wie wir in der Warschauer „N. Gaz.“ lesen, nicht mehr viele. Zu Beginn des Krieges war ihre Zahl bedeutend größer. Der Krieg brach zwar im Sommer, als die meisten polnischen Studenten bereits Antwerpen, Brüssel und Lüttich verlassen hatten, aus. In Ostende, Blankenberg und überhaupt an der ganzen belgischen Küste befanden sich jedoch noch viele Polen. Viele Personen hatten sich auch noch vor Ausbruch des Krieges aus dem benachbarten Deutschland und besonders aus Frankreich nach dem neutralen Belgien geflüchtet. Sie alle wurden durch die unerwarteten und plötzlich begonnenen Kriegs-Operationen in Belgien überrascht und kamen in eine kritische Lage. Der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr war abgebrochen, die Rückkehr auf dem kürzesten Wege über Deutschland war abgeschnitten, die Banken stellten ihre Zahlungen selbst an die besten Gläubiger ein, der Krieg kam, von deutschen Siegen begleitet, immer näher, die Flucht wurde zu einer dringenden Notwendigkeit. Man flüchtete wie und wohin man konnte, auf Umwegen, über Schweden, über Paris, Marseille, Rumänien, verschiedene Abenteuer erlebend. Von all diesen Abenteuern, mögen sie noch so interessant sein, hier zu erzählen, wäre es nicht an der Zeit. Zur Information können wir nur sagen, daß diejenigen, die bei ihrer Flucht ihre Sachen in Brüssel, Ostende und Antwerpen zurückgelassen haben, darauf rechnen können, daß sie sie nach Jahren wiederfinden werden. Nachdem die deutschen Truppen diese Ortschaften besetzt hatten, herrscht in ihnen Ruhe und Ordnung, fast so wie früher, wie in guten alten Zeiten. Diejenigen jedoch, die ihre Sachen in kleineren, der Beschießung durch englische Schiffe ausgesetzten Vierteln, richtig gesagt in der eigentlichen Kampflinie, zurückgelassen haben, können beizeiten jede Hoffnung aufgeben, um sich Enttäuschungen zu ersparen.

Brüssel war eine lange Zeit hindurch das Zentrum der Rückwanderung von Belgien nach Warschau und überhaupt nach Polen. Hier in diesem leider schon erloschenen Mittelpunkt des polnischen Lebens kamen in jenem denkwürdigen Jahre bei dem Fräulein Professor Dr. Josefa Joteyko in der Rue de la Culture die Polen zusammen. Man sah da betübte Gesichter, neue Orientierung, Anschauungen, Debatten. Überall dieselbe Fieberhaftigkeit, waren wir doch von unserer Heimat abgeschnitten. Aber nach einer gewissen Zeit wurde alles ruhig. Die letzten Grillenfänger verschwanden wie die Zugvögel im Herbst, die Brüsseler Polen blieben allein. Nach der Schlacht an der Marne, nach Eroberung Antwerpens, als der langwierige Stellungskampf begann, wurde es überall still und eintönig. Diese Stille herrscht heute noch. Es irren sich diejenigen, die sich Belgien auch heute noch als einen Hergensfessel vorstellen. Im Gegenteil, in Brüssel herrscht Ordnung, und seit der Zeit, als die Kämpfe an der Yser beendet sind, seit etwa 1½ Jahren, merkt man hier nichts vom Kriege, wenigstens nichts von seinem äußeren Apparat. Die Brüsseler Polen haben diese Ruhe ausgenutzt und folgen dem Beispiel des belgischen Gemeinwesens, das heute eine einzige, durchaus glänzende Hilfsorganisation darstellt. Auch die Polen bemühen sich, das Los derjenigen zu lindern, die der Krieg schlimmer als andere heimgesucht hat. Mit Zustimmung der deutschen Verwaltung haben sie ein Hilfskomitee für die Polen der 3 Anteile gegründet. Die eigentliche Gründerin war Fräulein Josefa Joteyko. Sie hat die Anregung dazu gegeben, bei ihr hat zu Beginn des Jahres eine Versammlung der polnischen Kolonie stattgefunden, in der die Mitglieder des Komitees gewählt wurden, sie hat mit Posen Fühlung genommen und eine ständige Beihilfe erwirkt, sie hat endlich, das ist ihr größtes Verdienst, die Genehmigung der deutschen Behörden persönlich nachgesucht. Dank ihrer Ausdauer und Beredsamkeit wurde das Komitee im Juni vorigen Jahres bestätigt, selbstredend mit Fräulein Joteyko an der Spitze. Kassierer ist ein Pädagoge aus Galizien namens Stanislaus Bochnig, Schriftführer der Unterzeichnete. Dem Komitee sind ziemlich viele Personen beigetreten, weil man glaubte, es würde viel Arbeit geben. Da die Nachrichten aus Belgien sehr spärlich eingehen und es vorkommt, das viele Verwandte und Bekannte von ihren Brüsseler Polen nichts hören, führen wir nachstehend die Namen einiger Mitglieder des Brüsseler Komitees auf. Es geht ihnen allen gut. Es befinden sich hier: Dr. Maria Orsetti, die jedoch bereits vor einem Jahre Brüssel verlassen hat, Dr. Franz Wronowski, der

nach der Abreise des Fräulein Joteyko im vergangenen Jahre mit den deutschen Behörden verhandelt hat, Anatol Mühlsstein, Schriftsteller und Berichterstatte des Warschauer „Słowo“ und jetziger Schriftsteller des Komitees (Adresse: Bruxelles—St. Gilles, 53, rue Capouillet), Bolesław Dpoczynski, ein Podolier, der älteste polnische Emigrant in Brüssel, Roman Słaski, Mitarbeiter des Brüsseler bibliographischen Instituts, Valentin Zywiolkiewicz, ein Posener und seit Jahren Bürger in Brüssel, Waclaw Gólkowski und Josef Malowaniewicz, Studenten. Das Komitee unterstützt alle auf dem polnischen Boden geborenen Personen ohne Unterschied des Bekenntnisses und alle diejenigen, die auch wo anders geboren sind, sich aber als Polen fühlen und polnisch verstehen. Die Mittel stellt der Posener Nationalrat zur Verfügung. Um das Budget des Komitees nicht allzusehr zu belasten, ist unter Vorsitz des A. Mühlsstein eine besondere jüdische Sektion gegründet worden, die die kleineren jüdischen Händler und Handwerker, die aus Polen eingewandert sind, unterstützt. Das Komitee steht nämlich auf dem Standpunkt, daß das Geld aus der Heimat, die so schwer vom Kriege betroffen worden ist, ohne dringende Notwendigkeit nicht herausgeholt werden soll. Die Ausgaben der jüdischen Sektion trägt einer der reichsten belgischen Finanzleute, der zweite Vorsitzende des Vereins „Jca“, Franz Philippsohn. Diese Ausgaben sind fast zweimal so hoch wie das ganze Budget des Komitees. Denn die Zahl der Polen in Belgien ist, wie wir schon bemerkt haben, heute nicht mehr so groß. Diejenigen, die hier geblieben sind, reisen nach und nach ab. Trotzdem ist die Tätigkeit des Komitees, wenn auch in bescheidenem Umfange, ein Bedürfnis. Besonders unter den Arbeitern und Studenten, die 2 Jahre in anormalen Verhältnissen gelebt haben, macht sich die Apathie, allgemeine Entkräftung und sogar die Schwindsucht bemerkbar. Dies kann man übrigens auch unter dem belgischen Gemeinwesen beobachten. Die Krankenanstalten können sich nur der Schwerkranken und nur eines geringen Teils der Genesenden annehmen. Die Hilfsaktion zugunsten der Genesenden befand sich zur Stunde, als der Unterzeichnete Brüssel verließ, erst im Anfangsstadium. Und gerade diese Aufgabe erfüllt unter den Polen das Brüsseler Komitee. Es erfüllt sie aber so gut, daß es wohl nicht nötig ist, diejenigen durch Schauergeschichten zu beunruhigen, die in Belgien Verwandte oder Freunde haben. Wir können sie mit der Hand auf dem Herzen beruhigen. Den belgischen Polen geschieht kein Unrecht. Sie wissen sich zu helfen, mitunter besser wie andere.

Raz. Wieżynski.

